Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

8 (22.2.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 8 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt: Rastatt) Karlsruhe, 22. Februar 1950 Preis 50 D-Pfennige

Die aktuelle Reportage dieser Nummer gilt den Borgward-Automobil-Werken in Bremen. Der Bildbericht auf Seite 4 zeigt Ihnen, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um den „Hansa 1500", den dieses Bild hier darstellt, zu produzieren. Dieser Wagen kostet 7750.— DM.

Nicht der Konsum, sondern die Steuern sind zu hoch

Unverständliche Vorwürfe und Ratschläge - Lebenshaltungskosten sinken - Börsen befestigt
Höhepunkt der Arbeitslosigkeit überschritten - Noch umfassenderes Arbeitsbeschaffungsprogramm

„Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?" Dieser Refrain klingt uns am Aschermittwoch noch in den Ohren — als eine ernste Mahnung aus dem Karneval. Daß gerade dieser Karnevalschlager so einschlagen konnte, lag an dem Text, lag daran, daß diese Frage der kleine Mann für seinen Geldbeutel ebenso stellte, wie wir, wenn wir auf die Ausgaben des Staates sehen, wie die Wirtschaftsberater der hohen Kommissare, die wieder einmal ein Memorandum verfaßt haben. Der erste wieder friedensmäßige Karneval könnte bei leichtsinnigem Betrachten — was ja wiederum zur Karnevalszeit gehört — den Leuten Wasser auf die Mühle geben, die behaupten, der Konsum in Deutschland sei zu groß, oder, was noch schlimmer ist, wir verdeckten die Mittel des Marshallplanes (aus der Bütt' wurde dieses Fremdwort mit Hoffmanns Erzählungen ins Deutsche übersetzt) falsch an — eben zum Konsum. Ohne Nennung des Wortes Deutschland haben wir dies in diesen Tagen aus England gehört, wo Herr Cripps in einer Wahlrede erklärte, England habe die Mittel des Marshallplanes zu Investitionen und zur Rationalisierung verwendet, in anderen Ländern sei dies aber nicht der Fall. Noch einmal klingt uns dieser Gedanke entgegen in dem erwähnten Memorandum, wo von einer übermäßigen Kaufkraft die Rede ist, die man unschädlich machen müsse. Daß bei einer so übermäßig hohen Steuerlast wie heute in Deutschland noch jemand es wagt, von einer übermäßigen Kaufkraft zu sprechen, dafür haben wir keine Worte mehr. Allerdings wäre es erfreulich, wenn mehr gespart würde, aber den Schlüssel dazu hat der Herr Finanzminister in der Hand, aber leider nicht mehr der einzelne — weder der Arbeiter noch der Unternehmer. Dieser Freiheit sind wir auch schon beraubt. Und der große Kapitalist ist der Staat. Er allein kann große langfristige Kredite geben, wie „ein Wunschhütlein mit immer vollem Säckle". Das klingt zwar paradox bei den chronischen Etatdefizits, aber gegeben wird das Geld aus allgemeinen Mitteln, zwangsweise abgespart durch die Steuer.

Badens Etat-Defizit

Einen kleinen Sprung nur Seite — da wir gerade von Etats sprechen —! Der Etat Südbadens für 1949 ist von den Hohen Kommissaren nicht genehmigt worden, da man mit den Maßnahmen zur Deckung des Defizits nicht einverstanden ist. Wahrscheinlich ist man in der Hohen Kommission auch böse darüber, daß Baden mit der Bezahlung seiner Besatzungskosten im Rückstand ist, trotz des bereits gegebenen Kredits vom Bund (eigens zu dem Zweck, Besatzungskosten zu zahlen) — und bald wird man noch einen Kredit vom Bund bekommen. Danach könnte man sagen — nehmen wir an, wir seien noch in der Bütt' — daß offensichtlich Besatzung und Staat am konsumfreudigsten sind. („Wer soll das bezahlen?")

Austerity

Nach diesem kurzen Abschweifen zurück zur übermäßigen Kaufkraft, die

In dieser Nummer

Der Aufschwung der Elektroindustrie
Untragbare Kreditbedingungen für das Handwerk
Deutscher Schrott wird knapp
Die Stahlindustrie der Ostzone
Südafrika braucht deutsche Waren
Portugal machte schüchtie Erfahrungen mit der Liberalisierung
Australien enttäuscht den deutschen Auswanderer
Schwedens globaler Importplan

wir bisher nur in der Hand des Staates gefunden haben. Doch es ist nicht uninteressant, daß uns scheinbar in dem Memorandum empfohlen wird, Kreditmaßnahmen nur zu ergreifen, deren Gefährlichkeit in Hinsicht auf Preisauftrieb durch Maßnahmen kompensiert werden sollen, die auf ein Zwangssparen oder etwas ähnliches hinauslaufen. Offensichtlich bleibt dem Memorandum gar kein anderer Vorschlag übrig, da, wie wir erfahren, auch nach Ansicht des Memorandums keine Aussicht auf ausländische Kredite besteht. Unseren Lesern ist dies nichts Neues. Wir haben bereits vor 14 Tagen an dieser Stelle deutlich erklärt, daß privates Kapital aus USA kaum zu erwarten ist. (Also Austerity nach „bewährtem" Muster.)

Wir haben uns schon seit vielen Monaten auf den Standpunkt gestellt, daß die Politik der Bank deutscher Länder zu konservativ ist, daß die z. Zt. verfügten Kreditrestriktionen verfehlt waren und daß eine etwas freier gehandhabte Kreditpolitik wahrscheinlich die jetzt aufgetretene Arbeitslosigkeit hätte erheblich mildern können. Immerhin dürfen wir auch heute noch daran erinnern, daß uns sowohl das Devisennot ist im Moment ausgeprägter, es wird nämlich auch gegen die Treibstoffpreise angewandt. Insbesondere ist der Bundesfinanzminister mit diesem Argument der Zustimmung der Hohen Kommissare sicher — und behält seine hohen Einnahmen.

Lassen wir einmal ein paar Zahlen an uns vorüberziehen: In den USA muß ein gelernter Arbeiter nur 12 Minuten arbeiten, um 20 Zigaretten kaufen zu können, in Deutschland dagegen 90 Minuten. 1939 war der Tabakverbrauch 1,8 kg pro Kopf der Gesamtbevölkerung in Deutschland. 1949 waren es in den Westzonen nur 1,2 kg, aber in den USA betrug der Tabakverbrauch im Jahre 1947 fast das vierfache, nämlich 4,37 kg. (Ein entsprechendes Beispiel aus Frankreich — auch ein Genußmittel des täglichen Gebrauchs — sei hier beigefügt: Für den durchschnittlichen Tageskonsum von 2 Liter Wein mußte ein Arbeiter in Frankreich vor dem Krieg nur ½ Stunden arbeiten; heute muß er für diese 2 Liter 4 Stunden arbeiten.)

Der Konsument kauft also nun die Zigarren billiger, aber der Tabakwaren-Einzelhandel ist durch diese Steuersenkung schwer betroffen worden. Für den Inhalt der angebrochenen Kisten und Pakete erhält er keine Rückvergütung der Steuer. Für komplette Kisten erhält er rein rechnerisch die volle Rückvergütung, aber Rückvergütungsbeträge unter 50 DM für einen Einzelhändler werden nicht berücksichtigt. Jeder Zigarrenhändler verliert also auf alle Fälle neben dem Verlust aus den Anbruchkisten noch diese 50 DM. Je kleiner der Umsatz des Händlers ist, um so größer prozentual ist sein Verlust. Dieser hohe Betrag von 50 DM ist also unsozial und keineswegs gerechtfertigt. Zweifellos will der Bund damit seine Verwaltungskosten decken (Formulare und Nachprüfung). Aber erstens ist dies moralisch nicht gerechtfertigt, weil in der Einzelhandel nichts für die verfehlte Steuerpolitik kann, zweitens ist der Betrag zu hoch, und drittens müßte man diesen Betrag, um sozial zu sein, in Prozenten des Rückvergütungsbetrages ausdrücken müssen — wenn man nun schon einmal wieder dem Steuerzahler Kosten auferlegen will, die der Staat verschuldet hat. H.

Grenzen der Freiheit

Wirtschaftliche Unsicherheit, aus der Mißachtung des Rechts

Der Freispruch im Prozeß Hedler hat in einigen großen Fabriken Deutschlands Streiks ausgelöst. In den USA streiken die Kohlenarbeiter immer noch, obwohl die Gewerkschaftsführer mehrfach dazu aufgefordert haben, die Arbeit wieder aufzunehmen und obwohl die Regierung den Notstand erklärt hat. In einigen Hafenstädten Europas lehnen es die Arbeiter ab, Schiffe mit Kriegsmaterial zu entladen.

Alle diese Tatbestände rechtfertigen, ja zwingen auch eine reine Wirtschaftsbetrachtung, wie wir, dies zu deuten. Außerdem gibt das Wissensgebiet der Soziologie Anhaltspunkte für die Möglichkeit festzustellen, wo wir stehen. Es wäre billig, und nicht einmal richtig, die oben erwähnten Tatsachen als nicht unter einem Gesichtspunkt zusammenfassend zu betrachten. Es ist falsch, manche dieser Entwicklungen einfach mit dem Hinweis abzutun, daß kommunistische Unruhestifter daran die Schuld trügen. Zumindest müßte man, wollte man dies als richtig unterstellen, die Frage stellen: Warum sind diese Unruhestifter überhaupt da und in der Lage, Unruhe zu stiften?

Beginnen wir mit dem Fall Hedler. Die Arbeiter, die wegen dieses Freispruchs bei Conti-Gummi und Hanomag gestreikt haben, würden es sich wahrscheinlich verbitten, wenn man sie als kommunistische Unruhestifter bezeichnen würde. Deshalb wollen wir von diesem Fall ausgehen und den ganz deutlich erkennbaren roten Faden durch die vielen derartigen Ereignisse verfolgen. Es geht ganz einfach um den Kampf gegen eine unabhängige Rechtsprechung einerseits und um Verstärkung der Macht des Staates andererseits — und zwischen beiden Seiten wird die Demokratie zerrieben.

Nach der Regel der Demokratie darf jeder sagen, was er will, und wenn er bei einer Wahl die vorgeschriebene Zahl an Stimmen erhält, zieht er ins Parlament. Dort und in den Kundgebungen seiner Partei kann der Abgeordnete ebenfalls sagen, was er will. Nun aber kommen die Einschränkungen, die die neueste Entwicklung deutlich gemacht haben. Immer stärker wird das Bedürfnis, den demokratischen Staat zu schützen. (Ein Gesetz ist in Vorbereitung). Daß damit die reine Demokratie stark eingeengt, wenn nicht verfälscht wird, fällt nicht einmal auf. Es fällt aber insbesondere nicht auf, daß, wenn man die Demokratie so einengt, die Arbeiter mit ihrem Streik recht hatten, dem sie waren ja der Meinung, mit diesem Streik unseren Staat zu schützen. Daß dabei die Unabhängigkeit der Rechtsprechung über Bord geht, wird ganz offensichtlich als weniger wichtige Sorge betrachtet. Wenn ganz offen eine Beeinflussung der Richter verlangt wird, dann helfen dies deutlich, daß weite Kreise in Deutschland eine politische Justiz anstreben, wie wir sie im Dritten Reich bereits kannten und wie sie östlich unserer Grenzen praktiziert wird, weil — wie sagt Goethe? — sich Gesetz und Recht wie eine ewige Krankheit forterben.

Das gleiche gilt für die USA. Die Arbeiter erkennen Gesetze des Staates nicht an und handeln bewußt dagegen. Sie werden auch bei der Durchsetzung ihrer sozialen Ansprüche unsozial gegenüber den Arbeitern anderer Wirtschaftszweige; denn die Kohlenvorräte in den USA reichen höchstens noch für einige Tage, so daß Betriebsstillegungen unvermeidlich werden. Was bisher in der Welt des weißen Mannes gelungen ist, nämlich daß die Staatsautorität unantastbar ist, zerbröckelt langsam.

Wenn der Staat es für richtig hält, Waffen zu kaufen, dann gibt es Hafenarbeiter, die sich weigern, die angekommenen Waffen von den Schiffen an Land zu transportieren. Also, die Staatsautorität und der Richterspruch gelten nichts. Beides wird nur akzeptiert, wenn es in die politische Linie paßt.

Man darf diese Entwicklung auch nicht mit dem Argument abtun, es handle sich nur um Wenige. Weder die Zahl der streikenden Bergarbeiter in USA noch insbesondere die Zahl derer in Deutschland, die Maßnahmen gegen die Richter im Hedler-Prozeß verlangen, ist gering. Vielmehr steht eine beachtliche Masse an Volksmeinung dahinter, darum ist eine grundsätzliche Betrachtung notwendig.

Ein kluger Mann hat einmal gesagt, daß der Wert der Demokratie eines Landes daran abzulesen sei, wie es der Opposition geht.

Zweifellos hat die Macht des Staates auch in den Demokratien zugenommen. Und nach der Wahl hat der Wähler nichts mehr zu sagen, sondern brav die Gesetze zu befolgen. Wenn Kinder, wie jetzt in Bayern, einen Schulstreik durchführen, weil sie eine ihnen lästigewordene Lehrerin behalten wollen, aber das hohe Kultusministerium diese versetzte, dann ist dies in den Augen des zuständigen Ministerialrats ein Aufruhr, in den Augen der Eltern die Ausübung eines Rechts, das ihnen als Erziehungsberechtigte zusteht.

Alle diese Fälle liegen auf einer Ebene, und die Wirtschaft, die hier wirklich zwischen den Stühlen sitzt, muß die Entwicklung klar erkennen. Es geht ohne Zweifel ein stärkerer Zug zur Mitbestimmung der Betroffenen auch in der Zeit zwischen den Wahlgängen. Das wird im Mitbestimmungsrecht, um das wir uns jetzt in Deutschland streiten, ebenso offenbar, wie an den Tatsachen, mit denen wir diesen Aufsatz einleiteten. Es wäre nun wiederum falsch, diese Entwicklung als eine Untergrabung der Autorität des Staates zu betrachten. Von der Machtfülle, die sich der Staat überall in der zivilisierten Welt angeeignet hat — in Anlehnung an autoritäre Vorbilder — wird er wieder einiges abgeben müssen. Diese Feststellung ist kein Werturteil. Wir sprechen in diesem Aufsatz nicht davon, was wünschenswert ist und was nicht, sondern einfach davon, was vermutlich wird. Soziologisch wichtig ist weiter die Feststellung, daß diese Tendenz zur Demokratisierung zwischen den Wahlperioden von den Menschengruppen ausgeht, die sonst in ihrer politischen Ideologie alles tun, damit die Macht des Staates — insbesondere über die Wirtschaft — zu steigern und die im wesentlichen auch dafür gesorgt haben, daß die Machtfülle des modernen Staates so groß wurde — so groß, daß es ihnen selbst jetzt nicht mehr paßt.

In die Erkenntnis um die Entwicklung in dieser Richtung gehört auch ein Beispiel aus dem Sport. Es ist in letzter Zeit in Deutschland häufig vorgekommen, daß Schiedsrichter von der Volksmenge mißhandelt wurden. Wieder das gleiche Bild, eine legal zum Richter ernannte Person wird geschlagen, weil sie nicht so entschieden hat, wie ein großer Teil des Publikums es gewünscht hat.

Alle diese Tatsachen, auch wenn sie sich nicht primär auf wirtschaftlichem Gebiet abspielen, sind in einem großen Zusammenhang zu sehen. Die Konsequenz, die sich für die Wirtschaft daraus ergibt, heißt: Je stärker diese Entwicklung wird, umso unsicherer wird die rechtliche Grundlage, und damit die Grundlage überhaupt, auf der die Wirtschaft aufbauen kann. Es spielen eben nun in die Wirtschaft Faktoren hinein, die in keinem nationalökonomischen Lehrbuch zu finden sind. Und es könnte sich der paradoxe Zustand ergeben, daß die Kreise eines Volkes, die — jedenfalls auf wirtschaftlichem Gebiet — die Macht des Staates eher vermindern möchten, jetzt die Autorität und die Macht des Staates zu steigern bestrebt sein müssen, um diese Entwicklung zu bremsen. Daß damit für die Wirtschaft allerdings wieder neue Gefahren aufziehen, wird wohl jedem Einsichtigen klar sein.

Es ist noch zu früh, Stellung zu beziehen und die Grenzen der Freiheit abzustecken. Es scheint nur eins klar zu sein, daß man die hier skizzierte Entwicklung höchstens etwas eindämmen, aber nicht mehr zurückschrauben kann. H.

Schnelladende Batteriesäure erfunden

Die Firma Karl Kurt Grüning, chemische Fabrik, Hamburg, hat eine automatisch schnelladende Batteriesäure entwickelt, die ein Aufladen von Batterie und Akkumulatoren in kürzester Zeit ohne Ladestation ermöglicht. Die Batteriesäure wird unter dem Namen „Super Battery Acid" (SBA) auf den Markt gebracht. Die neue Batteriesäure gestattet durch die in ihr verarbeiteten Kontaktstoffe eine Beschleunigung der chemischen Wechselwirkungen der elektromotorischen Kraft um ein Vielfaches. Praktisch bedeutet dies, daß eine Autobatterie künftig nicht mehr auf die Ladestationen aufgeladen werden muß, daß sogar eine entladene Autobatterie allein durch Hinzufügen dieser Säure nach zwanzig Minuten wieder startfähig ist. Da sich eine mit dieser Säure gefüllte Batterie auch nicht selbst entladen kann, ist sie stets betriebsbereit. Die Lebensdauer der Batterie wird bei Verwendung der neuen Säure um etwa 50 Prozent verlängert. Wie wir dazu ergänzend vom Inhaber dieser Firma erfahren, ist bereits eine Lizenz an Österreich vergeben worden. Zur Zeit laufen Verhandlungen über eine Lizenzgewährung mit Interessenten aus der Schweiz, Großbritannien, den Benelux-Staaten, Frankreich und den USA. Die Säure kann in Hamburg in beliebigen Mengen hergestellt werden, da für deren Produktion keinerlei Rohstoffschwierigkeiten bestehen.

Zölle bei uns - und bei den anderen

Aus der Praxis der Automobilzölle in Europa — Durchgerechnete Beispiele — Unsere Zollsätze sind die niedrigsten

Wir versprachen unseren Lesern, in dieser Ausgabe ein Beispiel aus der Praxis der Liberalisierung zu geben. Dazu wollen wir anhand konkreter Zahlen zeigen, welche Zollsätze in Deutschland für ein bestimmtes Produkt erhoben werden und auf welche Zollmauern ein vergleichbares Produkt in folgenden vier Ländern Europas stößt: Frankreich, England, Italien und Schweden. Vorweg sei erwähnt, daß in einigen europäischen Ländern außer dem Zoll auch noch verschiedene Steuern und Taxen, die allein auf der Einfuhr liegen, hinzu gerechnet werden müssen, um die fiskalische Gesamtbelastung der Einfuhr mit den deutschen Zöllen vergleichbar zu machen.

Das Beispiel, das wir wählen, ist ein deutscher Personenwagen und ein deutscher Lastwagen, und zwar jedesmal ein ganz bestimmtes Fabrikat, damit Wert und Gewichtsmälle genau verglichen werden können. Die folgende Tabelle zeigt nun, was ein ausländischer Personenwagen gleicher Preislage und Gleichen Gewichts bei der Einfuhr nach Deutschland kostet und welche Belastung für diesen deutschen Wagen beim Export in die vier erwähnten Länder an der Grenze erhoben wird.

	Deutschland	Frankreich	Großbrit.	Italien	Schweden
Personenwagen X	13%	40%	60%	60%	13%
Lastwagen X	16%	60%	60%	60%	16%

Verfolgen wir diese Zahlen, die auf dem Bruttoexportpreis aufgebaut sind weiter im einzelnen.

Auf den Bruttoexportpreis

Frankreich: Bei der Einfuhr nach Deutschland ist an allmähligen Belastungen für einen französischen Personenwagen, der dem Wert und dem Gewicht unseres deutschen Personenwagens X entspricht, 230 Dollar zu zahlen, aber bei der Einfuhr nach Frankreich wird für den deutschen Personenwagen X insgesamt 968 Dollar an Zöllen und Taxen erhoben. Für einen 3,5 t Lastwagen, der aus Frankreich hierher eingeführt wird, wird von uns eine Zollbelastung von 350 Dollar erhoben, für den deutschen Lastwagen X (3,5 t) wird bei der Einfuhr nach Frankreich 1824 Dollar erhoben.

England: Für einen mit unserem Personenwagen X vergleichbaren englischen Personenwagen wird bei der Einfuhr nach Deutschland 250 Dollar erhoben. Wird der deutsche Personenwagen X nach England exportiert, so unterliegt er dort einer Belastung von 1313 Dollar. Ein mit unserem Lastwagen X vergleichbarer englischer 3½ to wird bei der Einfuhr nach Deutschland mit 310 Dollar belastet, der deutsche 3½ to erfährt beim Export nach England dort eine Belastung von 3223 Dollar.

Italien: Ein italienischer Wagen gleichen Werts und Gewichts wie unser Personenwagen X muß bei der Einfuhr nach Deutschland einen Zoll von 362 Dollar bezahlen, der deutsche Personenwagen X wird an der italienischen Grenze mit 1312 Dollar belastet. Das Lastkraftwagenchassis eines vergleichbaren italienischen Lastwagens erhält an der deutschen Grenze eine Zollbelastung von 400 Dollar, das Lastkraftwagenchassis unseres Wagens X wird an der italienischen Grenze mit 2073 Dollar belastet.

Schweden: Der vergleichbare schwedische Personenwagen muß in Deutschland 210 Dollar zahlen, der deutsche Personenwagen X zahlt in Schweden 405 Dollar. Das vergleichbare schwedische Lastkraftwagenchassis wird bei der Einfuhr nach Deutschland mit 335 Dollar, aber das Chassis unseres Lastkraftwagens X mit 774 Dollar bei der Einfuhr nach Schweden belastet.

Die Verschiedenheit der effektiven Zahlen bei der deutschen Zollbelastung ergibt sich daraus, daß jeweils ein bestimmter ausländischer Wagen der Berechnung zugrunde gelegt wurde, der ja nie ganz genau mit dem entsprechenden deutschen Wagen übereinstimmt. Es kam uns hier auch nicht darauf an, auf den Dollar genau den Vergleich durchzuführen, sondern nur ungefähr, aber anhand von praktischen Beispielen, die genau durchgerechnet sind, den Vergleich zu ziehen.

Auf den Nettoexportpreis

Die prozentuale Belastung wird noch größer, wenn man die Nettoexportpreise zugrunde legt. Auch dafür kurz eine Darstellung für die vier verschiedenen Länder.

In Italien besteht heute noch der Zolltarif von 1937, der neben einem Gewichtszoll als Grundzoll eine Einfuhrsteuer von 5½% vorsieht. Die Einfuhrsteuer ist dann im Jahre 1949 auf 13% erhöht worden, und im September 1949 stellte dann die italienische Regierung einen Zolltarif auf, der für Kraftfahrzeuge einen Wertzoll von 65 bis 80% vorsieht.

In Frankreich enthält der Zolltarif vom Jahre 1947 für Personenwagen und Lastwagen einen Grundzoll von 35%. Dieser erhöht sich durch verschiedene Steuern und Taxen. Daraus ergibt sich eine Zollbelastung von mindestens 57% des Nettoexportpreises.

In England besteht als Grundzoll eine Belastung von 33⅓% ad valorem. Dazu kommt eine Anschaffungssteuer bei importierten Fahrzeugen von noch einmal 33⅓%, die jedoch dem Nettopreis der verzollten Fahrzeuge zugeschlagen werden (also eine Steuer noch einmal auf den Zoll). Dadurch ergibt sich eine Gesamtbelastung für importierte Kraftfahrzeuge auf den Nettoexportpreis von etwa 80%.

Demgegenüber besteht in Deutschland der Gewichtszoll aus dem Jahre 1902, der für unseren Personenwagen X (zuzüglich der bei der Verzollung erhobenen 3% Umsatzsteuer) einen Wertzoll von nur 12,4% ergibt.

Es kommt also, wie diese Beispiele zeigen, nicht nur darauf an, daß im Zuge der Liberalisierung die Zollsätze gesenkt werden, sondern daß auch die zusätzlichen Belastungen fortfallen, die auch nur zu dem Zweck eingeführt sind, die Einfuhr abzuwehren. Wie man diese zusätzlichen Belastungen auch nennen mag (Einfuhrsteuer, Importsteuer oder andere ähnliche Namen): es kommt immer auf das gleiche hinaus. Die Zollsätze Deutschlands sind niedrig und es kommen keine anderen Belastungen hinzu.

Es mag kurz angefügt werden, daß das schwedische Handelsministerium in diesen Tagen die unbegrenzte Autoeinfuhr aus England und Frankreich freigegeben hat, die sich hieraus ergebende Einfuhrverlagerung wird in Schweden für das laufende Jahr auf 40 bis 50 Mill. Kronen geschätzt. Diese Maßnahme soll dazu dienen, den Spekulationshandel mit gebrauchten Wagen auszuschalten. Die deutschen Automobilfabriken würden sich freuen, wenn das gleiche auch für die Automobileinfuhr aus Deutschland beschlossen würde. H.

Zigarren wurden billiger

aber der Tabak-Einzelhandel hat Verluste

Die Tabaksteuer auf Zigarren ist, wie angekündigt, mit Wirkung vom 20. Februar um rund ein Drittel gesenkt worden. Da diese Steuer fast 50% des Ladenpreises ausmachte, sind die Kleinverkaufspreise um 25% heruntergegangen. Ganz echt ist diese Preisherabsetzung nicht, da die Zigarrenfabriken infolge der großen Notlage, in die sie durch die überhöhten Steuern gekommen waren, schon vor dieser Steuersenkung zu Preisen verkauft haben, die nicht die Selbstkosten deckten. Man wird nun abwarten müssen, wie sich das Preisniveau für Zigarren einmalt. Insbesondere weiß heute noch niemand, wie sich der Umsatz nach dieser Preissenkung entwickeln wird.

Eine Abwanderung von der Zigarette zum Stummen heut durchaus im Bereich der Möglichkeit. Die vielen Raucher, die im Frieden nur Zigarren rauchten, aber sowohl beim Militär als auch nach dem Krieg eher an Zigaretten als an Zigarren herankamen und so zum Zigarettenkonsum zwangsweise übergingen, werden jetzt wieder nur Zigarre zurückkehren. Da es jetzt nach der Preissenkung gute Stummen zu 12 und 15 Pfg. gibt, die Zigaretten aber ebenfalls zwischen 10 und 15 Pfg. liegen, wird dem Zigarrenraucher die Wahl nicht schwer fallen, zumal der Stummen eine längere Lebensdauer hat als die Zigarette. Andererseits hat sich der Zigarettenkonsum sehr viel stärker eingebürgert, und viele werden bei der Zigarette bleiben, auch wenn sie früher einmal Zigarrenraucher waren. Wie gesagt, eine Prognose ist schwer.

Trotzdem muß bei dieser Gelegenheit noch einmal die Frage aufgeworfen werden, ob die Zigarettensteuer nicht zu hoch ist. Es hat nicht an Vorschlägen gefehlt, auch die Zigarettensteuer herabzusetzen, und der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium hat vor nicht langer Zeit in Aussicht gestellt, daß auch diese Steuer gesenkt werde. Einige Wochen später wurde er allerdings von seinem Chef, dem Bundesfinanzminister, desavouiert. Dieser erklärte aus Devisengründen sei eine Senkung der Zigarettensteuer nicht möglich (früher hieß es einmal, die Bundesfinanzen könnten einen Ausfall von 500 Mill. DM nicht verschmerzen). Das Argument der Devisennot ist im Moment ausgeprägter, es wird nämlich auch gegen die Treibstoffpreise angewandt. Insbesondere ist der Bundesfinanzminister mit diesem Argument der Zustimmung der Hohen Kommissare sicher — und behält seine hohen Einnahmen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

System, der D-Mark im Juni 1948 als auch die Abwertung der D-Mark aufgezwungen wurde — mit all den Schwierigkeiten, die sich daraus, vorauszusehbar, ergaben, die wir aber nun zu überwinden haben. („Wer hat das beseitigt?")

Liberalisierung — ein Vorwurf?

Genau das gleiche müssen wir gegen den Vorwurf einwenden, der auch anscheinend in dem Memorandum gemacht wurde, der Bundeswirtschaftsminister habe seine europäischen Kollegen in der Abschaffung von Importbeschränkungen bei neuem liberalisierten Handelsabkommen überflügelt. Dazu ist — zur tatsächlichen Berichtigung — zunächst einmal zu sagen, daß die Jetzt, die Liberalisierungspolitik eingeleitet hat und daß die Bundesregierung nur die Weisungen Hoffmans ausführt. Über diese tatsächliche Berichtigung hinaus sind wir in Deutschland über diesen Vorwurf ganz besonders befremdet. Die Bundesregierung hat durch diese liberalisierte Handelspolitik große Teile der deutschen Wirtschaft hart getroffen. Die Kritik an dieser Handelspolitik wird immer stärker. Auch wir sind in den letzten Wochen nicht müde geworden, auf die großen Gefahren der liberalisierten Handelspolitik hinzuweisen. Aber Presse und Rundfunk Europas hallt wider vom Schlachtruf Liberalisierung. Und uns wird jetzt ein Vorwurf daraus gemacht. Es ist uns unverständlich — um keine schärferen Ausdrücke zu gebrauchen —, daß man ausgerechnet das an uns auszusetzen hat, was man uns nicht nur gestattet hat, sondern wozu man uns gezwungen hat. Wir werden fast an die Methode: „Haltet den Dieb" erinnert.

Geteilte Verantwortung

Man kann uns durch solche Memoranden nicht davon abbringen, die Verantwortung zwischen zu teilen. Was an der steigenden Arbeitslosenzahl auf die Flüchtlingsbewegung entfällt, für die wir nicht verantwortlich sind, was auf die Witterung und Jahreszeit entfällt, in der der Bankrat ebenfalls nicht frei ist, sondern, wie immer, die Zustimmung der alliierten Bankkommission holen muß und schließlich was auf die Fluktuation entfällt, können wir ganz gut voneinander unterscheiden. Der Rest ist Verantwortung der Bundesregierung, mehr aber auch nicht.

Im übrigen hat sich zwar die Zahl der Arbeitslosen noch weiter erhöht und die Grenze von 2 Millionen überschritten, aber es gibt schon Gebiete, in denen nach dem 10. Februar die Arbeitslosigkeit wieder zurückgegangen ist, wie z. B. in Nordrhein-Westfalen. Wir sind der gleichen Meinung wie Bundesarbeitsminister Storch, daß der Höhepunkt erreicht ist und die Arbeitslosenzahlen nun zurückgehen werden. Insbesondere wird, wenn das milde Wetter anhält, die Bautätigkeit sehr schnell in Gang kommen.

Die Bundesregierung wird Ende Febr. ein neues Arbeitsbeschaffungsprogramm dem Bundestag vorlegen, daß außer den bereitgestellten 3,4 Mrd. DM einen weiteren Betrag zu Investitionen vorsieht. Insbesondere sollen den Exportindustrien noch mehr Investitionskredite gegeben werden. Dabei setzt die Bundesregierung voraus, daß einschränkende Bestimmungen der Hochkommissare fallen gelassen werden. Ein Sprecher der Bundesregierung sagte (laut UP): „Die Westalliierten werden auf die Dauer um die Freigabe des Osthandels für Deutschland nicht herumkommen".

Vollbeschäftigung

Da bei dem Antrag der SPD von einem Programm der Vollbeschäftigung die Rede war, sei kurz auf diesen Begriff eingegangen, zumal da auch in den Wahlreden der Labour-Party immer dieses Wort erscheint. Der englische Export hat im Januar einen neuen Nachkriegsrekord erreicht, und liegt heute erheblich über den besten Friedenszeiten. Wenn wir einmal einen Export haben, der über der Friedenszeit liegt, dann ist uns um die Vollbeschäftigung nicht bange — aber überall stoßen wir noch auf hohe Zollschranken, wofür wir den Beweis aus der Automobilindustrie in dieser Nummer bringen. Überall stoßen wir auf die englische Konkurrenz, die infolge der größeren Abwertung vorteilhafter anbieten kann. Wir sind um die Konkurrenz nicht bange, wenn die Liberalisierung endlich zweigleisig wird, aber es gibt Länder, die bange sind und darum die Zweigleisigkeit verzögern, solange sie können.

Stahlquoten

Die Bundesregierung bittet um Erhöhung der Stahlquote, da jetzt schon ungefähr die Stahlproduktion erreicht ist, die uns zusteht. Allein zum Wiederaufbau und zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms brauchen wir zusätzlich Stahl, noch mehr aber um Exportgüter daraus herzustellen. Man verhält sich bei der Hohen Kommission vorläufig noch ablehnend diesen Wünschen gegenüber und man verweist darauf, daß für die hohe Stahlproduktion nicht genügend Absatz vorhanden sei, aber wir lassen — nicht freiwillig — Stahl aus Frankreich zollfrei herein — und die Preise für diesen Stahl machen unserer eigenen Stahlindustrie viel Sorge.

Rotchina wird interessant

Wir dürfen nun doch von dem 100 000-Tonnen-Auftrag an Rotchina 125 000 t Schienen liefern. Das ist nicht viel, aber der Mensch freut sich, wenn vom Tische des Reichen (England) Brosamen abfallen. Eine große Maschinenbaufirma im Ruhrgebiet hat aus Rotchina eine Reihe von Anfragen nach Bergwerks-, Hüttenwerks- und Kran-Anlagen erhalten. Diese Anfragen kamen nicht direkt von der rotchinesischen Regierung, sondern über Mittelmänner.

Herrn Cripps ins Stammbuch

Einen weiteren Beweis gegen die Crippsche Wahlpropaganda-These liefert Prof Nölting in einem Bericht über die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Exports. Er weist mit Recht darauf hin, daß sich durch die Abwertung der D-Mark die Einfuhren für die Industrie um den Abwertungsbetrag erhöht haben und im Industriegebiet starke finanzielle Kräfte in Anspruch genommen haben, die für die Modernisierung und Rationalisierung hätten verwendet werden können. Manche Maschine aus den USA konnte wegen dieser Verteuerung nicht gekauft werden, obwohl mit einer solchen Maschine die Produktionskosten hätten gesenkt werden können. Da wir nicht so stark abwerten durften wie die Engländer, mußten unsere Exportpreise gesenkt werden. Auch das ging von dem Kapital ab, das sonst zur Investition zur Verfügung gestanden hätte.

Im übrigen sei Herrn Cripps geantwortet, daß die Bundesrepublik trotz ihres stark angeschlagenen Wirtschaftsbereiches mit einem Investitionsvolumen von 13% den gleichen Investitionsumfang erreicht hat wie England. Auf den Vorwurf, wir konsumierten zu viel, antworten wir: Die Konsumrate in Westdeutschland beläuft sich auf 77%, aber in den anderen Marshallplanländern 118%.

Lebenshaltungskosten sinken

Selbstverständlich konnte der Konsum dadurch steigen, daß die Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten laufend stark gesunken sind. Sie liegen heute um 6% niedriger als im Januar 1949; allein im Januar 1950 sind sie um 1,5% gesunken, insbesondere durch die sinkenden Preise für Lebensmittel, aber auch bei Hausrat, Textilien und Schuhen ist die Preissenkung beachtlich. Die Saisonschlußverkäufe haben ein übriges getan.

Freundliche Börsen

Es ist darum selbstverständlich, daß die deutschen Börsen auch zu Wochenbeginn wieder freundlich waren, obwohl wenig Aufträge vorlagen. Der Rosenmontag, an dem die Düsseldorfer Börse verständlicherweise ausfiel, nimmt aus guten Gründen die Geschäftstätigkeit und so fühlen an den Börsen die westdeutschen Aufträge. Auch über mangelnde Arbitragemöglichkeiten wurde geklagt. Aber die freundliche Grundtendenz, die in der vorigen Woche festzustellen war, blieb auch am Rosenmontag erhalten. Von den schwerindustriellen Werten verbesserten sich in Frankfurt Mannesmann von 52¼ auf 53½, Rheinstahl von 52 auf 53, Stahlverein von 31½ auf 32¼, Rheinbraun von 95 auf 97, Siemens-Stamm gegen von 45½ auf 46, AEG von 31 auf 32½, Berger von 30 auf 32, Westerhall von 52 auf 55 an. Südzucker stieg sogar um 2½% auf 87½%. Schwächer waren BMW, die 1% verloren, und Daimler, die ½% verloren. In München waren Brauereiwerte gesucht. Paulaner stieg von 67 auf 69, Banken und Versicherungen waren uneinheitlich. Conti-Gummi erreichte in Frankfurt einen neuen Höchstkurs von 111¼, Winterhall bewegte sich zwischen 54½ und 53. Lebhafter wurden auch Reichsmarkpfandbriefe gehandelt, allerdings bei gleichen Kursen. Die 6%ige Reichsbahnanleihe steht unverändert bei 100 bezahlt Geld.

Geheime Treibstoffbesprechungen

Über die Treibstoffprobleme ist in Garmisch-Partenkirchen hinter verschlossenen Türen verhandelt worden. Was mag dabei herauskommen? Vielleicht wird doch nach dem 23. Februar, dem Tag der englischen Wahlen, die Möglichkeit zur Freigabe des Benzins gegeben sein. Vorläufig sieht es allerdings noch wenig hoffnungsvoll aus. Der englische und französische Teil der Hochkommission hat immer noch Bedenken wegen des evtl. steigenden Devisenbedarfs. Hoffentlich gelingt es den deutschen Stellen, diese Bedenken zu zerstreuen.

Churchill

Das auch für uns sehr wichtige Ereignis der nächsten Tage ist die englische Wahl. Wird sich der Cripps-Rastilius, genannt Dirigismus mit roter Umrahmung, weiter auf dem Nährboden Englands ausbreiten können, und dann mit doppelter Gewalt auch auf Europa überspringen, oder wird England wieder zu einem freien Land werden, worauf es einen traditionellen Anspruch hätte? Wollen Sie wissen, wie wir tippen? Wir tippen auf Churchill — und nicht auf Cripps. Dabei ist nicht der Wunsch der Vater des Gedankens, sondern Churchill scheint tatsächlich die größeren Chancen zu haben, wenn auch der Wahlkampf hart werden wird. H.

Der Aufschwung der Elektro-Industrie

Produktionswert um 33 Prozent gestiegen — Export verdreifacht

Die Elektroindustrie ist eine der jüngsten Gruppen der deutschen Wirtschaft und hat sich infolge der unerhört raschen Entwicklung der Technik alsbald zu einem der wesentlichsten Zweige herausgebildet, weil sie auf Grund ihrer Schlüsselstellung in alle maßgeblichen Wirtschaftsvorgänge eingreift, sei es Energieversorgung und Verkehrswesen, sei es Grundstoffindustrien, wie Kohle, Stahl, Chemie, deren Entwicklung zu ihrem heutigen Stand ohne die Verwendung der elektrischen Antriebe, der Elektro-Stahlöfen und elektrochemischen Verfahren nicht vorstellbar wäre. Dieser hohe Stand der Technik verschaffte der deutschen Elektroindustrie Weltruf und sie war bis zum Kriege der größte Elektro-Exporteur auf dem Weltmarkt.

Diese Entwicklung ist naturgemäß durch den Krieg und seine Folgeerscheinung zum Stillstand gekommen. Etwa 60% der Kapazität der Elektroindustrie lag östlich der Elbe, vor allem in Berlin mit den besonders Schwerpunkten Siemensstadt und Oberschöneweide. Maßgebliche Kapazitäten sind heute in die Hand sowjetischer Aktiengesellschaften übergegangen, und die in den Westsektoren liegenden Betriebe wurden 1945 durch die Sowjets zu 30% ausgeräumt.

Es zeugt von dem Unternehmungsgeist und dem Fleiß der Berliner Elektroindustrie, wenn die eingebüßte Kapazität im Laufe der letzten Jahre zu einem großen Teil wieder aufgebaut werden können.

Während die Elektroindustrie in der französischen Zone ebenfalls sehr stark französischerseits demontiert wurde, ist der Kapazitätsverlust der Elektroindustrie in der brit./amerikanischen Zone durch Kriegseinwirkung mit etwa 30% zu veranschlagen.

Neben diesen materiellen Einbußen wurde die Potenz der Elektroindustrie noch dadurch geschwächt, daß die großen zentralen Laboratorien ebenso wie die Patente, Fabrikationsverfahren usw. verlorengingen. Darüberhinaus liegen auf bestimmten Gebieten, vor allem der Hochfrequenztechnik, bis heute noch Fabrikations- und Forschungsverbote vor.

Die Elektroindustrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hat in den Jahren nach 1945 vor allem auf dem Gebiet der Fernmeldetechnik, Rundfunktechnik, Glühlampentechnik, verlorengegangene Kapazitäten zu einem großen Teil wieder neu erstellt bzw. die verbliebenen Betriebe erheblich rationalisiert. Die Erfolge lassen sich an der Produktionsentwicklung der letzten Jahre ablesen:

Die Produktion der drei Westzonen betrug:

1947 900 Mill. RM,
1948 1,8 Mill. RM/DM,
1949 2,4 Mrd. DM.

In den Westsektoren Berlins:

1947 230 Mill. RM,
1948 370 Mill. RM/DM,
1949 330 Mill. DM trotz Blockade.

Produktion der westdeutschen Elektroindustrie (in Mill. RM/DM)

Fertigungsgebiet	1948	1949
Elektromaschinen	146'	212'
Transformatoren	50'	84'
Akkumulatoren	53'	65'
Hochspannungs-Schaltgeräte	12'	30'
Niederspannungs-Schaltgeräte	69'	102'
Installationsmaterial	98'	123'
Isolierte Drähte u. Leitungen	123'	202'
Kabel	62'	142'
Elektromechanische Werkzeuge	24'	22'
Schweißgeräte	21'	19'
El. betriebe Haush.- und Wirtsch.-Geräte	60'	57'
El. mot. Haush.- und Wirtsch.-Geräte	18'	54'
Kühlschränke	30'	36'
Ger. u. Einrichtg. d. Drahtfernmeldetechnik	89'	80'
Hochfrequenzgeräte der drahtl. Nachrichten-Technik	114'	136'
El. Meß- und Prüfgeräte	41'	42'
Elektrizitätszähler u. Schaltuhren	14'	41'
Glühlampen	50'	92'
Elektronenröhren	37'	49'
Elektromedizin	43'	60'

Wenn man diese Zahlen zu einer Normalproduktion des Altreiches, beispielsweise 1938 (3,3 Mrd. RM), in Vergleich setzen will, so muß hierbei zunächst die inzwischen eingetretene Preiserhöhung berücksichtigt werden mit dem durchschnittlichen Faktor 180. Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß die Bevölkerung im Bundesgebiet gegenüber 1938 um etwa 30% zugenommen hat, mithin der Versorgungsindex ein bedeutend höherer ist. Hinzu kommt schließlich, daß die westdeutsche Produktion in viel größeren Umfange als die anderen Länder Ersatzinvestitionen vorzunehmen und Nachholbedarf zu befriedigen hat.

Unter Berücksichtigung aller dieser Faktoren gelangt man bei richtiger Kenntnis der Verhältnisse zu einem Produktionsindex von 90 (1938 gleich 100). Wenn also gelegentlich in der Presse die Produktionsziffer heute mit dem in früherer Normaljahrszeit verglichen wird und ein Produktionsindex von 160 bis 200 errechnet wird, so dürfte diese Ziffer aus den vorgenannten Gründen nicht zutreffen.

Der Leistungsindex ist nach der Währungsreform naturgemäß erheblich angestiegen und liegt im Durchschnitt bei etwa 75%.

Export

Da die Elektroindustrie zu den exportorientierten Zweigen der deutschen Wirtschaft gehört, hat sie von vornherein die Frage der Liberalisierung der europäischen Wirtschaft grundsätzlich bejaht und auch entsprechende Vorschläge dem Bundeswirtschaftsministerium zugeleitet, welche von der OEEC, Paris, akzeptiert worden sind. Notwendige Voraussetzung für die Durchführung der Liberalisierung ist natürlich, daß die einem freien Warenaustausch noch entgegenstehenden Hindernisse abgebaut und auch im übrigen die erforderlichen Voraussetzungen für einen freieren Warenaustausch seitens aller am Marshall-Plan beteiligten Länder geschaffen werden. In diesen Bereich gehört vor allem die Frage der freien Konvertierbarkeit der Währungen, Fortfall der Dollar-Klausel, Freizügigkeit hinsichtlich der Einrichtungen von Niederlassungen und Vertretungen im Ausland, Milderung der die Forschung und Entwicklung noch behindernden Anordnungen und schließlich ein entsprechender Zeitabbau bei den übrigen ausländischen Handelspartnern. Im Hinblick auf die früher erwähnten Schwierigkeiten und speziell auf dem Gebiet der Hochfrequenztechnik noch bestehenden Fertigungs- und Forschungsverbote bedeutet die grundsätzliche Einstellung der Elektroindustrie zur Frage der Liberalisierung eine erhebliche Vorleistung. Die Elektroindustrie ist jedoch der Auffassung, daß nur durch den Fortfall der noch bestehenden Handelshemmnisse der Weg für einen maßgeblichen Export eröffnet werden kann, der für die deutsche Elektroindustrie im Jahre 1952 mit 600 000 Dollar pro Jahr veranschlagt worden ist.

Ähnlich wie in der handelspolitischen Linie vertritt die Elektroindustrie auch auf dem Gebiet der Zollpolitik das Erfordernis des Fortfalls der noch bestehenden Hemmungen, und zwar sowohl im Hinblick auf die eigentlichen Zölle als auch der übrigen den Warenaustausch belastenden Sondersteuern, Gebühren usw. Sie selbst hat für die Schaffung des neuen deutschen Zolltarifes Sätze in Vorschlag gebracht, die sich im wesentlichen in der Größenordnung 10—15% bewegen, erwartet aber naturgemäß, daß die ausländischen Industrien sich ebenfalls für eine Herabsetzung der teilweise noch in der Höhe von 35—50% bestehenden Zollsätze einsetzen.

Der Elektroexport hat sich in den letzten beiden Jahren recht positiv entwickelt, nachdem er in den Jahren 1946/47 noch nicht nennenswert war, betrug er 1948 ca. 30 Mill. RM/DM und 1949 100 Mill. DM. Selbst die Zahl von 100 Mill. DM ist — allgemein gesehen — noch außerordentlich gering, insbesondere, wenn man auch hier wieder die Preiserhöhung (Faktor 180) in Betracht sieht und sich vorstellt, daß der normale Export früher bei etwa 3—4 Mill. RM lag. Der Export beträgt damit heute erst etwa 3% vom gesamtdeutschen Export (1936: 7%) und erst 4% von der Gesamt-Inlandselektroproduktion (1938: 11,5%).

Am Elektroexport waren folgende Fachzweige bevorzugt beteiligt:

Elektromaschinen	15,5%
Kabel- u. Isol. Drähte	10%
Elektromedizin	10%
Installationsmaterial	9%
Schaltgeräte	8%
Meßgeräte und Zähler	8%

Die Hauptabnehmerländer waren:

Niederlande	16,5%
Schweden	14 %
Schweiz	9 %
Saargebiet	9 %
Benelux	9 %
Österreich	7 %
Norwegen	7 %

An der Erhöhung des Exports sind in erster Linie die Investitionsgüterzweige beteiligt, insbesondere alle Maschinen (10,8%), Schaltgeräte (8,9%), Meßgeräte (7,4%), Kabel (8,3%), Elektromedizin (12,1%) und Installationsmaterial (12,3%). Das Interesse des Auslandes an deutschen Elektroerzeugnissen ist außerordentlich rege, zumal sich die Kenntnis vom hohen Stand der technischen Fertigung und individuellen Bedienung der Abnehmer auch über den Krieg und die Nachkriegsjahre hinaus erhalten hat und sowohl die Preisstellung als auch Lieferfristen den Bedingungen der ausländischen Konkurrenz nicht nachstehen.

Den wesentlichen Teil des Exports bildeten von jeher die Großanlagen, wie Ausbau von Kraftwerken, Fernsprechämtern, Krankenhäusern usw. Die praktische Durchführung solcher Projekte war bisher dadurch wesentlich erschwert, daß noch nicht die erforderlichen Vertretungen mit technischen Stäben im Ausland errichtet werden können und auch dadurch, daß die deutsche Industrie zur Kreditbeträumung finanziell noch nicht so in der Lage ist, wie es einem großen Teil der Konkurrenzindustrie des Auslandes möglich ist.

In den letzten Monaten konnten jedoch nunmehr auch auf dem Anlagengebiet interessante Aufträge in Deutschland plaziert werden, und es steht zu hoffen, daß diese Entwicklung sich fortsetzen wird, da die Überzeugung des Auslandes vom hohen Stand der deutschen Elektrotechnik sich auch über den Krieg und die Kriegsjahre hinaus erhalten hat.

Aufgaben im Inland

In der Generalversammlung des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie nahm der Verbandsvorsitzende Friedrich Sperl Stellung zu der Frage der Ausstattung der Elektro-Industrie mit langfristigen Krediten. Im Hinblick auf den notwendigen Ausbau der Energieversorgung und des Nachrichtenwesens liegt die Elektro-Industrie mit ⅓ der Kreditzuteilungen an die Gesamtindustrie bei weitem an der Spitze. Die Sorge des Verbandes gilt dabei vor allem der Kreditzuteilung an die kleinen und mittleren Industriewerke.

Die Elektroindustrie sieht sich im Inland einer umfangreichen Aufgabenstellung gegenüber; denn die großen Programme, wie Errichtung von Kraftwerken, Elektrifizierung von Bundesbahn und Bergbau, Ausbau des Nachrichtenwesens sowie des Funk- und Sendewesens, Wohnungsbau usw. konnten bisher nur in ganz bescheidenem Rahmen durchgeführt werden. Die Elektroindustrie hat also erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten, deren Ausnutzung nicht von der Kapazitäts-, sondern in erster Linie von der Geldseite her bestimmt werden. Erforderlich ist, daß die Träger der vorerwähnten Programme mit den erforderlichen langfristigen Mitteln ausgestattet werden, um die entsprechenden Aufträge an die Industrie geben zu können.

Fernmelde-Industrie kann Telefonbedarf decken

Entgegen anderslautenden Meldungen ist die deutsche Fernmelde-Industrie in der Lage, den Bedarf an Telefonanlagen aller Art voll zu decken. Wie wir vom Zentralverband der elektrotechnischen Industrie erfahren ist auch der Engpaß für den Bau von Amtseinrichtungen nicht nur überwunden, sondern die Fernmeldeindustrie kann heute schon weit über den Bedarf erzeugen. Die Fertigung von Amtseinrichtungen wurde zu Beginn 1949 begonnen und konnte Ende 1949 den Bedarf decken.

Die Handlungskosten im Einzelhandel

Die Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln e. V. hat in ihrem ersten Halbjahresbericht über die Betriebsvergleichsarbeiten des Instituts eine Veröffentlichung über die Handlungskosten im Einzelhandel herausgegeben, die aus den durchschnittlichen Unkosten der Monate Januar bis Juni 1949 errechnet wurden. Danach betragen die Handlungskosten des Einzelhandels ohne Abschreibungen und Zinsen für eigenes Kapital in Prozenten vom Umsatz:

Branchen	Personalkosten u. Unternehmerlohn	Miete	Steuern	Reklamekosten	sonst. Kosten	in %
	8,7	1,3	3,8	0,3	3,9	
	11,2	2,6	4,9	1,0	5,2	
	6,1	1,0	3,6	0,3	3,1	
	9,7	1,6	4,3	0,3	5,0	
	8,5	1,8	4,4	0,8	4,3	
	11,7	2,4	4,1	0,5	7,1	
	15,0	3,6	5,1	0,8	8,0	
	14,8	3,5	4,6	1,2	8,3	
	14,1	2,3	3,4	0,7	6,1	
	22,6	3,9	3,6	0,7	7,3	
	13,0	1,1	1,9	1,4	8,0	
	13,0	1,9	4,4	1,3	5,7	
	4,9	1,4	3,9	0,8	3,6	
	17,6	3,3	5,5	1,3	7,4	
	18,2	4,6	4,3	0,9	11,0	
Davon:						
Lebensmitteleinzelhandel:						14,9
Drogerien:						24,5
Tabakwareneinzelhandel:						13,0
Textileinzelhandel:						21,6
Schuheinzelhandel:						19,6
Eisenwaren- und Hausratshandel:						25,8
Einzelhandel mit Glas, Porzellan und Keramik:						35,3
Möbeleinzelhandel:						31,8
Einzelhandel mit Papier, Bürobedarf und Schreibwaren:						26,5
Beleuchtung und Elektroartikel:						40,1
Büromaschinen, -möbel und Organisationsmittelhandel:						24,3
Fahrradeinzelhandel:						26,3
Nähmaschineneinzelhandel:						34,5
Leder- und Galanteriewaren:						34,9
Blumenbindereien:						39,0

Mehr Dollar für Deutschland

Der Chef der ECA-Mission in Frankfurt, Robert Hanes, will sich vor dem USA-Kongreß für weitere amerikanische Finanzhilfe an Deutschland einsetzen.

Die USA, erklärte Hanes am 17. Februar in Washington in einem Presseinterview, hätten in Deutschland schon so viel Geld investiert, daß sie es nicht riskieren könnten, ihre Hilfeleistungen plötzlich einzustellen. „Deutschland hat in den vergangenen zwölf Monaten auf wirtschaftlichem Gebiet sporne Fortschritte gemacht, sowohl auf dem landwirtschaftlichen wie auf dem industriellen Sektor. Es verfügt jetzt über eine feste Währung, und der deutsche Markt ist durch die Neubewertung der DM gestärkt worden. Die Dollarhilfe sollte nicht plötzlich eingestellt, sondern vielmehr langsam verringert werden."

Bis zum Ende des Marshallplanjahres im Jahre 1952, fuhr Hanes fort, werde Deutschland wieder fest auf eigenen Füßen stehen. Doch sei es noch völlig offen, ob die wirtschaftliche Erholung bis dahin vollständig ist. Es sei durchaus ein weiter Weg zurückzulegen.

Lebensversicherung fördert Wohnungsbau

Der Hauptausschuß des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen trat in München am Dienstag, dem 14. 2., zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen. Neben einer Reihe von speziell technischen Fragen nahm der Hauptausschuß auch zu den Steuerreformplänen, soweit sie bisher bekanntgeworden sind, Stellung. Er begrüßte es einhellig, daß insbesondere der Bundesfinanzminister Dr. Schäffer sich dafür ausgesprochen hat, die Steuerbegünstigungen für das langfristige Zwecksparen in Form einer Lebensversicherung weiter auszubauen. Es bestand ferner Einmütigkeit darüber, daß die Ansammlung von Kapital durch kleine und kleinste Beiträge zu Lebensversicherungen nur dann erfolgreich fortgesetzt werden kann, wenn grundsätzlich der Wille zum Sparen und zur Vorsorge auch in Zukunft vom Staat gefördert wird, wie es in der Regierungserklärung im September vorigen Jahres grundsätzlich festgestellt wurden ist.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Frage, wie die Gelder der Prämienreserve mit optimalem Nutzen für Wirtschaft, Währung und Versicherte angelegt werden können. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen sind den Wohnungsbau, vor allem in Form von ersten Hypotheken, in steigendem Umfang Mittel (im 4. Quartal 1949 über 30% der anlagefähigen Gelder gegenüber nur 43% im Jahre zuvor) zugeführt worden. Den kommunalen Versorgungsbetrieben und -bauten konnten 13%, den aufbauwichtigen Industrien etwa 20% zur Verfügung gestellt worden. Die Gesamtsumme der anlagefähigen Gelder wird mit rund 373 Mill. DM (vom 20.6.48 bis 31.12.1949) angegeben. Außerdem sind seit der Währungsreform über 262 Mill. DM an die Versicherten ausgezahlt worden.

Der Ausschuß unterstrich noch einmal die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, eine erste Quote zur Tilgung der den Versicherungsunternehmen gehörenden Ausgleichsforderungen bereitzustellen, indem Etatgelder für konjunkturelle Belebung der Wirtschaft dazu verwandt würden. Die Lebensversicherungsunternehmen wiederholten ihre Bereitschaft, die daraus freiwerdenden Gelder unverzüglich dem Bausektor zu einem mäßigen Zinssatz zuzuleiten. Neben einer Reprivatisierung der Wirtschaft durch Einschaltung der Versicherungsunternehmen würde eine solche Maßnahme schuldentilgend und damit lastenmindernd für den Staat, ohne die gerade im Augenblick so notwendige Belebung der Wirtschaft irgendwie zu beeinträchtigen.

Margarine-Industrie wünscht Rohstoffkontingentierung

Der deutsche Margarineverband hat beschlossen, die Bundesregierung zu ersuchen, die Rohstoffkontingentierung für die Margarineindustrie wieder einzuführen, da etwa 20 Prozent der importierten Fettrohstoffe zu doppelten Weltmarktpreisen aus den USA bezogen werden müßten. Eine kontingentmäßige Verteilung dieser überteuerten Rohstoffe auf die einzelnen Margarinehersteller sei somit unerläßlich geworden. Auf den Endverbraucher würde sich diese Maßnahme nach Angaben eines Vertreters der Margarineindustrie bei ausreichenden Fetteinfuhren nicht auswirken.

Zum Schutze der deutschen Margarineindustrie gegen ausländisches Dumping soll die Bundesregierung ferner ersucht werden, illegale Margarineimporte durch verstärkte Grenzkontrollen zu erfassen. Wegen der großen Einfuhren der vergangenen Wochen habe die deutsche Margarineproduktion ohnehin praktisch nahezu stillgelegt werden müssen. Die Absatzmöglichkeiten hätten sich zwar durch eine Abnahme der Vorräte des Handels wieder etwas gebessert, doch bereiteten die für das laufende Quartal angekündigten Schmalzimporte in Höhe von 35 000 t bereits wieder neue Sorgen. Die deutsche Margarineindustrie wendet sich ferner dagegen, daß die ausländische Margarine nicht den gleichen Bestimmungen hinsichtlich des Fettgehalts, der künstlichen Färbung und der Verpackung unterworfen wird wie die inländischen Produkte. Falls diese unterschiedliche Behandlung aufrechterhalten werde, beabsichtige die deutsche Margarineindustrie, ein Verwaltungsgerichtsverfahren gegen die Bundesregierung anzustreben.

Die deutsche Ölmühlenindustrie will bei der Bundesregierung die Aufhebung der Subventionierungsbestimmungen erwirken. Den Anlaß hierzu haben, nach Mitteilung beteiligter Kreise, verstärkte Absatzschwierigkeiten bei Ölen für die Margarineherstellung. Die Ölmühlen haben die Auflage, gewisse Nebenprodukte, wie Ölkuchen, der Landwirtschaft als Kraftfutter zu stark verbilligten Preisen zu überlassen. Sie können daher nicht so günstig kalkulieren wie die ausländischen Ölmühlen und liegen mit ihren Ölpreis um 20 DM je 100 kg über dem Weltmarktpreis. Deswegen sind die Margarinefabriken in größerem Maße dazu übergegangen, billige Auslandsöle einzukaufen.

•

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund ist eine Senkung der Margarinepreise um 20 Prozent gefordert worden. Die günstigere Ausnutzung der Kapazität gestattete dies. Gleichzeitig wird erklärt, daß in dem jetzigen Margarinepreis ein Betrag von 7 Pfg. pro kg erhalten sei, der an die Landwirtschaft zur Stützung des Preises für Futterkuchen abgeführt werde. Die Landwirtschaft sei ebenfalls an hohen Margarinepreisen interessiert, um dadurch einen Druck auf die Butterpreise auszuüben.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. b. H., Karlsruhe, Yorkstraße 8. Chefredakteur: Dr. Hans Reiser, Karlsruhe. Zuständiges Verlagspostamt Bruchsal/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 4.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Yorkstraße 8. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig. — Satz und Druck: Badendruck G. m. b. H., Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Untragbare Kreditbedingungen für das Handwerk

Man gebe an Stelle von Investitionskrediten Betriebs- oder Personalkredite mit niedrigen Zinsen!

Neben den 2,5 Milliarden DM für den Wohnungsbau sollen der deutschen Wirtschaft nach dem Programm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 900 Mill. DM zugeführt werden. Davon sind 50 Mill. DM für das Handwerk und kleine industrielle Betriebe vorgesehen. Stellt man in Rechnung, daß auch beim Wohnungsbau und seinen Zulieferungen sehr erhebliche Beträge nicht nur das Bauhandwerk, sondern auch andere Gewerbezweige befruchten werden, so könnte man meinen, daß die in Aussicht gestellte Kredithilfe entscheidend zur Gesundung des Handwerks und des Kleingewerbes beitragen kann. Ja man könnte hoffen, daß hier nicht nur neue Arbeitsplätze für gelernte Handwerker, sondern auch für umschulende Flüchtlinge und Heimkehrer, die in ihrem alten Beruf kein Unterkommen mehr finden, und darüber hinaus so dringend nötige Lehrstellen für die schulentlassene Jugend neu geschaffen werden könnten. Ob sich solche Hoffnungen, selbst wenn die in Aussicht gestellten Mittel in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden, erfüllen, hängt aber in erster Linie davon ab, in welcher Form und unter welchen Bedingungen die Kredite gegeben werden.

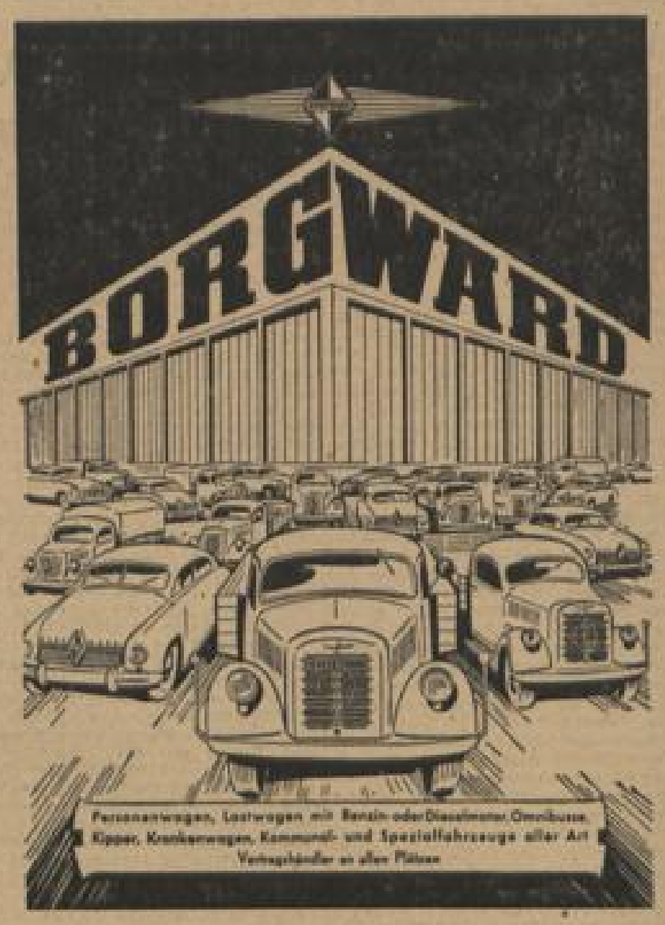
Bereits im Spätherbst 1949 wurde durch die Bundesregierung eine Kredithilfe von 50 Mill. DM für das Handwerk, das Kleingewerbe und den Einzelhandel zugesagt. Und was ist in den inzwischen verflossenen 4 Monaten aus dieser Hilfsaktion geworden? Sie scheint bis heute nicht viel über die Aufforderung an die Kreditinstitute, einstweilen bei der Kreditgewährung in Vorlage zu treten, hinausgekommen zu sein. Darüber, in wie weit diesen Geldinstituten, also in erster Linie den für den Mittelstand besonders wichtigen Sparkassen, Volksbanken usw. für Rechnung des Bundes neue Mittel über die Bank Deutscher Länder und die Landeszentralbanken mit fester Zweckbestimmung zugeflossen sind, liegen der breiteren Öffentlichkeit keine näheren Angaben vor. Wenn wir aber recht unterrichtet sind, so sind bisher Kredite, für Handwerk, Kleingewerbe und Einzelhandel zusammen, höchstens in Höhe von 30 Mill. DM zugesagt und nur zum Teil tatsächlich ausgezahlt worden. Das liegt sicher nicht daran, daß in diesen Kreisen kein größerer Kreditbedarf oder keine Bereitschaft zur Aufnahme von Krediten vorhanden ist. Es liegt vielmehr einmal an dem reichlich komplizierten Verfahren, das vom Antrag auf Kredithilfe bis zur tatsächlichen Auszahlung zu durchlaufen ist, zum anderen an der nur zögernd in Gang kommenden Refinanzierung für die letzte kreditgebende Stelle. Und doch wäre gerade hier rasche Hilfe doppelte Hilfe!

Vor allem aber kann das Handwerk die Bedingungen, an die die Gewährung des Kredits bestimmungsgemäß geknüpft sind, nur in den seltensten Fällen erfüllen! So nötig für den Ausgebombten oder den Flüchtlingsbetrieb Investitionskredite für die Instandsetzung und den Wieder- oder Neuaufbau von Werkstätten, für die Erneuerung oder Neubeschaffung von Maschinen sind, wie soll ein Handwerker, vor allem in der Großstadt, der nur in seltenen Fällen Grundstückseigentümer ist, oder ein Flüchtling, der aus dem Nichts neu anfangen muß, die geforderte 60%ige hypothekarische Sicherheit stellen? Und andere dingliche Sicherheiten, wie die Verpfändung von Maschinen, werden nur in Ausnahmefällen angenommen, was bei dem rasch absinkenden Verkaufswert gebrauchter Maschinen nur allzu verständlich ist.

Aber auch die weiteren Kreditbedingungen lassen gerade den fähigsten und gewissenhaftesten Handwerkern, die kaufmännisch rechnen gelernt haben, das Risiko so groß erscheinen, daß sie lieber darauf verzichten, einen Ausbau ihres Betriebes vorzunehmen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, als das, was sie aus dem Zusammenbruch gerettet haben, auch noch auf's Spiel zu setzen. Die Kredite müssen in 5 Jahren getilgt und mit 8% p.a. verzinst werden, wozu noch erhebliche Nebenspesen kommen. Nimmt also ein Handwerker einen Kredit von beispielsweise 10 000 DM auf, der nur für die nötigsten Instandsetzungen und Neuanschaffungen ausreichen wird, so muß er jährlich 2800 DM an Tilgung und Zinsen aufbringen. Man rechnet nun im Handwerksbetrieb mit einem Jahresumsatz von 7—8000 DM für die Arbeitskraft. Verbleibt hiervon ein Verdienst von 10%, also 7—800 DM, so ist dies schon hoch gerechnet. Der Meister muß also mindestens 3½ Arbeitskräfte ein ganzes Jahr voll beschäftigen, um nur seinen Verpflichtungen aus der „Kredithilfe" gerecht zu werden! Welcher Handwerksbetrieb kann heutzutage eine solche Last tragen? Und bei den kleinen Industriebetrieben liegen die Verhältnisse nicht anders. Selbst wenn sich ein Kleinunternehmer findet, der bereit ist, das Risiko einzugehen, so werden sich die maßgebenden Stellen der Handwerks- und Handelskammern, vor allem aber die Leiter der kreditgebenden Institute, nur schwer dazu entschließen, ihn zur Kreditaufnahme zu ermuntern oder diesen zu gewähren, wenn sie sich ihrer Verantwortung bei der Beratung des Kreditsuchenden bewußt sind!

Wir glauben demnach, man sollte bei der Kredithilfe im Rahmen der Arbeitsbeschaffung grundsätzlich andere Wege gehen: So wichtig vielfach die Bereitstellung von Investitionsmitteln ist, noch viel dringlicher ist es zur Gesundung des Mittelstandes und zur Schaffung von Arbeitsplätzen hier, wo die Währungsreform in weit höherem Maße als im Großbetrieb die Betriebsmittel vernichtet hat, wo Hortungsgewinne nicht entstanden sind, und die Steuerlast auch seit der Währungsreform die Bildung neuen Betriebskapitals völlig unmöglich gemacht hat, Betriebskredite zur Verfügung zu stellen. Man setze die Kreditinstitute durch Bundeshilfe hierzu in Stand. Bei ihrer engen Verbundenheit mit der Kundschaft und der genauen Kenntnis der Verhältnisse des einzelnen Kunden, über die Sparkassen und Volksbanken verfügen, können sie in der traditionellen und stets bewährten Form des Personalkredits wirkliche Hilfe leisten, ohne daß es vieler Erhebungen und Fragebogen bedarf. Der Zinsfuß sollte nicht höher als 4% sein und durch Zuschüsse des Bundes ermöglicht, die Rückzahlung auf eine größere Zahl von Jahresraten verteilt werden. Weist der Kreditnehmer die Mehreinstellung von Arbeitskräften über den normalen Bestand hinaus nach, so müßte der Zinssatz, wenn auch befristet, weiter ermäßigt werden. Man setze in die Kreditinstitute das Vertrauen, daß sie schon im eigenen Interesse die nötige Vorsicht walten lassen, sowohl bei der Auswahl der Kreditnehmer, wie bei der Bemessung der in einem allgemeinen Höchstrahmen festzulegenden Kredithöhe im Einzelfall. Man überlasse es dem Kreditnehmer im Benehmen mit dem kreditgebenden Institut den Kredit für die Zwecke einzusetzen, die ihm für seinen Betrieb die nützlichsten scheinen. Man streife auch hier die Fesseln der Planung ab und gebe der freien Unternehmerinitiative den Weg frei! Dann werden diejenigen man Zuge kommen und ihr Teil zur Gesundung unserer Wirtschaft beitragen, die charakterlich und fachlich hierzu befähigt sind. Und man wird keine künstlichen Treibhauspflänzchen züchten, die nur zu rasch vergehen. Einem Kreditmißbrauch und der Vergeudung öffentlicher Mittel durch ein unlauteres Spekulantentum wird ein viel stärkerer Riegel vorgeschoben, als durch alle einengenden, am grünen Tisch ausgeheckten Kreditsicherungsklauseln.

Vor allem aber: Doppelt gibt, wer rasch gibt! Man begrabe die Kredithilfe nicht in Ausschüssen und Beiräten! Nicht kluge Reden können helfen, sondern nur rasches, verantwortungsbewußtes Handeln! La.



Deutscher Schrott wird knapp

Trümmerschrott geht zur Neige — Der Schrottexport ist zu hoch

Aus Westdeutschland wird berichtet, daß sich die Situation in der Schrottversorgung im laufenden Jahr grundsätzlich ändern würde. Eine Überprüfung habe ergeben, daß die in der letzten Zeit getätigten Schrottausfuhren eine Erschöpfung der Schrottvorräte zur Folge haben müßten, da der Trümmerschrott zur Neige gehe. Man müsse sogar damit rechnen, daß vom Frühjahr 1951 an die Stahlindustrie der Bundesrepublik Schrott werde einführen müssen.

Diese Erkenntnis kommt reichlich spät. Schrott ist ein wertvoller Rohstoff der Stahlerzeugung, und Deutschland war in normalen Zeiten immer ein Schrottzuschußland. Was aber auch immer die Gründe gewesen sein mögen, die Tatsache besteht, daß man nach dem Zusammenbruch Deutschlands sehr große Schrottmengen exportiert hat.

Wandel nach der Währungsreform

Vor der Währungsreform gehörte Schrott zum mindesten in Westdeutschland zu den Mangelartikeln, obwohl in den Großstädten bedeutende Reserven in den Ruinen lagen. Das Bild hat sich dann nach der Währungsreform grundlegend gewandelt. Das Schrottaufkommen war von 80 000 bis 100 000 t monatlich vor der Währungsreform auf 450 000 bis 500 000 t nach der Währungsreform gestiegen. Die westdeutsche Stahlindustrie hat gegenwärtig einen monatlichen Verbrauch von etwa 300 000 t.

Im zweiten Halbjahr 1948 wurden etwa 600 000 t Schrott exportiert, aber im zweiten Halbjahr 1949 beliefen sich die Exporte auf 1,4 Mill. t. In den folgenden Monaten gingen sie zwar zurück, weil der Weltmarkt vorübergehend gesättigt war, doch setzte sich gegen Ende 1949 erneutes Interesse für den deutschen Schrott, und die Herabsetzung des Umrechnungskurses für die D-Mark eröffnete den deutschen Schrottexporteuren günstige Aussichten für eine Wiederaufnahme der Exporte nach den USA, die zurückgegangen waren. Die Ausfuhren nach Großbritannien, die nach der Abwertung des Pfundes eingestellt wurden, liefen ebenfalls wieder an. Infolge des schärferen Währungsschnittes in England mußten die englischen Verbraucher jedoch beim Bezug deutschen Schrotts in Pfunden mehr bezahlen als vor der Devaluation des Pfundes. Gegen Ende 1948 lagerten noch 400 000 t Schrott in Westdeutschland, die auf Kontrakt nach England zu liefern waren.

Auch Schweden, dessen Schrottverbrauch jährlich etwa 350 000 t beträgt, wovon 150 000 t eingeführt werden müssen, beabsichtigte im Jahre 1949 größere Mengen deutschen Schrotts — es sollte sich um etwa 100 000 t handeln — zu importieren.

Export in die USA

Der deutsche Schrott hat seit dem Ende des Krieges zu einem nicht geringen Teil den Schrottbedarf der auf hohen Touren laufenden amerikanischen Stahlerzeugung gedeckt. Nach Angaben der JEIA sind beispielsweise allein vom Oktober 1948 bis zum März 1949 von rund 1,73 Mill. t deutschen Schrotts, die exportiert wurden, 556 772 t oder 32,2% nach den USA gegangen. Die kontrollierte Schrottausfuhr der USA war zuletzt mit 40 000 t vierteljährlich festgesetzt worden, doch hatte sich die Versorgungslage in den USA in den letzten Monaten 1949 soweit entspannt, daß das Interesse der amerikanischen Verbraucher am deutschen Schrott geringer geworden war, und der amerikanische Handel sogar eine Beseitigung der Ausfuhrbeschränkungen gefordert hatte. Das Handelsdepartement hatte jedoch einen entsprechenden Antrag des Institute of Scrap Iron and Steel abgelehnt.

Welche Veränderungen der Krieg in der Weltschrottwirtschaft hervorgerufen hat, ergibt sich daraus, daß die USA, die vor dem Krieg der bedeutendste Schrottexporteur der Welt waren, heute einen Zuschußbedarf haben. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten half sich beispielsweise 1938 auf 1,97 Mill. t, 1937 auf nicht weniger als 4,17 Mill. t und 1936 auf 3,05 Mill. t. Sie betrug 1939, kurz vor dem Krieg, immerhin noch 3,63 Mill. t. Die Vereinigten Staaten versorgten 1937 in der Hauptsache Japan und England mit Schrott. Rund 2,7 Mill. t gingen nach diesen beiden Ländern, 1938 waren es jedoch nur noch 1,77 Mill. t amerikanischen Schrotts, die von Japan und England aufgenommen wurden. Dagegen war die Ausfuhr nach Italien 1938 auf 437 025 t gegen 381 394 t in 1937 und nach Deutschland auf 230 901 t gegen nur 88 153 t gestiegen.

Heute ist England Hauptabnehmer

England zieht es aus Gründen der Dollarknappheit heute vor, deutschen Schrott zu beziehen. So beliefen sich beispielsweise die Ausfuhren nach England in der Zeit vom Oktober 1948 bis zum März 1949 auf 844 326 t oder 40% der deutschen Gesamtausfuhren an Schrott. Es wird wahrscheinlich das Bestreben der englischen Verbraucher sein, auch weiterhin den deutschen Schrott zu erhalten, während sich das Interesse der amerikanischen Stahlindustrie wahrscheinlich verringern wird.

Die deutsche Schrottlage bedarf jedenfalls der größten Aufmerksamkeit durch die verantwortlichen Stellen, damit nicht noch mehr eines wertvollen Rohstoffes, auf den die deutsche Stahlindustrie in der kommenden Zeit in steigenden Mengen angewiesen sein wird, den Weg ins Ausland nimmt. Selbst wenn die anfallenden Mengen aus den Großstadtruinen heute vorübergehend den Bedarf der deutschen Industrie übersteigen sollten, so ist doch zu bedenken, daß ihr Export dann führen muß, daß die Stahlindustrie Deutschlands in der kommenden Zeit diesen Schrott gegen Devisen wird zurückkaufen müssen.

H. B.

Die Stahlindustrie der Ostzone

Selbstkritik der „Täglichen Rundschau" — Schlechte Qualität — Sehr viel Ausschuß
Produktion deckt kaum ein Drittel des Bedarfs

Weitaus mehr als die sehr im argen liegende NE-Metallerzeugung der Ostzone Deutschlands hat die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie der sowjetisch besetzten Zone die öffentliche Aufmerksamkeit sowohl durch Veröffentlichungen in der ostzonalen Presse als auch in der Presse der Westzonen gefunden. Es kann nicht überraschen, daß die östlich lizenzierte Presse ständig von neuen Erfolgen zu berichten weiß, ist man sich doch darüber im klaren, daß mit dem Erfolg oder Mißerfolg der Bemühungen eine möglichst weitgehende Unabhängigkeit in der Eisen- und Stahlversorgung zu erlangen, die aufgestellten Wirtschaftspläne stehen oder fallen. Wie diese „Erfolge" beschaffen sind, geht aus einer in den letzten Wochen von der „Täglichen Rundschau" laufend veröffentlichten Serie von Zuschriften volkseigener weiterverarbeitender Betriebe hervor, deren Zweck die „Selbstkritik" im Kampfe um die Qualität ist.

So ist im thüringischen Wirtschaftsministerium eine Abteilung für Qualitätskontrolle geschaffen worden, und bei einer in Weimar gezeigten Sonderschau „Gebrauchsgüter aus Thüringen" konnten von 4000 ausgestellten Erzeugnissen nur 50 mit einem Gütezeichen ausgezeichnet werden. Die volkseigene Maschinenfabrik Dingelstädt (Eichsfeld) lieferte an das Möve-Werk in Mühlhausen Gußteile für Strickmaschinen, die zu 70% Ausschuß waren. Strickmaschinennadeln bestanden ebenfalls 70% aus Ausschuß und brachen beim Einbau durch. Kartoffelgabeln konnten mit der Hand zusammengebogen werden. Pflüge mußten nach zweistündigem Gebrauch zur Reparatur gegeben werden, das sächsische Blechwalzwerk Olbernhau lieferte der VVB Feinmechanik Dynamobleche, die z. T. nicht durchgewalzt waren und zahlreiche Löcher aufwiesen, Bleche, die verrundet und eingerissen waren und Falten über die ganze Länge aufwiesen. Die Firma Moseuhlin in Leipzig hatte in Henningsdorf fünf Kettenräder aus Gußstahl bezogen. Diese Räder wurden auf Verlangen des Bestellers, weil sich die Lieferung verzögerte, an eine Berliner Zahnradfabrik zur Weiterbearbeitung in unbearbeitetem Zustand geliefert. Das Versandgewicht betrug 13,5 t, das Gewicht der gelieferten Räder jedoch nur 8 t, so daß 5,5 t Sand, Kerne und Drahtstützen mitgeliefert wurden, wofür jedoch ein Kilopreis von 0,83 Ostmark berechnet wurde. Eine Kolonne von vier Mann war drei Wochen damit beschäftigt, diese Kettenräder zu putzen, was in Henningsdorf maschinell in einem Bruchteil dieser Zeit hätte erreicht werden können. Das Ergebnis waren Mehrkosten von 3000 Ostmark. Die Reihe dieser, der „Täglichen Rundschau" wörtlich entnommenen Beispiele ließe sich beliebig verändern.

Wie sieht es wirklich aus?

Wie sieht es nun aber in der Stahlindustrie der Ostzone wirklich aus? Obwohl sich die in der östlichen Presse veröffentlichten Einzelheiten vielfach widersprechen, läßt sich doch ein einigermaßen klares Bild gewinnen, welche Anstrengungen gemacht wurden, um die Demontagen und die Verluste in Polen durch die vorläufige Grenzziehung auszugleichen.

Kurz nach Beendigung des Krieges übernahmen die Russen die Kontrolle der Maximilianshütte in Unterwellenborn und des Eisenhüttenwerks Thale, sowie der meisten verbliebenen Stahl- und Walzwerke einschließlich der Werke in Riesa, Gröditz, Brandenburg und Henningsdorf. Diese Werke wurden in der Folge z. T. oder wie das Werk Brandenburg vollständig demontiert.

Max-Hütte

Ende 1947 wurde die Maximilians-Hütte, der später vielbesungene „Max", der Gigant der Ostrepublik, der thüringischen Regierung übergeben, und die SMA ordnete den Wiederaufbau dieses Werks und einiger anderer an. Es erfolgte eine Neuausrüstung der Stahl- und Walzwerke der Ostzone, die für die Folge die Aufgabe hatten, für Reparationskonto zu arbeiten. Im vergangenen Jahr berichtete die ostzonale Presse über die Lieferung von fünf Walzstraßen aus der Sowjetunion in großer Aufmachung, doch ließ das Alter der gelieferten Walzstraßen erkennen, daß es sich um ehemals demontierte Anlagen handelte, die die Sowjetunion großmütig zurückgegeben hatte.

Die „Maxhütte" ist, wie bereits gesagt, gewissermaßen der Gigant der östlichen Eisen- und Stahlindustrie. Sie verfügt über 4 Hochöfen und verarbeitet 25—35prozentige Erze, die aus den nahegelegenen Gruben mit Drahtseilbahn anzufahren werden. Es hat sich herausgestellt, daß es vorteilhafter ist, sie vor der Verhüttung zu sintern, und es verlautet, daß Grubo-Gruben in Magdeburg demnächst eine Sinteranlage liefern wird. Die Maxhütte erzeugt außerdem Bessemer- und Elektrostahl. Die Gesamtkapazität wird mit 280 000 t angegeben, doch betrug die Erzeugung 1948 erst 175 000 t. Das Walzwerk erzeugt Eisenbahnschienen und Träger. Die Maxhütte hat nach den letzten Berichten mit Verlust gearbeitet und mußte aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden.

Magdeburg

Im Gebiet von Magdeburg sollte im vergangenen Jahr eine neue Hochofenanlage errichtet werden, die Erze aus den Gruben von Elbingerode und Hüttenrode verarbeiten sollte. Die genannten Gruben förderten etwa 100 t Erz täglich. Z. T. wurde das Erz bisher nach Polen und Westdeutschland versandt. Eine neue Aufbereitungsanlage wurde in Betrieb genommen.

Henningsdorf

Das Stahl- und Walzwerk Henningsdorf kann gegenwärtig etwa 120 000 bis 150 000 t Stahl jährlich erzeugen. Henningsdorf besitzt das größte Walzwerk Ostdeutschlands, das von Krupp-Grusonwerk geliefert wurde. Aber auch Westdeutschland und sogar die Sowjetunion waren an der Ausrüstung des Werks beteiligt, wie verlautet.

Riesa

Im Stahlwerk Riesa sollen vor kurzem sechs neue Stahlöfen in Betrieb genommen worden sein, und die Leistungsfähigkeit dieses Werks wird mit jährlich 300 000 t angegeben. Ein Teil der Walzwerkseinrichtung konnte im vergangenen Jahr durch die Blockade nicht geliefert werden, doch sollen einige Walzenstraßen in Betrieb gekommen sein, darunter Anlagen zur Erzeugung von nahtlosen Röhren mit einer Leistungsfähigkeit von etwa 300—350 t monatlich. Die gesamte Röhrenkapazität von Riesa wird mit etwa 1000 t angegeben. Hauptsächlich werden Heizschlangen für Lokomotiven erzeugt.

Thale

Das Eisenhüttenwerk Thale erzeugt Rohstahl und Elektrostahl und ist ein wichtiger Blecherzeuger, der 1949 monatlich etwa 6000 t produzierte.

Außerdem bestehen eine Reihe kleinerer Stahlwerke einschließlich des Stahlwerks Gröditz, des Gußstahlwerks Döhlen und des Stahlwerks Weitzreube bei Zeitz. An der Stelle, an der früher die Mitteldeutschen Stahlwerke standen, soll das Stahlwerk Brandenburg errichtet werden, dessen Anfangskapazität 100 000 Jahrestonnen betragen soll, und das den Betrieb noch im laufenden Jahr aufnehmen soll.

Mangel an Blechwalzwerken

Der Mangel an Blechwalzwerken ist ein bedeutendes Handicap für die östliche Wirtschaft. Man hat deshalb die vorhandenen NE-Metallwalzwerke in Ilsenburg und Olbernhau auf das Verwalzen von Stahl umgestellt, mit welchem Erfolg, wurde eingangs nach der „Täglichen Rundschau" festgestellt. 1948 wurde das volkseigene Werk „Fagema", nahe Rostock, in Betrieb genommen, das hauptsächlich für landwirtschaftlichen Bedarf arbeitet. Ein weiteres Blechwalzwerk ist das Walzwerk Kirchmöser, das Bleche für Dampfkessel, Brückenbaumaterial und für die chemische Industrie erzeugt. Das neueste Walzwerk, das demnächst in Betrieb genommen werden soll, ist das Walzwerk Burg, das mit Heiß- und Kaltwalzwerken und einer Anlage zur Erzeugung von Dynamoblechen ausgestattet ist. Ein kleines Walzwerk zur Erzeugung von Eisenbedarf wurde kürzlich bei Dresden fertiggestellt. Als letztes wäre noch das Walzwerk der Eberswalder Stahlwerke zu nennen. Die Eisen- und Stahlindustrie der Ostzone ist in der „Vesta", der Vereinigung Eisen und Stahl organisiert, die die zentrale Planungsstelle mit dem Sitz in Leipzig ist.

Die mengenmäßige — nicht qualitätsmäßige Entwicklung wird durch die nachstehenden Angaben über die Walzwerksproduktion veranschaulicht. Es wurden in Meter-t:

1946	47 000	1949	500 000*)
1947	92 000	1950	625 000*)
1948	154 000		

*) Planzahlen

Das Gebiet der heutigen Ostzone erzeugte an Walzwerksproduktion 1938 jedoch 1,3 Mill. t.

Pläne

Die Pläne sehen für 1950 eine Roheisenerzeugung von 360 000 t und eine Stahlerzeugung von 875 000 t vor. Der ostzonale Stahlbedarf wird aber ohne die Last der beträchtlichen Reparationslieferungen auf nicht weniger als 2 bis 3 Millionen t geschätzt. Die Eisen- und Stahlindustrie der Ostzone benötigt neben Kapital Roheisen und Brennstoff. Koks, Roheisen und Mangenerz kann von den östlich gelegenen kommunistischen Ländern geliefert werden. Die Sowjetunion soll außerdem 150 Walzen für das Eisenhüttenwerk Thale geliefert haben und Polen beträchtliche Mengen Bleche für die Elektrotechnikindustrie der Ostzone. Letzten Endes entscheiden aber die Besitze von Spezialstählen aus Westdeutschland über das Schicksal der ostdeutschen Industrie als Ganzes. Das hat sich deutlich während der Blockade Berlins gezeigt, als die ostdeutsche Industrie von den westdeutschen Besitzen abgeschnitten war, was eine beträchtliche Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Obgleich die Ostzone östlich vom Westen Deutschlands noch getrennt ist, kann sie doch wirtschaftlich nicht ohne den Westen bestehen.

KALODERMA
RASIERSTANGE & RASIERCREME
sind *glyzerinhaltig – daher
besonders leichtes, schnelles
und angenehmes Rasieren!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Verstaatlichung ist nicht sozial

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold, hat in der vorigen Woche erklärt, die Mehrheit der Bevölkerung an Rhein und Ruhr fordere die Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeinwirtschaft. Zu einer solchen Behauptung fehlt der Beweis. Ob die Bevölkerung an Rhein und Ruhr in ihrer Mehrheit anders denkt als die Gesamtheit der Wähler zum Bundestag, wissen wir nicht, aber die Wahlen zum Bundestag haben zweifellos keine Mehrheit für sozialistische Experimente gebracht. Mag Herr Arnold auch der CDU angehören, was er vorschlägt, würde einem Sozialdemokraten Ehre machen.

Herr Arnold erklärte weiter, diese Forderung sei ein soziales Anliegen. Wir gestatten im Gegensatz dazu darauf aufmerksam zu machen, daß auch hierfür der Beweis fehlt. Bisher haben sich gemeinwirtschaftliche Unternehmen noch keineswegs als sozial erwiesen. Insbesondere fehlt bei gemeinwirtschaftlichen Unternehmen für die Arbeiter die menschliche Grundlage für ihre Vertretung. Wer nimmt die Interessen der Arbeiter in einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wahr? Dürfen die Arbeiter eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens streiken, oder sind sie, wenn sie streiken, Saboteure?

Auch die dritte Behauptung von Herrn Arnold stimmt nicht. Er behauptet nämlich, nur auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage könne bei der Neuordnung der europäischen Wirtschaft eine friedliche Zukunft garantiert werden. Eine friedliche Zukunft garantiert kein System, sondern die Haltung der Menschen und ihrer Regierung. Aber wenn schon ein System als das beste für die friedliche Zukunft bezeichnet wird, dann bestimmt nicht das gemeinwirtschaftliche, denn der gemeinwirtschaftlich geführten Eisenwerke ist der Staat sicher, wenn er einen Krieg führen will, aber nicht der Stahlwerke, die in Privathand sind — es sei denn, daß autokratisch, wie im Dritten Reich, regiert wird. Ob das Herrn Arnold vorschwebt? H.

Kreditpolitik gehört ins Wirtschaftsministerium

Ein Streit hinter den Kulissen ist vor den Vorhang getreten: Soll das Bundesfinanzministerium oder das Bundeswirtschaftsministerium die Geld- und Kreditpolitik lenken?

Die Argumente für das eine Ministerium und für das andere Ministerium wollen wir hier nicht im einzelnen aufzählen. Daß im Prinzip das Wirtschaftsministerium für die Kreditpolitik verantwortlich ist, dürfte eigentlich keinem Zweifel unterliegen, da — zumindest in Deutschland — das Finanzministerium zur Einnahmen und Ausgaben des Staates zu betreuen hat.

Das Schlimme in Deutschland ist nur, daß das Finanzministerium Kapital braucht, was ihm eigentlich nicht zukommt. Und weil es nun einmal Kapital hat — leider —, darum muß es sich in die Kreditpolitik einschalten. Langfristigen Kredit gibt es in Deutschland eben heute nur noch aus der Staatshand direkt oder aus der Gängelung durch die Staatshand aus dem Gegenwertfonds. Es ist nicht erfreulich, daß die großen Wohnungsbauprogramme aus Mitteln des Staates finanziert werden. Es wäre besser, das Kapital könnte privat aufgebracht werden. Wahrscheinlich würde das Bauen auch billiger werden, wenn es nicht durch den Staat geschieht (man hört darüber schon einiges, was nicht ganz erfreulich klingt). Aber da nun einmal der Staat heute der große Kapitalist ist, nimmt er in der Praxis Einfluß auf die Kreditpolitik. Das braucht immer noch nicht heißen, daß das Finanzministerium über die Finanzierung der vom Staat beschlossenen Projekte keinen Einfluß auf die Kreditpolitik nehmen soll.

In einer modernen Wirtschaft, die liberal bleibt, ist ein Wirtschaftsministerium eigentlich überflüssig (wir haben das schon oft gesagt), aber wenn man überhaupt ein Wirtschaftsministerium hat, dann ist die weiche Methode nämlich über Geld und Kredit, die Wirtschaft zu führen, die einzig richtige. Wenn man also überhaupt eine gewisse Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat beibehalten will, dann nur über das Wirtschaftsministerium und dann auch nur über Geld und Kredit.

Im übrigen muß das Interesse des Finanzministeriums allein darauf gerichtet sein, die Ausgaben zu senken und sich dadurch gar nicht in die Versuchung bringen zu lassen, über Geld zu verfügen, das als Kapital in die Volkswirtschaft geht. Ein gesund geführtes Finanzministerium müßte es also geradezu ablehnen, in die Kreditpolitik eingeschaltet zu werden. Höchstens wenn der Staat einmal Geld braucht und Schatzanweisungen oder Anleihen ausgeben will, dürfte eine enge Zusammenarbeit mit Notenbank und Wirtschaftsministerium ratsam sein. H.

Arbeitsämter sollen überprüft werden?

Von der CSU-Fraktion des Bundestages ist ein Antrag gestellt worden, die Bundesregierung solle bei allen Arbeitsämtern eine Kontrolle durchführen. Dabei soll das Personal der Arbeitsämter nach seiner fachlichen Eignung einer genauen Prüfung unterzogen werden. Nun ist ja bekannt, daß sehr häufig die leitenden Stellen bei den Arbeitsämtern, fast immer aber der Leiter des Arbeitsamtes, nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgewählt wird. Die fachliche Eignung, die allerdings auch oft vorhanden ist, spielt bei der Besetzung dieser Posten die zweite Rolle. Der CSU-Antrag tritt also in ein politisches Fettnäpfchen, aber das braucht uns hier nicht zu interessieren. Eine Überprüfung nach der fachlichen Eignung wäre ganz wünschenswert.

Jedoch wird der CSU-Antrag bedenklich, wenn gleichzeitig verlangt wird, daß die bei den Arbeitsämtern verfügbaren landwirtschaftlichen Arbeitskräfte überprüft werden sollen, „da die Landwirtschaft dringend Kräfte anfordert, die Arbeitsämter aber in vielen Fällen keine solche vermitteln". Hier sind wir anderer Meinung als die CSU-Fraktion. Selbst wenn in einem Arbeitsamt landwirtschaftliche Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, so muß doch Rücksicht auf die Wünsche der Arbeitsuchenden genommen werden. Wenn ein landwirtschaftlicher Arbeiter oder eine Arbeiterin nicht mehr aufs Land wollen, dann darf man sie dazu nicht zwingen, sonst kommen wir wieder zur Arbeitsmarktpolitik des Dritten Reiches. Damals schickte man im Ruhrgebiet alles in den Pütt und in den ländlichen Gegenden alles aufs Land, ob die Leute wollten oder nicht. Die Landflucht ist da, aber mit Zwangsmaßnahmen kann man sie nicht beseitigen. Es wird sich übrigens noch weisen, ob die Landwirtschaft im Frühjahr wieder so viel Arbeitskräfte anfordert wie früher. Die schweren Einbrüche in ihr Preisgebäude werden sich auch in der Anforderung von Arbeitskräften auswirken.

Vollends verfehlt ist der Wunsch der CSU-Fraktion, die Arbeitsämter sollten schwerste Maßnahmen gegen sogenannte „Schwerarbeiter" treffen. Wir wollen doch bescheiden bleiben: die Arbeitsämter sollen Arbeit vermitteln, und weiter nichts. Wenn jemand Unterstützung bezieht und nebenher arbeitet, dann ist dies eben Betrug und hat nur den Staatsanwalt zu interessieren, aber nicht das Arbeitsamt. Die Arbeitsämter dürfen nicht wieder zur Plage und zum Büttel werden, wie sie es einmal waren. H.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Die industrielle Produktion in Württemberg-Hohenzollern, die im Laufe des vergangenen Jahres kräftig gestiegen ist, ging im Dezember etwas zurück, was wohl hauptsächlich eine Folge der Feiertage sein dürfte. Der Brutto-Produktionswert wird mit 136,3 Mill. DM angegeben gegen 167,9 Mill. im November und 137,8 Mill. DM im Oktober. Im 3. Vierteljahr 1949 stellte sich der Brutto-Produktionswert der Industrie im Monatsdurchschnitt auf 134,3 Mill., im 2. Vierteljahr auf 127,7 und im 1. Quartal 1949 auf nur 129,9 Mill. DM. Die industrielle Produktion erreichte mengenmäßig im Dezember nur 83,1% des Standes von 1936 (ohne Energieerzeugung). Der Produktionsindex für Elektrotechnik wird mit 248,0, für Stahl- und Eisenbau mit 177,9, für Feinkeramik mit 144,4 und für Druck mit 142,2 angegeben; unter dem Stand von 1936 bleibt mengenmäßig die Erzeugung der Textil- und Lederindustrie. Die Zahl der Beschäftigten blieb im Dezember mit 140 660 im ganzen unverändert.

Die Industrie des Zweibrücker Raumes hat der Landesregierung von Rheinland-Pfalz einen Antrag auf Zahlung einer Vergütung für erhöhte Frachtkosten vorgelegt, die durch die Abtrennung des Saargebietes entstanden sind. Früher war das Saargebiet ein frachtgünstiger Lieferant für Eisen, Stahl, Kohle und Energie, die jetzt aus dem Ruhrgebiet bezogen werden müssen. Wie der Bezirksvorstand der pfälzischen Eisen- und Metallindustrie in Neustadt (Haardt) mitteilte, betragen die Mehrkosten an Fracht für die Zweibrücker Industrie rund 25 DM je Tonne.

Die württembergische Uhrenindustrie berichtet von einem Rückgang des Absatzes mit Ausnahme von Armbanduhren. Es wurden Entlassungen vorgenommen, s. T. auch Kurzarbeit eingeführt. Eine Übergangshutefabrik hat den Betrieb vorübergehend stillgelegt.

Im Rahmen des deutsch-französischen Handelsvertrages ist auch die Einfuhr von Stahl-, Halbzeug- und Walzwerkserzeugnissen aus Frankreich und insbesondere auch aus dem Saargebiet vorgesehen. Die Lieferungen von Walzfertigstahl können einstweilen noch nach wie vor zollfrei in das französisch besetzte Gebiet der Bundesrepublik erfolgen, dazu kommt, daß die Preise für die saarländischen und französischen Walzwerkserzeugnisse, soweit sie für den Export in das Bundesgebiet bestimmt sind, durch Zahlungen aus der Exportausgleichskasse des französischen Stahlwerksverbandes künstlich verbilligt werden. In Kreisen der westdeutschen Stahlindustrie befürchtet man, daß diese Erleichterungen für die Einfuhr aus dem Saargebiet und aus Frankreich die Liefermöglichkeiten für Walzstahl von der Ruhr in Süddeutschland stark beeinträchtigen werden. Man bezeichnet die französischen Exporterleichterungen als diskriminierend und hält es für notwendig, ihnen durch die Wiedereinführung einer süddeutschen Frachtbasis für westdeutsche Walzwerkserzeugnisse oder durch Bildung einer ähnlichen Ausgleichskasse wie in Frankreich zu begegnen. Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich nach Auffassung der Stahlindustrie auch deshalb, weil die süddeutschen Eisenverarbeiter schon seit längerer Zeit über die durch den Wegfall der früheren südostdeutschen Frachtbasis und die Tariferhöhung der Bundesbahn eingetretenen Verteuerung ihre Stahlbezüge von der Ruhr und die sich daraus ergebende Verschlechterung ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Verarbeitern im Ruhrgebiet Klage führen.

Englische Zone

Sowohl der Inlands- als auch der Auslandsabsatz bei der drahtverarbeitenden Industrie hat sich in letzter Zeit gebessert. Trotz scharfer Konkurrenz im Ausland sind von verschiedenen südamerikanischen Staaten größere Aufträge an die westdeutsche Drahtindustrie gegeben worden. Besonders rege waren in letzter Zeit belgische und italienische Drahthersteller.

Der Umsatz der schleswig-holsteinischen Industrie belief sich in 1949 auf rund 1,7 Milliarden DM, von denen allein 600 Millionen D-Mark auf die Nahrungsmittelindustrie entfielen. Von den rund 190 000 beschäftigten der schleswig-holsteinischen Industrie, ohne Bauindustrie, Kraftfahrzeugreparaturbetriebe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, wurden 203 Millionen Arbeitsstunden geleistet, für die rund 270 Millionen D-Mark an Löhnen und Gehältern gezahlt wurden.

Mit 3164 t Erdöl hielt sich die Erdölförderung in Schleswig-Holstein im Januar auf der Höhe des Vormonats, im Monatsdurchschnitt des 4. Quartals 1949 hatte die Förderung dagegen nur 3042 t betragen. Die Produktion von Zement hat sich in den Itzehoer Fabriken aus jahreszeitlichen Gründen gegenüber Dezember um 5000 auf 34 200 t vermindert. Auch die Mauerziegelherstellung sank aus dem gleichen Grunde auf 7,1 Mill. Stück weiter ab. Dagegen stieg die Roheisenerzeugung im Hochofenwerk Lübeck auf 16 100 t und erreichte damit einen neuen Nachkriegsrekord. Die Produktion von Phosphordüngemitteln stieg in Schleswig-Holstein im Januar auf 3500 t. Im Hinblick auf die erwartete Tabakzuteilungssenkung ging die Zigarettenproduktion weiter auf 88 Mill. Stück zurück. Die Fabrikation von Rundfunkgeräten verminderte sich gegenüber dem hohen Novemberstand um etwa die Hälfte auf 3600 Apparate.

Nach dem 31. März ds. Js. werden vom deutschen Rückerstattungsamt in Nordrhein-Westfalen keine Restitutionsansprüche mehr untersucht, verlautet aus dem Finanzministerium. Ab 1. April 1950 wird sich das Amt nur noch mit der Abwicklung der bis zum 31. März 1950 von der RückDivision entschiedenen Ansprüche befassen. Zur Zeit stehen von 13 280 eingereichten Restitutionsansprüchen nur 24 zur Untersuchung durch das deutsche Rückerstattungsamt an. Diese Untersuchung wird bis zum 31. März 1950 abgeschlossen sein. Von den insgesamt 5816 durch die RückDivision in Detmold allierten Ländern zugesprochenen Restitutionsansprüchen befinden sich noch 849 Fälle in der Abwicklung. Zur Zeit wird das deutsche Rückerstattungsamt in zunehmendem Maße damit beauftragt, auf Grund von nachgereichten Unterlagen alliierter Länder Untersuchungen nach Vermögenswerten anzustellen, die bereits als nicht oder nicht mehr vorhanden festgestellt wurden.

Die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen ist seit Anfang Februar leicht rückläufig. Wie das Landesarbeitsamt hierzu mitteilte, hat sie vom Ende Januar bis zum 15. Februar zwar um rund 25 000 zugenommen, jedoch lag der absolute Höhepunkt etwa am 6. Februar; die ausgeschriebene Zahl von rund 280 000 ist bereits niedriger. Die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt sei zur Zeit ungewöhnlich lebhaft. Vor allem würden im Baufach eine große Zahl der in den letzten Wochen Entlassenen wieder eingestellt, wenn auch die Bauarbeiten nach der Frostperiode nur verhältnismäßig zögernd wieder aufgenommen würden. Das Landesarbeitsamt führt dies auf finanzielle Schwierigkeiten der Unternehmer zurück.

In Hamburg waren am 15. Februar 98 653 Männer und Frauen arbeitslos gemeldet. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Februar um 3047 angestiegen. Der Anstieg war jedoch nach Mitteilung der Arbeitsbehörde wesentlich geringer als in der ersten Hälfte des Vormonats. Im Baugewerbe verminderte sich die Zahl der erwerbslos gemeldeten um rund 1000, weil nach Beendigung der Frostperiode ein Teil der Außenarbeiten im Baugewerbe bereits wieder aufgenommen wurde. Außerdem wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß der Zugang an Arbeitslosen in jedem Monat in der ersten Hälfte wesentlich stärker ist als in der zweiten Hälfte.

Unter Hinweis auf die zunehmende Bedeutung des Teilzahlungsgeschäftes fordert der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Konsumfinanzierung von den verantwortlichen Stellen aufs genaueste beobachtet würde. Die Finanzierungsinstitute hätten praktisch eine Monopolstellung erhalten, die sich vor allem in den überhöhten Zinsen ausdrücke. Überhöhte Gewinne müßten aber beseitigt und ein einheitlicher Zinssatz eingeführt werden. Gleichzeitig müsse sichergestellt werden, daß der Konsumkreditnehmer die Kreditzinsen allein trägt, um den Barkäufer vor Benachteiligung zu schützen. Dazu sei eine gesetzliche Regelung erforderlich.

Die von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Bank für Gemeinwirtschaft Nordrh.-Westfalen A.G. hat ihren Geschäftsbetrieb Anfang Februar in Düsseldorf aufgenommen. Zweigniederlassungen sollen in Köln, Essen und Bochum unterhalten werden. Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde Hans vom Hoff, stellv. Vorsitzender Heinrich Strunk. Ferner gehört auch Ministerpräsident Karl Arnold dem Aufsichtsrat an. In diesem Zusammenhang wird betont, daß ein Rechtsnachfolgeverhältnis zwischen der Bank der deutschen Arbeit nicht besteht. Immerhin wird angenommen, daß die Abwicklung der Bank der deutschen Arbeit A.G. für das Land Nordrhein-Westfalen der Bank für Gemeinwirtschaft NRW A.G. übertragen wird.

Die erste Ausgabe der „DIN-Mitteilungen" ist soeben erschienen, die der Deutsche Normenausschuß Krefeld-Uerdingen, Parkstr. 23, an Stelle seiner bisher zwanglos erscheinenden „Mitteilungen aus der deutschen Normung" regelmäßig monatlich herausgibt. In einem ausführlichen Aufsatz wird der Stand der internationalen Gewindenormung dargelegt. Weiter berichten die „DIN-Mitteilungen" aus der Facharbeit über den Ausschuß Normenpraxis, den Fachnormenausschuß Feinmechanik und Optik; die Gründung des Arbeitsausschusses Aufzüge, einen Normblattentwurf DIN 6343 „Sicherungsscheiben für Wellen", der in dem Heft abgedruckt ist; ein Referat „Normung des Malmaterials für Kunst und Schule"; die Gründung des Fachnormenausschusses Holz. Eine Seite umfaßt ein Verzeichnis vom 49 neuen Auslandsnormen der Hauswirtschaft aus USA, Australien, Großbritannien, Frankreich und Ungarn über Leitern, Öfen, Herde, Wäsche, Wannen, Bidets, Möbel, Geschirr, Besteck usw. Ferner werden 14 neue DIN-Normblätter und 13 neue DIN-Entwürfe angekündigt und einige Blätter als eingezogen bekanntgegeben.

Die Kernfrage für die August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn bleibt die Erteilung der Wiederaufbaugenehmigung und die Erhöhung des Produktionskontingents, erklärte die Werksleitung am Dienstag zu der vom britischen Landeskommissar für Nordrhein-Westfalen für das Werk angekündigten Ausgleichsdemontage. Die der Hütte von den Alliierten zugebilligte Jahresproduktion von nur 117 000 t Stahl mache ein wirtschaftliches Arbeiten des Werkes unmöglich. Durch die Ausgleichsdemontage blieben der Hütte zwar einige Anlageteile im Austausch erhalten, auf die Wiederaufnahme der Stahlproduktion selbst habe das britische Entgegenkommen jedoch keinen Einfluß. In der August-Thyssen-Hütte, in der die Demontage auf Grund des Petersberg-Protokolls im November vorigen Jahres eingestellt wurde, sollen jetzt bestimmte Anlagen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens demontiert waren, wieder aufgebaut werden. Dagegen sollen verschiedene Anlagen, die beim Inkrafttreten des Abkommens nicht demontiert waren, abgebaut werden. Diese Arbeiten sollen nach einer amtlichen britischen Mitteilung in nächster Zeit beginnen und so bald wie möglich beendet werden. Erhalten bleiben sollen solche Anlagen, die benötigt werden, um die Roheisen- und Stahlproduktionskapazität des Werkes zu sichern. Im Austausch dafür werden die deutschen Stellen bestimmte andere Anlagen der August-Thyssen-Hütte für Reparationszwecke zur Verfügung stellen.

In den Vorstand der Hannoverschen Maschinenbau A.G., vormals Georg Egestorff in Hannover wurden durch Beschluß des Aufsichtsrats neu bestellt: Dr. Marker von den Magirus-Werken in Ulm und Dir. Hiller, früher Leiter der Phänomen-Werke in Zittau/Sa. Ausgeschieden sind: Dipl.-Ing. Hennig und Dir. Sandtenberg, Hannover.

Die im britischen Sektor von Berlin gelegene Philips Fabrik wurde beauftragt, eine größere Zahl des bis Ende 1949 im Wetzlarer Werk gefertigten Wechselstrom-Rundfunkempfängers „Philips Merkur" zu bauen. Das Gerät begegnete in der Saison 1948/50 einer sehr starken Nachfrage und war ein ausgesprochener Engpaßartikel. Bei der Berliner Fabrikation wird der Empfänger durch den Einbau einer Abstimmanzeigeröhre (Magisches Auge) noch verbessert. Die ersten Lieferungen aus diesem Auftrag werden im Frühjahr erwartet. Er garantiert die Dauerbeschäftigung von mindestens 200 Arbeitern. Nachdem die Versicherungsaufsichtsbehörde die erforderliche Genehmigung erteilt hat, hat das „Versorgungswerk der Deutschen Philips Unternehmen (VaGi)" seine Tätigkeit aufgenommen. Zur Eintragung in das Handelsregister Hamburg wurde für die Philips Heimgeräte G.m.b.H., Hamburg, angemeldet: 1. Die Gesellschaft ist umbenannt in Philips Ton Gesellschaft m.b.H. 2. Der Zweck der Gesellschaft ist: Herstellung und Vertrieb von Tonträgern aller Art wie Schallplatten, magnetisierbaren Bändern bew. Drähten, mit Schallaufzeichnung versehenen Tonträgerelementen, die auch mit einer Bildaufzeichnung ein untrennbares Ganzes bilden können, Magetophonbändern und ähnlichen Artikeln sowie deren Zubehör. Der Sitz der Gesellschaft ist Hamburg-Stellingen, Vogt-Kölln-Straße 30. Zum alleinigen Geschäftsführer wurde der Kaufmann Franz J. Baum in Hamburg bestellt. Die Gesellschaft bringt zunächst die Philips-Saphir-Nadel heraus, die zum Abspielen von Schallplatten etwa 1500mal verwendet werden kann und sich durch eine weitgehende Absorbierung des Nadelgeräusches bei einwandfreier Klangwiedergabe auszeichnet. Es besteht der Plan, später die Philips-Schallplatte, die in anderen Ländern bereits am Markt ist, zu liefern.

In der Haupt-Versammlung der Rheinische Zellwolle AG Siegburg/Rheinland wurde beschlossen, den Firmennamen zu ändern in Chemie-Faser AG. Im Produktionsprogramm tritt keinerlei Änderung ein. Es wird die bekannte Phrix-Faser hergestellt, die von der Phrix-Gesellschaft m. b. H., Hamburg, vertrieben werden.

Amerikanische Zone

Der Produktionsindex der württembergisch-badischen Industrie liegt im Januar bei 106,7% von 1936 und hält sich damit auf der Höhe des Vormonats. Von 20 Industriegruppen weisen 11 eine mengenmäßige Produktionszunahme im Januar gegenüber dem Monat Dezember auf. Bei Glas Gummi und Arbeitswaren und Chemie beträgt die Steigerung bei arbeitstäglicher Berechnung mehr als 10%. Bei den restlichen 9 Industriegruppen führte in erster Linie der Einbruch der kalten Witterung und die Beendigung des Weihnachtsgeschäftes zu Produktionseinschränkungen.

Über Fragen der Arbeitslosigkeit in Bayern fand eine Besprechung zwischen Mitgliedern der Bayerischen Regierung, Gewerkschaftsvertretern und Vertretern aus Gewerbe, Handel und Bankwesen statt, bei der hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen weitgehend Übereinstimmung erzielt werden konnte, während hinsichtlich der Finanzierung noch Fragen zwischen den Gewerkschaften und den anderen Teilnehmern offenblieben. Die bis in die Einzelheiten ausgearbeiteten Arbeitsbeschaffungsprojekte der bayerischen Regierung sehen für 1950 für den sozialen Wohnungsbau im Vorrat 133 Mill. DM vor, für den landwirtschaftlichen Wasserbau usw. 41,2 Mill. DM für den Straßenbau 30,28 Mill. DM und für den Landeswasserbau 14,6 Mill. DM. Staatsbürgschaften in Höhe von 355 Mill. DM sind übernommen bew. vorgesehen. Das Arbeitsministerium will 70 Mill. DM zur Verfügung stellen. Ferner belaufen sich die bayerischen Bauvorhaben von Bundesbahn und anderen, Verkehrsträgern auf insgesamt 34 Mill. DM.

Die von bayerischen Außenhandelsbanken im Januar genehmigten Ausfuhrerklärungen beliefen sich auf 8,46 Mill. Dollar, davon entfielen auf ERP-Länder 5,49 Mill. Dollar, teilt das bayerische Wirtschaftsministerium mit. Nach USA einem 0,93 Mill., nach Italien 0,93, nach Belgien 0,82, nach Holland 0,60 und nach Österreich 0,64 Mill. Dollar.

Beachtliche Umsätze auf dem Grundstücksmarkt meldet der Bericht des Fachverbandes der Grundstücks- und Hypothekenmakler, Bremen e. V. für das Geschäftsjahr 1949. Auch Hypotheken und Baugelddarlehen waren von den Geldinstituten zu erhalten, jedoch bei weitem nicht in ausreichendem Maße. Hypotheken/kapital aus privater Hand fehlte fast vollständig. Hemmend für den Grundstücksumsatz wirkten sich die immer noch bestehenden Stoppreise für Grundstücke aus, wobei vom Fachverband die Ansicht vertreten wird, daß die Beschränkungen im Verfügungsrecht des Haus- und Grundbesitzes durch nichts mehr gerechtfertigt sind.

Auch in diesem Jahre findet die Münchener Elektro-Messe vom 16. September bis 1. Oktober statt. Zahlreiche Hersteller-Firmen der Elektroindustrie aus dem ganzen Bundesgebiet, einschließlich Berlin, haben ihre Teilnahme an der MEM 1950 bereits gemeldet. Auch ausländische Aussteller interessieren sich ernsthaft für die Elektromesse. Schon jetzt ist die Hälfte des 12 000 qm umfassenden Messeraumes in den drei modernen Hallen des Münchener Ausstellungsgeländes fest belegt. Viele Aussteller der vorjährigen Messe haben für dieses Jahr Standvergrößerungen beantragt. Aus den von der Messeleitung München, Theresienhöhe 14, ausgegebenen Messebedingungen ist zu ersehen, daß die Erzeugnisse sämtlicher Fachgruppen der Elektroindustrie zugelassen sind. Für Ausstellungsgut, das keinen festen Dachschutz benötigt, ist ein Freigelände in unmittelbarer Hallennähe von weit über 10 000 qm vorhanden. Die MEM 1950 wird eine Reihe von elektrotechnischen Neuheiten bringen, insbesondere auf dem Gebiete der Elektrowärme, Kälteindustrie und Elektromedizin werden auf der kommenden Messe stärker als im Vorjahr vertreten sein. Die Zulieferindustrie wird ebenfalls in dem ihr gemäßen Umfang an der Münchener Elektro-Messe teilnehmen. Eine besondere Attraktion der MEM 1950 wird die Kabinen-Seilbahn der Firma Pohlig AG. (Köln) abgeben, die von vom der Oktoberfestwiese direkt in das Messegelände führt.

Die Energie-Versorgung Schwaben AG., Stuttgart, wird, wie aus Verwaltungskreisen verlautet, das eingezahlte Kapital von rd. 47 Mill. RM (Nominalwert: 60 Mill. RM) in der DM-Eröffnungsbilanz im Verhältnis 1:1 ausweisen. An der Energieversorgung Schwaben sind der Elektrizitätsverband oberschwäbischer Elektrizitätswerke (37,5%), der Gemeindeverband Schwarzwald-Donau (12%), das Land Württemberg und das Reich (12%) sowie verschiedene kleinere Gruppen beteiligt.

Die Geschäfts- und Beschäftigungslage der Krauss-Maffei-AG, München-Allach ist nach den Berichten, die auf der HV abgegeben wurden, wieder zufriedenstellend. Bei einem zufriedenstellenden Beschäftigungsstand von 5000 Personen waren größere Geschäftsentlassungen nicht erforderlich. Um eine größere Krisenfestigkeit zu erlangen, hat die Gesellschaft ihre Fertigung in drei Abteilungen geteilt: Lokomotivenbau, Omnibussen und allgemeinen Maschinenbau. Die Reichsmarkschlußbilanz der Krauss-Maffei-AG erhöhte sich in der Berichtszeit auf 13% des halben Umsatzes von 1947, da das Werk bemüht war, dem Drängen der Kundschaft auf vorzeitige Lieferungen und Teilabrechnungen laufender Aufträge zu entsprechen.

Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, schweben augenblicklich Verhandlungen zwischen der Ernst Heinkel AG Stuttgart-Zuffenhausen und der Standard Elektrizitäts-Gesellschaft AG. Stuttgart-Zuffenhausen, über den Kauf der Werksanlagen in Stuttgart-Zuffenhausen, die bisher im Besitz der Heinkel AG. waren, in den vergangenen Jahren aber von der Standard Elektrizitäts Gesellschaft AG. benutzt wurden. Wie weiter zu erfahren ist, sind die Verkaufsverhandlungen so weit fortgeschritten, daß damit zu rechnen ist, daß die Anlagen in Stuttgart-Zuffenhausen von der Standard Elektrizitäts Gesellschaft AG. gekauft werden.

Die Bremer Automobil- und Motoren-Werke Carl F. W. Borgward G.m.b.H., werden auf dem diesjährigen Genfer Salon im März wieder vertreten sein. Besonders bemerkenswert ist, daß der Borgward „Hansa 1500" in Zukunft auf Wunsch mit einem vollautomatisch - hydraulischen Getriebe, dem Borgward-Strömungsgetriebe, ausgerüstet wird, und zwar wird dieses Getriebe erstmalig in der zur Ausstellung kommenden viertürigen Limousine eingebaut sein. Bisher war bekanntlich lediglich die Möglichkeit gegeben, Fahrzeuge der ausgesprochen großen Klasse mit einem vollautomatisch-hydraulischen Strömungsgetriebe zu versehen. Mit der Schaffung des Borgward-Strömungsgetriebes ist es nunmehr zum ersten Male im Automobilbau möglich, auch Wagen mittlerer und kleinerer Klasse mit einem Strömungsgetriebe auszurüsten und damit das Kuppeln und Schalten für den Fahrer hinfällig zu machen.

Die Auto Union, die erst vor kurzem ihr Werk Ingolstadt mit der Produktion des DKW-Motorrades RT 125 und des DKW-Schnell-Lasters ½ Tonner begonnen hat, erreichte im Januar bereits eine Monats-Produktion von 700 DKW-RT 125 und 313 DKW-Schnell-Lastern. Obwohl die Auto Union in Ingolstadt erst im Spätherbst des vergangenen Jahres die Produktion aufnahm, verließen bereits am 24. Januar das 1000. DKW-Motorrad und am 14. Februar der 3000. DKW-Schnell-Laster das Band. Die Fertigung wird von Monat zu Monat gesteigert, so daß die vorgesehene Monats-Höchstproduktion schon in Kürze erreicht sein dürfte. Die Auto Union wird dann in der Lage sein, die Lieferfristen wesentlich zu verkürzen — eine Nachricht, die den Tausenden von DKW-Freunden in Stadt und Land ebenso viel Freude bereiten wird, wie den großen und kleineren Unternehmen aller Wirtschaftszweige, die so dringend den „kleinen DKW-Lieferwagen mit dem großen Nutzraum benötigen; ihnen sei mitgeteilt, daß die Auto-Union ihren DKW-Schnell-Laster-½-Tonner auch in verschiedenen Sonder-Ausführungen herausbringt, u. a. als DKW-Bus mit 8 Sitzen (einschl. Fahrer), DKW-Kombiwagen, ferner als Krankenwagen, Metzgerwagen usw., neben den bekannten Serien-Ausführungen als Kasten- und als Pritschenwagen.

Ostzone

Der Ministerrat der Sowjetzonen-Republik beschloß am 16. Februar, bei dem Ministerium für Planung ein planökonomisches Institut mit der Stellung einer Hochschule zu errichten, das die Aufgabe hat, hochqualifizierte Wirtschaftler auf den Gebieten der Planung und Statistik für den Staatsapparat und die volkseigene Wirtschaft auszubilden. Weiter wurde die Errichtung des deutschen Amts für Material- und Warenprüfung, das der Qualitätsverbesserung dienen soll, beschlossen. Ferner wurde von der Regierung eine Reorganisation des statistischen Dienstes beschlossen. Es wird eine zentrale Gesamtung des gesamten Berichtswesens nach einheitlichen Methoden einführt, um eine rechtzeitige und „operative Kontrolle" der Planerfüllung zu sichern. Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, wurde ein wissenschaftlich-technischer Beirat beim Ministerium für Planung gebildet, dem die Prüfung der Projekte und der Kostenanschläge obliegt.

Die Berliner Wechselstuben haben am 18. Februar 1 Westmark zu 8,99 Ostmark gekauft und zu 7,10 Ostmark verkauft. Die Parität für 100 Ostmark betrug demnach 14,18 bzw. 14,50 Westmark. Infolge des starken Ostmarkanzuzuges am 14. Februar mußten die Wechselstuben den Ostmarkkurs am 15. Februar weiter herabsetzen.

Der Ausweis über den Noten- und Münzumlauf der ostzonalen deutschen Notenbank per 10. 2. zeigt, daß der Notenumlauf sich gegenüber dem 31. Januar um 63 Mill. Ostmark auf 2361 Mill. Ostmark weiter erhöht hat. Die Bestände in den Kassen der deutschen Notenbank und der Emissions- und Girobanken haben sich entsprechend um 63 Mill. verringert, die in den Kassen der sonstigen Kredit-Institute sind unverändert geblieben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wie geht die Wahl in England aus?

Neue Rückversicherungswetten an der Londoner Börse — Keine Rückschlüsse möglich

Die Wetten für und gegen einen Sieg der Labour-Party bei den kommenden Wahlen zum britischen Parlament am 23. Februar haben ein einen seriösen Umfang angenommen. Es scheint indessen, daß die mit dem Börsenspiel besonders vertrauten Makler der Londoner Effektenbörse, eine Kombination zwischen Wetten und Spekulationsläufen ausfindig gemacht haben. Es gibt an der Londoner Effektenbörse viele Händler, die Aktien der Stahlindustrie — die Stahlindustrie steht bekanntlich als nächster Punkt auf dem Verstaatlichungsprogramm der Labour-Party — kaufen und sich durch Wetten zugunsten eines Sieges der Labour-Party bei den Wahlen rückversichern. Die Börsenmakler sind überzeugt, daß die Londoner Effektenbörse am Tage nach einem Sieg der Labour-Party einen schweren Tag erleben wird. In diesem Falle würde ihnen der Gewinn ihrer Wetten wenigstens einen kleinen Ausgleich verschaffen. Im umgekehrten Falle wäre der Verlust ihrer Wetten geringfügig im Vergleich zu der Hausse, die nach einem Sieg der konservativen Partei an der Börse einsetzen würde. Selbst wenn die Hausse nur von vorübergehender Dauer wäre. Der Wert der Wetten erreicht natürlich nur einen Bruchteil der Werte, die an der Börse eine Rolle spielen.

Ein Sieg oder eine Niederlage der konservativen Partei bedeute für das Portefeuille privater oder öffentlicher Investoren einen Gewinn oder einen Verlust von mehreren hundert Millionen Pfund Sterling. Wetten hingegen sollen bisher bis zu höchstens 5 000 Pfund Sterling täglich bei einem der bedeutendsten Buchmacher des Westende abgegeben worden sein. Für die Beurteilung der Wahlaussichten der beiden großen britischen Parteien ist jedoch kennzeichnend, daß ein großer Teil der Wetten zugunsten eines Laboursieges eben jene Rückversicherungswetten sind, die durchaus nicht als Ausdruck der Gunst oder Ungunst der Publikume gedeutet werden können, weil sie aus Kreisen stammen, die konservativ wählen werden. Das an der Börse beispielsweise in Stahlaktien angelegte Kapital stammt aus aller Welt, selbst aus Australien wurden größere Kaufaufträge erteilt.

Auch der Umstand, daß eine größere Buchmacherfirma in der Londoner City 11:10 zugun. die Konservativen und 11:8 für die Labour-Party, eine andere Buchmacherfirma im Westend 3:4 gegen die Konservativen und 7:4 für die Labour-Party nennen, sollte — abgesehen von der weiter oben gegebenen Erklärung für das Zustandekommen dieser Relationen — noch keine endgültigen Schlüsse auf einen Wahlsieg von Labour zulassen, denn vor den Wahlen von 1945, die die Labour-Party mit großer Stimmenmehrheit gewinnen konnte, wurden 5:1 gegen die Labour-Party genannt.

Indessen, auch die Kaufaufträge auf Aktien der Stahlindustrie werden in sich selbst als eine Sicherung nach beiden Seiten betrachtet. Bei einem Labboursieg erwartet der Börsenhandel, daß die Regierung bei Durchführung ihres Verstaatlichungsprogramms die Werte der Stahlindustrie zu einem höheren Kurse als dem derzeitigen erwerben werde; bei einem konservativen Wahlsieg rechnet er damit, daß die Stahlaktien von dem dann wahrscheinlich einsetzenden allgemeinen Steigen der Kurse Nutzen ziehen werden. Die britische Stahlindustrie hat zur Zeit noch recht gute Einnahmen, und die kurzfristigen Aussichten der Stahlindustrie werden nicht schlecht beurteilt. Fraglich ist, wie sich der Stahlmarkt, auf längere Sicht gesehen, entwickeln wird.

Unübersichtlich ist die Lage am Markt für britische Staatsanleihen, und es ist schwer, hier ein einigermaßen schlüssiges Urteil zu fällen. Dabei geht es bei den „Goldgeränderten" um Beträge, die weit größer sind, als die aller anderen an der Börse gehandelten Obligationen zusammengenommen. Es dürfte kaum bezweifelt werden, daß die Besitzer von „Goldgeränderten" unter einer Labour-Regierung besser fahren würden, als unter einer konservativen Regierung. Ein Sieg der Labour-Party ist identisch mit einer Fortsetzung der Politik des billigen Geldes. Das bedeutet hohe Kurse für Goldgeränderte. Die Investoren sind sich darüber einig, daß eine konservative Regierung eine Politik des teuren Geldes verfolgen würde, weil sie ja an die Stelle der behördlichen Lenkung und Bewirtschaftung die Kontrolle des Ware- und Geldmarktes durch eine entsprechende Finanz- und Kreditpolitik aber, nennen wir es einmal „klassischer" Schule ersetzen will. Diese Ansicht wird von den Sprechern und Rednern der Labour-Party weidlich zu ihren eigenen Gunsten ausgenutzt.

Höhere britische Ausfuhr nach Dollarländern

Die Einfuhr britischer Waren nach den Vereinigten Staaten sei trotz der Schwierigkeiten des Zollverfahrens und anderer Handelshindernisse im Steigen, erklären interessierte Einfuhrfirmen in New York. Textilfirmen sowie Hersteller von britischen Maschinen und Metallwaren stellen fest, daß die Einfuhrmöglichkeiten seit der Abwertung gestiegen sind. In den letzten Monaten hat der Import britischer Kraftwagen erheblich zugenommen und die Tendenz ist auch weiterhin günstig. Die besten Monate waren November und Dezember, während im Januar der übliche Rückschlag nach dem Weihnachtsgeschäft zu verzeichnen war.

Belgien — England

Die Handelsbesprechungen zwischen Großbritannien und Belgien in Brüssel in der vergangenen Woche führten zu einem Einvernehmen über die Erweiterung des gegenseitigen Warenaustausches im 2. Vierteljahr 1950 gegenüber den letzten 3 Monaten 1949, wird aus zuverlässiger Quelle bekannt. Die Einfuhr Großbritanniens aus der belgisch-luxemburgischen Zollunion hatte im 4. Vierteljahr 1949 einen Wert von 8,5 Mill. Pfund Sterling, im 2. Vierteljahr 1950 will Großbritannien auch „nichtwesentliche" Waren aus Belgien einführen, wobei ein Betrag von 42 857 Dollar genannt wird. In den Abmachungen ist außerdem vorgesehen, daß der Betrag, für den dritte Länder belgische Waren für Pfund Sterling kaufen können, um 30% erhöht wird.

Erhöhter Ausfuhrüberschuß Kanadas gegenüber Großbritannien

Im Jahre 1949 kaufte Kanada aus dem Sterlingsgebiet Waren im Werte von 495 Mill. Dollar, gegenüber 494 Mill. im Jahre 1948. Die Exporte betrugen 1 012 Mill. Dollar, während die Lieferungen im vorhergehenden Jahre nur 779 Mill. Dollar betrugen. Der Ausfuhrüberschuß Kanadas erhöhte sich somit auf 517 Mill. Dollar gegenüber 285 Mill. Dollar im Jahre 1948. Zu diesen von der Bank von Kanada bekanntgegebenen Zahlen erklärte deren Präsident, Towers, daß anzunehmen sei, daß im Jahre 1950 weniger als im Vorjahre im Sterlinggebiet abgesetzt werden würde, während die Bezüge sich erhöhen würden.

Vergleichen Sie der Welt
NEUE PRODUKTE . . . NEUE PREISE

Nie zuvor war eine Neuorientierung über Bezugsquellen so wichtig wie heute. Ob Einkäufer, ob Verkäufer — jeder Geschäftsmann sieht sich durch die kürzlichen Währungsänderungen vor eine ganz neue Lage gestellt.

Auf der Internationalen Handelsmesse von Kanada können Sie die Konkurrenz-Erzeugnisse vieler Nationen sehen und — vergleichen. Wollen Sie erfahren, wo Sie für Ihr Geld das Meiste bekommen, nehmen Sie an dieser Messe teil.

Auskunft über die Internationale Handelsmesse von Kanada erteilt: Mr. B. J. Bochand, Handelsattaché beim Kanadischen Konsulat Frankfurt am Main, Fürstenberger Straße 145

INTERNATIONALE HANDELSMESSE VON KANADA
29. MAI — 9. JUNI 1950 • TORONTO, KANADA
Zur Förderung des internationalen Handels. Die Regierung von Kanada

Italien als Handelspartner

Natürliche und ausbaufähige Ergänzungsmöglichkeit, aber Italien muß Autarkietendenzen aufgeben

II *)

Während des vergangenen Jahres hat in der Einfuhr der Doppelzone aus Italien der Import von Fertigwaren mit 72 Mill. DM den immer noch summenmäßig, aber bei weitem nicht mehr verhältnismäßig führenden von Nahrungsmitteln mit 74 Mill. DM fast erreicht und sich in Proportion zur Gesamteinfuhr absolut an die Spitze der verschiedenen Importgruppen gestellt, eine unzweifelhaft einmalige und ungewöhnliche Erscheinung, die sich aus der Lieferung von Eisenbahnwaggons herleitet. In der westdeutschen Ausfuhr nach Italien dominiert zunimmen- und verhältnismäßig leider der unserer wirtschaftlichen Struktur nicht angepaßte Versand von Rohstoffen; in Steinkohle allein hat Italien während der ersten neun Monate 1949 45,9 v. H. der deutschen Gesamtausfuhr nach Italien abgenommen. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit ist der Export von Fertigwaren zunimmenmäßig auf etwa 1/3 und verhältnismäßig auf die Hälfte abgesunken. In der Einfuhr aus Italien stehen, wie angedeutet, Fahrzeuge an der Spitze; ihnen folgen Südfrüchte, pflanzliche Spinnstoffe, Kunstseide, Küchengewächse, andere Obst, Reis und Phosphatdüngemittel. In der Ausfuhr nach Italien sind neben Kohle und Schrott, Kunstseide, Maschinen, Stab- und Formeisen, Eisenwaren und -Blech sowie Teerfarbstoffe neben vielen kleineren Posten heutzutage von Bedeutung.

Schon ein Querschnitt durch die vorher gebrachten statistischen Zusammenstellungen läßt die Angabe des „Messagero" bestätigen, daß zwischen den Volkswirtschaften beider Länder natürliche und ausbaufähige Ergänzungsmöglichkeiten vorhanden sind. Italien ist für uns der zeitweise Lieferant von Nahrungsmitteln, darunter von Südfrüchten und Reis aus der Poebene, sein Markt ist an die deutschen industriellen Produkte gewöhnt und für sie aufnahmefähig. Gewiß gibt es, wie überall sonst in dem unordentlich gewachsenen Europa, so auch hier in beiden Ländern miteinander konkurrierende Wirtschaftszweige, weniger in der Landwirtschaft als in der Industrie, wo vor allem Automobilfabriken, Maschinenbauanstalten und Textilunternehmungen in Wettbewerb stehen. Aber in der großen Linie trägt die Wirtschaft der einen Landes durch ihre Lieferungen nur zur Stärkung der des anderen und seiner Konsumenten bei, und Verabredungen zwischen den gleichartig gelagerten Produktionsgruppen über eine rationelle Arbeitsleistung und über gemeinsames Auftreten im Ausland scheinen leicht zu verwirklichen zu sein. Jedenfalls sind hier die Reibungsflächen ungleich geringer, als sie für Italien gegenüber der französischen Wirtschaft einer glatten Abwicklung der amtlich geplanten französisch-italienischen Zollunion im Wege stehen.

„Finebel"

Wir Deutsche, die wir neben dem Beneluxbündnis diese Zollunion, so schwierig ihre Effektuierung auch sein mag, immer als eine wertvolle Etappenstation auf dem Wege zu der auch von uns erstrebten gesamteuropäischen Verständigung betrachtet haben und die Bevölkerungen um einen Ausgleich zwischen unseren gesamten Nachbarn im Westen Europas („Fritalux" oder „Finebel") mit den besten Wünschen begleiten, können die Hemmnisse für eine wirtschaftliche Verbindung zwischen Frankreich und Italien zwar verstehen, aber nur bedauern. Was unsere Beziehungen zu Italien vorteilhaft von denen zu anderen Nationen unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie (um mit dem Präsidenten Deutschland-Union zu sprechen) durch keine politischen Rivalitäten gefährdet sind. Darüber hinaus könnte aber auch das Fehlen besonderer wirtschaftlicher Streitpunkte eine umfassende Regelung der ökonomischen Verhältnisse erleichtern; ja, wir sind sogar so vermessen zu glauben, daß eine Belebung unserer Warenaustausches mit Italien auch förderlich für die Bereinigung der sonst noch in Europa vorhandenen Differenzen zu wirken vermöchte, in diesem Europa, das mit Ungeduld dem Augenblick entgegenfiebert, in dem eine seiner Regierungen endlich beherzt von Worten zu Taten in der Wirtschaftspolitik übergeht. Ein Zusammengehen mit Frankreich ist für uns Herzenssache, der ökonomische Ausgleich mit Italien Angelegenheit des Verstandes und der kühlen Rechnung. Es ist recht beschämlich, daß das amtliche englische Board of Trade-Journal im Oktober 1949 ausführt hat: „Wenn der italienische Handel mit der Tritone sich weiter entwickelt, ist eine der größten Schwierigkeiten beseitigt, denen der Außenhandel Italiens seit 1945 ausgesetzt war: er findet Abnehmer auch außerhalb Englands für seine überschüssige Produktion, und wird mit den nötigen Rohstoffen und Fertigwaren beliefert."

Zu einer so ausgedehnten Verbindung reichen die bestehenden Handelsabkommen zwischen Westdeutschland und Italien nicht aus, wie die angeführten Außenhandelszahlen belegen. Für die Laufzeit vom 1. Juli 1949 bis zum 30. Juni 1950 wurde am 17. Mai 1949 ein Protokoll über den Handelsverkehr unterzeichnet, das eine Warenlieferung von je 60,12 Mill. Dollar im Höchstbetrage erlaubte. Am 16. September 1949 wurde es durch einen Zusatz als Grundlage für einen Güterverkehr im Wert von je 27 Mill. Dollar in beiden Richtungen ergänzt. Da man empfinden mußte, daß diese Vereinbarungen den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht genügten, sinnt man in der Folge darauf, mit Kompensationsgeschäften die ökonomischen Wünsche zu befriedigen. So sind jüngst Reis und Zitrusfrüchte aus Italien gegen westdeutsche Holzhäuser für 2 Mill. Dollar ausgetauscht worden. Allen diesen Beziehungen haftet der Charakter des Notbehelfs an; sie sind unvermeidbar, solange die Versuche zu weiterreichender Verständigung nicht gelingen wollen, und die Bemühungen um kontinentale Zahlungserleichterungen nicht zu einem Erfolg geführt haben.

Italienische Autarkietendenzen

Hiermit berühren wir einen empfindlichen Punkt: die italienischen Autarkietendenzen, ohne deren Preisgabe eine umfassende Erleichterung der wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu erzielen ist. Die im September 1949 aufgenommenen Verhandlungen über die Liberalisierung des deutsch-italienischen Warenaustausches nach dem Muster anderer deutscher Verträge wurden mit Rücksicht auf die eingeleitete Revision des italienischen Zolltarifs vertagt. Wie verlautet, wird der neue Tarif, der in einem früheren Stadium der Reform schon einmal während der Zollkonferenz von Annecy den Vereinigten Staaten Anlaß zu lebhaftem Protest gegen seine überhöhten Sätze geboten hatte, im Widerspruch mit den Bestimmungen des Genfer Zoll- und Handelsabkommens von 1947/49 und der Havanna-Charter von 1948 eine Durchschnittsbelastung der Einfuhr mit 30 und mehr Prozent vom Wert der Ware bringen, ein Zollschutz, der die deutsche Ausfuhr nach Italien sehr erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde. Das Unglück will es, daß wir heute umsoweniger gerüstet sind, diesen italienischen Plänen zu begegnen, als unser eigener geltender Zolltarif ein unmißverständliches und verstecktes Instrument für handelspolitische Kämpfe darstellt. Erst sein im Gange befindlicher Umbau wird uns in die Lage versetzen, mit eigenen Konzessionen den deutschen Absatzmarkt für die Italiener reizvoll zu machen und ihrem Protektionismus entgegenzuwirken. Wenn so etwas hoffentlich gelingt — und der Nachweis, daß die natürlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, war das Ziel der vorliegenden Arbeit —, dann wird die deutsch-italienische Zusammenarbeit auch für die gesamte europäische Wirtschaft nur von Vorteil sein.

*) Fortsetzung des Artikels von Dr. H. Pesse in Nummer 7 vom 15. Februar.

Türkei und deutsche Waren

Im Geschäft mit der Türkei und den nahöstlichen Ländern fehlt Westdeutschland als Lieferant von ausgesprochener Bazarware, deren Anteil bei deutschen Exporten in diesem Raum früher einmal beträchtlich war, noch immer fast völlig.

Deutsche Firmenvertreter berichten, daß hier die einschlägige deutsche Industrie weder preis- noch qualitätsmäßig den Vorsprung anderer Länder bisher hat einholen können. Die Ansprüche auch auf diesem Gebiet sind erheblich gewachsen. Füllfederhalter, die infolge des Sogs des Binnenmarktes auch nach der Währungsreform in Westdeutschland noch absetzbar waren, finden im Nahen Osten bereits seit längerer Zeit keinen Markt mehr, nachdem die amerikanischen Erzeugnisse die Bazare erobert haben. Die Bemühungen der deutschen Textilindustrie, in diesen Gebieten die alte Stellung wiederzugewinnen, stoßen auf die gleichen Schwierigkeiten. Wie wir erfahren, wird die westdeutsche Textilindustrie zur Erforschung des türkischen Marktes einen eigenen Beauftragten entsenden.

•

Die türkische Staatseisenbahn beabsichtigt, einen Auftrag über 150 Güterwagen, 6 Hafenportalkräne und Eisenbahnoberbaumaterial an westdeutsche Firmen zu vergeben. Die Ausschreibungen werden durch die Presse erfolgen.

•

Die lebhafte Nachfrage nach Landmaschinen aller Art in der Türkei hat sich in letzter Zeit besonders auf Reis- und Getreidemühlen sowie Reinschälmaschinen erstreckt. Es werden kleine Mühlen verlangt, die von Dieselmotoren mit wenigen PS angetrieben werden und leicht zu handhaben sind.

Australien enttäuscht den deutschen Auswanderer

Mit dem 31. März 1947 begann das zwischen Australien und England geschlossene Abkommen, das eine freie bzw. ermäßigte Überfahrt für Einwanderer britischer Nationalität vorsieht. Die großen Einwanderungspläne Australiens hatten damit die erste Stufe erreicht.

Damals brachte der englische Hochkommissar, Mr. J. Williams, in Australien zum Ausdruck, daß man wegen des akuten Wohnraummangels, der erst überwunden werden muß, vorerst nur solche Einwanderer aufnehmen kann, die eine Unterkunft bei Freunden oder Verwandten finden werden. Harte Arbeit, so fügte er hinzu, sei der einzige Weg zum Erfolg in diesem Lande.

In der deutschen Presse und im Rundfunk wurde mehrfach die Möglichkeit der Auswanderung für Deutsche nach Australien erörtert. Hierbei wurden enorme Zahlen genannt, Zahlen, die so manchen denn doch einmal fragen ließen, ob man nicht in Australien sein Glück versuchen soll. Doch wollen wir erst einmal zu dem Thema Auswanderung nach Australien Stellung nehmen.

Ein junger Deutscher, der als Journalist Australien bereiste, hatte mit dem Einwanderungs- und Informations-Minister Mr. Calwell in Canberra eine längere Unterredung, wo er hören konnte, daß man die „Skandinavier" gerne mag. Aber nach einem etwa zweimonatigen Aufenthalt im Lande, wurde er eines Besseren belehrt. Er kam zu dem Schluß, daß jeder Ausländer, gleich welcher Nationalität, in diesem Lande sehr unbeliebt ist. Man kommt zwar recht lebenswürdig dem Fremden entgegen, aber man lehnt ihn doch ab. Die Australier neigen viel zu sehr dazu, den Einwanderer als einen Fremden zu betrachten und schließen ihn überall aus, besonders aus ihrem sozialen Leben. Australien ist weder das Traumland, noch ist es ein schlechtes Kolonisationsgebiet. Es ist ein Land, daß man ohne vorgefaßte Meinung betreten soll, wo man ganz neu und von vorn beginnen muß wenn man nicht schon am Start versagen will. Australien wünscht Einwanderer obgleich man wirklich nicht weiß, wo man sie unterbringen soll. Für denjenigen der nicht in Australien war, klingt dies höchst unwahrscheinlich, ja paradox. In diesem großen Inselkontinent, mit einer verhältnismäßig geringen Einwohnerzahl müßte doch viel mehr Platz, für weitere Millionen sein. Der unvoreingenommene, nüchterne Beobachter, aber auch der einsichtigere Australier weiß die Erklärung sehr wohl. Wie kann man an eine Masseneinwanderung denken, wenn man durch ein großes, umfassendes Bauprogramm nicht dafür die notwendigsten Voraussetzungen schafft. Man sorgt einfach nicht, für die notwendigste Unterkunft der Einwanderer. Gewiß baut man da und dort, aber im Verhältnis zur Größe des Landes und in Hinsicht auf die großen Einwanderungspläne, ist dies im wahrsten Sinne des Wortes nur ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein. Ja, der Wohnraum reicht nicht einmal für die Jetztbevölkerung. Ist es da verwunderlich, wenn Besucher mit ungetrübtem Blick Bemerkungen machen, die den Australier durchaus nicht erfreuen?

Welche Arbeit wartet auf den Einwanderer?

Fast alle nicht britischen Einwanderer arbeiten in einer untergeordneten Stellung. Man ist einfach nicht gewillt, sie in eine verantwortliche, gut bezahlte oder gar führende Stellung hineinzulassen. Sie werden größtenteils immer in einer untergeordneten Stellung bleiben. Man muß das Gesagte wohl erwägen, wenn man den Plan faßt nach Australien zu gehen. Hier wartet allerdwerteste Arbeit, meist solche die der Australier nicht zu tun gewillt ist. Kann man aber dieselbe Arbeit, die man in Australien verrichten muß, wie Sand und Steine karren, Landarbeit und angelernte Fabrikbeschäftigung, nicht auch in der Heimat ausüben?

Australien, dieses überaus harte Land, erfordert schwere körperliche Arbeit bei einfachsten, fast primitiven Verhältnissen. Gewiß satt kann man dort werden, wenn auch das Leben sehr teuer ist. Aber heißt letzten Endes das Leben nur Sattsein? Man prüfe eingehend, ob dieses Land Wert ist, die Heimat für ewig aufzugeben, denn ein Zurück gibt es fast nie mehr, aus diesem Kontinent am Ende der Welt.

Schwedischer Italien-Kredit überzogen

Der zwischen Schweden und Italien vereinbarte Swingkredit von 20 Mill. skr. ist schwedischerseits um 25% auf 25 Mill. skr. angestiegen. Falls der Kredit erhöht wird, was man in schwedischen Kreisen annimmt, würde dies zunächst nur einen Ausgleich der bereits erfolgten Überziehung bedeuten.

Portugal machte schlechte Erfahrung mit der Liberalisierung

Kohle aus Afrika — Macaogold — Industrialisierung — Asienersatz — Wolfram und Uran Merkantilismus

Der folgende ausgezeichnete Aufsatz, der uns aus Barcelona zugeht, zeigt, welche schlechten Erfahrungen Portugal mit der Liberalisierung der Einfuhr bereits im Jahre 1946 machte. Deutlicher können die Gefahren, in denen auch wir schwebten, nicht vor Augen geführt werden, zumal es sich hierbei um Erfahrungen und nicht nur um Vermutungen dreht. Wir erwähnten in der vorigen Ausgabe, daß die Liberalisierung des Außenhandels in Deutschland auch gegenüber Portugal zu den gleichen Erfahrungen führte, die Portugal seinerseits 1946 machte: Deutschland hat von Portugal bereits alles gekauft, wenn es nach dem Handelsvertrag verpflichtet war. Portugal dagegen kaufte nur einen kleinen Teil dessen, wenn es sich verpflichtete; unsere Schulden an Portugal sind daher auf 4 Mill. DM gestiegen.

Im Jahre 1946 beschloß Lissabon die Einfuhr für zahlreiche Waren freizugeben, die Zölle herabzusetzen, Devisen zur Verfügung zu stellen. Ein gewaltiger Zustrom von Gütern setzte ein. Mit einem Schlage brach der Schwarzmarkt zusammen, die Preise sanken, ja das Wirtschaftsministerium ging soweit, eigene Verkaufsstellen für solche Produkte einzurichten (LJCW mit Ladenstraßen), die im Lande unterhuhren, um überall dort, wo Überhöhte Preise herrschten, diese zu unterbieten. Die Verbraucher jubelten. Dänische Butter Schweizer Käse, amerikanische Autos, argentinische Schinken, kanadische Fleischkonserven, englische Stoffe überschwemmten den Markt. Das Ausland aber kaufte um keinen Centavo mehr als früher in Portugal. Der Jubel dauerte nicht lange, der Katzenjammer kam. Das Außenhandelsdefizit betrug 1946 115%, Portugal büßte in einem Jahre 58% des Devisenschatzes ein, den es im Kriege angehäuft, die Einfuhr wurde wieder gedrosselt, zum Teil schärfer als früher, das Budget kam in Unordnung (Portugal hatte 1947 ein Defizit von 2,7 Mrd. Escudos), die Währung kam fast in Gefahr, die einheimische Industrie legte still, die Landwirtschaft züchtete keine Hühner und Schweine mehr und baute keinen Weizen an, und nur energischen, durch Marshallgelder unterstützten, von einer Reihe von Glücksfällen begleiteten Maßnahmen gelang es, Salazar, den Haushalt und die Handelsbilanz 1949 auszugleichen. 3 Jahre brauchte man, um die Liberalisierung — die einseitige Liberalisierung — eines halben Jahres wieder wettzumachen. Seitdem bewegt sich Portugal wieder in dem Rahmen der bilateralen Handelsverträge, und die Einfuhr selbst kleiner Muster ist bewilligungspflichtig. Der schöne Traum, von dem alle Handelshäuser Lissabons träumen, dauerte nur kurz.

Plötzlich erscheint Mosambique-Kohle auf dem Markt. Fettkohlige, sehr gute Steinkohle. Die Vorkommen aus Zambeze, westlich Moruhas, sind schon seit 30 Jahren bekannt. Bis 1944 gehörte die große portugiesische Kolonie praktisch einigen englischen Gesellschaften. Dann erwarb der Staat sein Eigentum zurück, denn London konnte die Kriegslieferungen nicht bezahlen, die es aus Afrika bekam, und gab die Aktien dafür. Die englischen Firmen hatten kein Interesse daran. Konkurrenzkohlenminen zu entwickeln. Portugal mußte ja 87% seiner Kohleneinfuhr in England decken. Jetzt geht Mosambiquekohle nicht nur nach Lissabon und Porto, die ersten Dampferladungen wurden nach Schweden, nach Tanger, nach Italien abgefertigt. Nach Indien sind Verkäufe getätigt worden und nach Aden.

Macao ist bedroht. Mao-Tse Tung steht vor den Toren, doch die Portugiesen verstanden sich seit jeher gut mit den Chinesen, man hofft, auch diesmal nichts zu verlieren. Nicht nach Hongkong, nach Macao strömt das Chinagold. Dort ist es konvertierbar, dort wird heute am meisten Gold auf der Welt umgesetzt, Lissabon hat nichts dagegen und erhebt lediglich eine kleine Abgabe. Diese brachte dem Staatssäckel 500 Mill. Esc (50 Mill. DM) in Devisen 1949 ein.

Die portugiesische Industrieproduktion (1938 = 100) betrug 1945 142, fiel 1946 infolge der einseitigen Liberalisierung auf 107, stieg 1949 auf 183. Textilien, Glaswaren, Haushaltungsgeräte, andere Konsumgüter stehen an der Spitze. Maschinenbau, Investitionsprodukte sind kaum verändert. Der Plan, ein Weißblechwerk bei Porto zu bauen, um die Fischkonservenindustrie zu versorgen, ist nach erheblichen Vorarbeiten wieder zurückgestellt worden, ebenso die Errichtung eines Hochofens und Stahlwerkes, obwohl Erze und jetzt auch eine Kohlenbasis vorhanden ist. In Verbrauchsgütern geht der Produktionsausbau weiter. In immer mehr Artikeln ist man unabhängig vom Import.

Im Mai 49 tagte in Lissabon eine amerikanisch-portugiesische Fachleutekonferenz. „Verkehrsfragen" hieß es, stand auf der Tagesordnung. Nach Wochen trennte man sich. Ergebnisse wurden nicht bekanntgegeben. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die USA einen großzügigen „Ersatz für Asien" betreiben; niemand weiß, ob Rohstoffe von dort noch lange zur Verfügung stehen werden. Portugal erwarb nicht nur die früheren englischen Bahnen in Mosambique, sondern beherrscht heute einen Teil des südrhodesischen Netzes (für 6 000 000 £ wurde 1948 die Beira Railways Ltd. gekauft). Straßenbau, Bahnerweiterung, Hafenentwicklung, Plantagen. Aus dem Fond für unentwickelte Gebiete (technisch rückständige Beiß. ed und anderen fließen Dollars nach Afrika. Sisal, Copra, Tee, Zinnvorkommen, neue Gummiplantagen (jetzt auch in Portugiesisch-Guinea), Chininbaumanpflanzungen usw., Portugal ist der Hauptnutznießer. Weshalb? Während England, Frankreich, Holland ihre Kolonien verlieren, oder „demokratisieren", hält Portugal starr am 18.-Jahrhundert-Prinzip des Merkantilismus fest. Die Kolonien sind Ausbeutungsobjekt des Mutterlandes. Schutzzölle, Schiffahrtsakte usw. reservieren das Riesenkolonialreich für Portugal — und jeden, der dahinter steht. Für eine Eingeborenenemanzipierung hat man in Lissabon kein Verständnis. Der Portugiese kennt keinen Bassedlinkel, aber er hält die alten Schranken ein. Dies ist wirtschaftlich ein großer Vorteil. In den port. Kolonien sind „Los-vom-Mutterland"-Bestrebungen wie in allen übrigen noch unmöglich. Man kann noch auf lange Sicht investieren. „Ersatz-für-Asien"-Verkehrungen treffen. Die Rohstoffe sind hier noch sicher.

Portugal legte 1944 den Wolframbergbau still. Von den Alliierten gezwungen, nichts mehr an Deutschland zu liefern, verbot es einfach die Produktion. Die Preise waren 30mal höher als 1939, man hatte genug verdient. Jetzt kommt die Produktion und Export wieder in Gang. Südchina, wichtigster Weltmarktproduzent ist in Kommunistenhänden, iberisches Wolfram ist wieder gefragt und diesmal ist nur ein Käufer vorhanden. Die reichen Pechblende- und Uranerzvorkommen (Portugal hat 4 äußerst radioaktive Heilbäder) werden derzeit untersucht u. zum Ausbau vorbereitet, doch hat Lissabon das Exportembargo noch nicht aufgehoben. Vielleicht kommt es auch nicht dazu. Wasserstoff ist genügend anderswo vorhanden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Südafrika braucht deutsche Waren

Eine Liste von Waren, die wir nach Südafrika exportieren können

Dr. Osthoff, Bielefeld, kürzlich von einer Reise durch die Südafrikanische Union zurückgekehrt, sprach in München. Wir geben die Eindrücke wieder, die der Besucher über die Aussichten des deutschen Exports nach Südafrika gewonnen hat.

Südafrika verdankt den raschen wirtschaftlichen Aufstieg in den letzten Jahrzehnten in erster Linie dem natürlichen Reichtum des Landes an Gold und Diamanten und deren Ausbeutung (Goldausfuhr erfolgt zu zwei Drittel für industrielle Zwecke), den Fortschritten in Landwirtschaft und Viehzucht und schließlich den guten Geschäften in zwei Weltkriegen. Es gibt gewisse Hemmnisse in dieser Entwicklung, so die unzureichenden und nicht im gleichen Tempo mitgewachsenen Verkehrswege und -mittel, der Facharbeitermangel — (hier spielt das Grundproblem der Union hinein, die Negerfrage) — und der Kapitalmangel. Im ganzen gesehen, so sagte der Referent, biete Südafrika noch allenthalben große Entwicklungsmöglichkeiten, so z. B. auf dem Gebiete der Energiegewinnung und der Ausnutzung der Wasserkräfte, durch die Bewässerung und Kultivierung weiter Teile des Landes und schließlich in der industriellen Goldverarbeitung, die bisher noch kaum im Lande selbst Fuß gefaßt habe. Gerade das Fehlen der weiterverarbeitenden Industrie für die Naturschätze des Landes habe schon oft zu Schwierigkeiten auf dem Goldmarkt geführt, weil die ausgleichende Funktion einer einheimischen Industrie fehle.

Nach Ansicht Osthoffs hat Deutschland auf vielen Gebieten gute Exportchancen in Südafrika; sie seien seit der Festsetzung der neuen Umrechnungskurses Dollar-Mark eher noch besser geworden, weil damit vom Standpunkt der Union aus gesehen nunmehr Deutschland zu den Weichwährungsgebieten gehöre. Man müsse allerdings auf eine sehr scharfe Konkurrenz von Japan gefaßt sein, die sich z. B. bei Textilien bereits jetzt bemerkbar machen. In letzter Zeit könne man in den Läden der großen südafrikanischen Städte wieder deutsche Markenartikel kaufen, die sich bereits sehr erfolgreich gegenüber den britischen Waren durchgesetzt hätten.

Für aussichtsreich hält der Referent die Möglichkeiten für deutsche Lieferungen von Eisenbahnmaterial und Turbo-Kompressoren, sodann auch für feinmechanische und optische Geräte, medizinische Instrumente und pharmazeutische Produkte. Dagegen dürfte z. B. für deutsche Fahrräder wegen ihrer Preise kaum ein Markt bestehen. Für die Einfuhr von Kraftfahrzeugen nach der Union ist eine der unerläßlichen Vorbedingungen die Errichtung von Montagewerken und Service-Stationen. Personenwagen dürfen z. B. nur in Teilen zwecks Zollersparnis eingeführt werden. Auch bei landwirtschaftlichen Geräten und Beregnungsanlagen, die im südafrikanischen Landbau eine große Rolle spielen, dürfte die amerikanische Konkurrenz kaum zu schlagen sein. Es werden bei der extensiven Bebauungsweise meist schwere Traktoren verwendet, wie wir sie z. Zt. in Deutschland nicht herstellen. Als Lieferanten für Zeitungspapier seien die skandinavischen Länder bevorzugt. Viele Geschäfte liefen über Großbritannien, weil England besonders günstige Frachtsätze für Verschiffung ab London bietet. Wenngleich sich die Stimmung Deutschland gegenüber gebessert habe, und in weiten Kreisen der Wunsch bestehe, den Handelsverkehr mit Deutschland auszudehnen, so ist nach Meinung des Vortragenden in gewissen Kreisen noch immer eine Zurückhaltung gegenüber dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland zu spüren. Während früher der Boykott deutscher Waren in der Union von den deutschen Emigranten geschlossen durchgeführt worden sei, sei diese Gruppe jetzt in zwei Richtungen auseinandergefallen, wovon die eine bereit sei, die Bemühungen deutscher Exporteure zu unterstützen. Man müsse sich allerdings darüber im klaren sein, daß Erfolge in der Union nur bei Einschaltung eines dort gut eingeführten ansässigen Vertreters zu erzielen sein werden.

Der Lebensstandard für die weiße Bevölkerung in der Südafrikanischen Union sei hoch, die Steuern für unsere Begriffe ungewöhnlich niedrig und die Preise mäßig. Da der größte Teil der Bevölkerung (Neger) nicht viel verdiene, das Verdiente sofort ausgibt und das Erworbene (z. B. Kleidung) sehr rasch verschleißt, dürften gute Absatzmöglichkeiten für nicht zu teuere Importtextilien gegeben sein. Es bestehe zwar eine beachtenswerte eigene Konsumgüterproduktion bei niedrigen Preisen, aber auch z. T. mit qualitativ geringen Produkten.

Deutsche Exportaktion in Südafrika

Westdeutschland hoffe, bis zum Jahre 1952 seinen Handel mit der Südafrikanischen Union auszugleichen, erklärte der Vertreter der Vereinigung Deutscher Handelskammern in Südafrika, Dr. G. Rosochacki, kürzlich in Johannesburg. Die Vermehrung der deutschen Lieferungen werde hauptsächlich in Kameras, Präzisionsinstrumenten, Maschinen, optischer Ausrüstung und anderen Qualitätswaren bestehen. Westdeutschland habe augenblicklich gegenüber Südafrika ein Handelsdefizit von 3 Mill. Pfund Sterling, das noch im Steigen sei. In den ersten 11 Monaten 1949 betrug nach der deutschen Statistik die Einfuhr Westdeutschlands aus Südafrika 21,4 Mill. Dollar und die Ausfuhr 5,9 Mill. Dollar.

Deutsch-ungarische Verhandlungen

Die im deutsch-ungarischen Handelsabkommen vom 19. 10. 1949 vorgesehenen Besprechungen einer gemischten Kommission werden am 23. Februar in Frankfurt/M. beginnen. Die Ungarn haben inzwischen erhebliche Käufe in Westdeutschland getätigt. Nach unseren Feststellungen ist dadurch der deutsche Passivsaldo, der bekanntlich im Januar zum Abruf der die Kreditmarge des Zahlungsabkommens von 3,5 Mill. Dollar überschreitenden Dollarzeitze geführt hatte, zu einem Aktivsaldo auf dem Verrechnungskonto geworden. Es wird deshalb Ungarn in den Verhandlungen daran liegen, Vorkehrungen dazusein zu treffen, daß im weiteren Verlauf dieser Entwicklung in weiterem Verlauf dieser Entwicklung ein freier Dollarbetrag fällig wird. Da Westdeutschland am deutsch-ungarischen Warenaustausch nach wie vor interessiert ist, kann damit gerechnet werden, daß nunmehr nach Beseitigung der Schwierigkeiten auf der Zahlungsverkehrsseite neue Ausschreibungen zur Einfuhr von Waren aus Ungarn erfolgen werden.

Griechenland will noch mehr Waren aus Deutschland beziehen

Der Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und Griechenland hat sich noch immer nicht befriedigend gestaltet. Die deutschen Abnahmen auf Grund des am 8. August 1949 ratifizierten Abkommens, das eine Einfuhr aus Griechenland von 22,23 und eine Ausfuhr aus Westdeutschland von 30 Mill. Dollar vorsah, überstiegen noch immer erheblich gegenüber den griechischen Käufen im Bundesgebiet. Am Ende des vergangenen Jahres hatte sich infolge dieser Entwicklung ein nicht unbeträchtlicher Schuldsaldo auf dem Verrechnungskonto für Westdeutschland ergeben. Nach dem zweiten interessenpolitischen Zahlungsabkommen war Griechenland ein Ziehungsrecht in Höhe von 13,8 Mill. Dollar zugestanden worden. Im November vergangenen Jahres hatte die griechische Regierung bei der OEEC in Paris eine Erhöhung dieser Ziehungsrechte gegenüber Westdeutschland um 6,8 Mill. Dollar beantragt. Diese Maßnahme ließ darauf schließen, daß Griechenland beabsichtigte, über den im Handelsvertrag gesteckten Rahmen hinaus Waren aus Deutschland zu beziehen. Bisher hat sich diese Erwartung jedoch nicht erfüllt. Es wird sich erst zeigen müssen, ob die mit Wirkung vom 15. Dezember 1949 ab in Kraft gesetzte griechische Freiliste die Wirkung eines gewissen Ausgleiches des Warenaustausches zwischen beiden Ländern haben wird.

Schweiz — Westdeutschland

Es ist in Schweizer Wirtschaftskreisen nicht ohne Besorgnis vermerkt worden, daß die deutschen Lieferungen nach der Schweiz im Januar 1950 mit 21,9 Mill. Fr. den Stand des Januar 1949 mit 22,6 Mill. Fr. nicht ganz erreicht haben. Daß die Januar-Ziffer erheblich unter der Wertziffer für Dezember (38,5 Mill. Fr.) liegt, entspricht den üblichen Saisonschwankungen.

Prüft man die Zusammensetzung der Schweizer Bezüge aus Deutschland im Januar 1950, so ergibt sich, daß gegenüber Januar 1949 Rückschläge namentlich in Malz (0,7 Mill. sfrs.), Holz (0,4 Mill. sfrs.) und Kohle, besonders Koks (— 1,2 Mill. sfrs.) eingetreten sind. Bei den Fertigfabrikaten haben in verschiedenen Branchen die Schweizer Bezüge gegenüber dem Januar 1949 zugenommen, so z. B. bei Maschinen, Fahrzeugen und Eisenwaren. Es läßt sich auch auf dem Gebiet der Fertigwaren kein Anzeichen von einer anhaltenden Verschlechterung der Absatzverhältnisse für deutsche Waren feststellen. Man wird die Entwicklung der nächsten beiden Monate abwarten müssen; namentlich der Monat März pflegt für die Entwicklungs-Tendenzen des Handelsverkehrs eines neuen Jahres weit aufschlußreicher zu sein als Januar oder Februar.

Erwartungsgemäß hat die Schweizer Ausfuhr nach Deutschland den hohen Stand vom Dezember vorigen Jahres nicht aufrechterhalten können. Mit 34,6 Mill. sfrs. ist aber auch diesmal ein recht hohes Ergebnis erzielt worden. Ein Vergleich mit dem Januar 1949 ist wenig aufschlußreich, da damals die Schweizer Lieferungen noch sehr geringfügig waren (9,8 Mill. sfrs.). Gegenüber dem Dezember 1949 mit seinem einmaligen Exportwert von 63,3 Mill. sfrs. sind folgende Rückgänge eingetreten:

	Jan. 1950	Dez. 1949
	in Mill. sfrs.	
Landwirtschaftl. Erzeugn.	1,2	3,9
Baumwollgarne u. -gewebe	9,0	15,7
Seide und Kunstfasergarne und Gewebe	3,3	5,2
Wollgarne und Gewebe	3,6	9,0
Konfektion	1,7	5,4
Maschinen	4,1	5,4
Uhren	2,4	5,0
Instrumente und Apparate	1,3	3,2
Pharmazeutika	1,6	2,9
Farben	2,4	3,4

Großkokerei in Lothringen

nn. **Diedenhofen.** In der Versuchsanlage der lothringischen Schwerindustrie bei Forbach wird eine neue Großkokerei errichtet, an der die Arbeitsgemeinschaft der lothringischen Kohlengruben, der Hüttenindustrie und der Gesellschaft Charbonnages de France, Paris, interessiert sind. Die Versuche der in Bray-en-Artois (Belgien) entwickelten sogenannten „Carbolux"-Methode, einer modernen Verarbeitung von Hüttenkoks, sollen hier in die Praxis umgesetzt werden.

Schwedens globaler Importplan 1950

Schwedens sog. globaler Importplan für 1950, der in Kürze veröffentlicht werden wird, sieht entgegen den ursprünglichen Plänen einen Gesamtimport von 5,5 Mrd. skr (frühere Berechnungen 5,3 Mrd. skr) vor. Diese voraussichtliche Erweiterung des Rahmens um etwa 1,2 Mrd. skr gegenüber 1949 ist dadurch möglich geworden, daß der Export 1949 günstiger ausgefallen ist als erwartet wurde, und daß ferner auch für 1950, verursacht durch höhere Preise für wichtige Stapelerzeugnisse, eine weitere Steigerung auf etwa 4,7 Mrd. skr erwartet wird. Die wertmäßige Importerhöhung um ca. 27 Prozent gegenüber 1949 wird mengenmäßig nicht ganz erreicht werden, vielmehr dürfte die mengenmäßige Zunahme 13 Prozent kaum überschreiten, weil sich die Preise für eine ganze Reihe von Einfuhrwaren ebenfalls erhöht haben. Im Zusammenhange mit dieser immerhin sehr kräftigen Erweiterung der schwedischen Warenumsätze mit dem Ausland rechnen informierte Kreise damit, daß 1950 die gesamte schwedische Importregulierung abgewickelt werden kann. Ausgenommen davon wird der relativ kleine Teil der Einfuhr aus Hartwährungsländern sowie der osteuropäischen Märkte bleiben. Eine gewisse Komplikation bedeutet es jedoch für die schwedische Handelspolitik, daß bis auf weiteres versucht werden muß, weil die an und für sich hohen Devisenreserven, vorwiegend aus Pfund Sterling bestehend, vorläufig für den Ausgleich von eventuellen Spitzen nicht herangezogen werden können. Mit einzelnen Ländern ist durch die Gewährung gegenseitiger Swing-Kredite die Möglichkeit zum Ausgleich geschaffen worden, befriedigend ist diese Lösung aber naturgemäß nicht. Schließlich wird die Abwicklung der Importregulierung dadurch etwas verzögert werden, daß wenigstens für einige Monate zunächst die Auswirkungen der weitgehenden Importfreigaben abgewartet werden sollen. Eine Forcierung des Importes aus der Freigabe könnte möglicherweise zu erneuten Komplikationen führen; unterrichtete Kreise rechnen aber nicht damit, daß es dahin kommen wird, weil die Lagerbestände in den meisten Branchen gut gefüllt sind, und eine spekulative Einfuhrerhöhung für den Handel ein zu großes Risiko bedeuten würde.

Schweden nimmt Dollar-Terminhandel wieder auf

Die Schwedische Reichsbank und die Devisenbanken haben am 13. Februar d. J. den Dollar-Terminhandel unter den gleichen Bedingungen aufgenommen, wie sie gegenwärtig für Termingeschäfte in Pfund gelten. Der Dollar-Handel auf Termin war 1947 im Zusammenhange mit der Aufhebung der Pfund-Konvertibilität eingestellt worden.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Belgien

Die Arbeitslosigkeit in Belgien ging im Laufe der vergangenen Woche von 339 443 auf 277 606 zurück, wie am 17. Februar in Brüssel bekanntgegeben wurde.

Neue NE-Metallpreise

nn. Folgende NE-Metallpreise für belgische Verbraucher wurden von der Société Générale des Minéraux, Brüssel (die Monopol-Gesellschaft für NE-Metalle) angekündigt: Elektrolyt-Kupfer 21,00 bfr je kg, Zink GOB 16,75 bfr je kg. Die Preise verstehen sich ohne Umsatzsteuer, Fracht zu Lasten des Empfängers.

Dezember-Ausfuhr Belgisch-Kongos

Die Ausfuhr Belgisch-Kongos und des Mandatsgebietes Ruandi-Urundi betrug im Dezember 1949 insgesamt 7326 Tonnen im Werte von 810,6 Millionen bfr. Die Hauptabnehmer waren: Deutschland für 81,6 Mill. bfr, Großbritannien für 122,1 Mill., USA für 38,8 Mill. und Belgien für 480,0 Mill. bfr.

Krise im luxemburgischen Eisenerzbergbau

Im Monat Januar wurden in den luxemburgischen Eisenerzgruben 311 544 Tonnen (Dezember 316 204) Eisenerz gefördert. Davon wurden 90 832 (93 631) Tonnen ausgeführt und zwar 63 000 (69 570) Tonnen nach Belgien und 27 832 (24 053) Tonnen nach dem Ruhrgebiet. Diese Zahlen, die weit unter dem normalen Ausfuhrniveau bleiben, kennzeichnen das Andauern der Absatzkrise, unter der die luxemburgischen Grubenbetriebe zu leiden haben. Eine Verschlechterung der Lage steht bevor, da, wie verlautet, die Verhandlungen zur Erneuerung der gegenwärtigen Lieferungsvertrags mit der Ruhrindustrie ergebnislos verlaufen sein sollen. Der Oberste Bergwerksrat in Luxemburg hat erneut eine Intervention bei der Brüsseler Regierung empfohlen, um die belgischen Hüttenwerke zu veranlassen, sich vorzugsweise mit luxemburgischen Eisenerz zu versorgen.

Wie aus Bergwerkskreisen mitgeteilt wird, ist die Erzausfuhr nach dem Ruhrgebiet am 18. Februar eingestellt und einem Teil der Belegschaften gekündigt worden.

Deutsche Börsen

Frankfurt	17.2.50	3.2.50	10.2.50	17.2.50
AEG	34½	36½	36½	—
Brown, Boveri	92	95	94	93
Esselen	70½	70½	70	72
Chem. Albert	69	77	73	73
Degussa	69½	71½	73½	76
Deutsche Erdöl	48	48	48½	48½
El. Licht u. Kr.	33½	33½	33½	33½
Frankf. Masch.	40	40	42	42
Heilmann Zement	56½	56½	57½	57½
Holzmann	48	48½	48½	50
Kunstseide	65	—	58	59½
Lahmeyer	86	86½	86	86
Lanz	—	61½	61	59
Linde's Eis	84	86½	84	84
Metallges.	83	85½	85	84
Rheinmetall	35	—	36½	36½
Schiffer&Neff	60½	62	62	62½
Siemens & Halske	46½	48½	48½	48
Voigt & Haeffner	—	—	—	—
Wayss & Freytag	—	—	—	—
Zellst. Waldhof	60½	69	—	71
Commerz-Bank	37½	37	36	34½
Deutsche Bank	36½	37	35	34
Dresdner Bank	34	34½	33	33
4% Pfälz. Hyp. Bk.	79½	79½	79½	79½
4% Pfälz. Hyp. Bk.	77½	77½	77½	77½
4% Debitanz	87½	87½	87½	87½
Hamburg				
Accumul.	88	85	85	85
Balcke	39½	39	39½	39
Bremer Wolle	84	86	85	84
Deutsat	83	84	86	86
Deutsche	44	—	44	45
Dynamit Nobel	40	42	42	40½
Feldmühle	80	76	78	78
H E W	75	75	80½	80
Hamb. Hochb.	63	64	64	63
Hamb. Hyp. Bk.	59	59	59	59
Harburg Mühle	30½	31½	30	30
Hefbrätz Gemeni	160	160	165	165½
Hoffmann Stärke	85	85	86	86
Ilse Bl. A.	39	39	39	39
Ilse Genuß	13	13	13½	13½
Karstadt	75	75	80	79
Phrix Inh. A	28	27½	30½	30
Rütgers	46½	46	46	47
Schering	36	35	35	36
Setmar	—	37	37	37
Nordd. Lloyd	33	33	34	33
4% Hbg. Hyp.	7⅞	7⅞	7⅞	7⅞
4% Hbg. St. W.	8½	8½	8	8
Hannover				
Contl Gummi	116	116	116	116
Herkulhütte	97	97	97	97
Seeder Hütte	76½	77	78	78
Nordd. Wolle Linden	35	35	35	35
Salzdetfurth	64	65½	64	64
Wolle, Döhren	36	36	37	36
Winterhall	54	55	55	55

Börsenplatz	17.2.50	3.2.50	10.2.50	17.2.50
Alexanderwerk	32	33	33	34
Baltische Masch.	38	38	38	38
Bassett AG.	37	37	37	37
Deren A.-Bras	72½	71	71	71
Felten & G.	74	—	—	80
Ford	69½	70	—	69
Gerresh. Glas	86	86	86	86
Goldschmidt	—	—	—	—
G. H. H.	69	—	69½	69½
Harpen	70	71	—	68
Hoesch	34½	35	35	36½
Kabel Rheydt	84	87	88	83
Klöckner	38	38	38½	38
Mannesmann St.	37	36½	38	39
Mich. Berg	34	34	33	33
Rheinbraun	97	100	95	95
Rhein. Kunstseide	47½	49	50½	50
Rhein. Zellwolle	44	45	47½	46
Rheinstahl	56½	—	54	55½
R W E	84½	84	81	82½
Verein. Stahlw.	33	33	33	33½
Westeregeln	53	53	54	54
Westd. Kaufhof	78	79	—	77
Rhein. Westf. Boden	35	35	35	35
4% Rh. W. Bd.	8	8	8	8
4% Gelsenberg	8½	8½	8⅝	8⅝
4% Klöckner	—	9	—	—
München				
Augsburger	95	95½	94	94
Augsb.-Nürn.-Masch.	79	81	83	81
B M W	33	35½	33⅝	34
Bismarck AG	100	104	105	108
Durlacher	77½	78	76½	78
Gaggenauer	80	82	80	80
Hanfw. Füssen	115	117	117	117
Hutschenreuther	65	65	66	67
Kraus Maffei	60	60	60½	61
Lech. El.	85	84	84	84
Löwenbräu	41½	41	41	42
Mech. Webw. So	100	100	111	113
Rathgeber	96	94	94	95
Rosenthal	82	80	77	77½
Spinn.u.Web.Kolb.	108	108	114	114
Südd. Zucker	89½	92½	96	94
Tuchfabrik	50½	52	54	56½
Würzburg. Hofbr.	—	45	45	47
Bayr. Hyp.u.W.Bk.	33	33	32	33
Südd. Boden	27½	28½	29	29
Allianz Leben	58	60	60	62
Allianz Vers.	69	71	67	68
6% Bayer Hyp.Bk.	5	5	5	5
4% Augsb.Hbg.	7½	7½	7½	7½
Stuttgart				
Brennerei Wulle	46	46	46	46
Daimler	36	36	35½	35
Jonathans	35	35	35	40
Knorr	61	61	61	61
Salamander	78½	80	80	79½
Württ. Bank	—	80	80	80

Notenkurse in Zürich am 18. Febr.

1 $ USA	4.30/	4.30½
1 £ England	10.40/	10.60
100 frr Frankreich	1.10/	1.13
100 bfrs Belgien	8.37½/	8.60
100 hfl Holland	98.—/100.—	
100 skr Schweden	71.—/ 73.—	
100 nkr Norwegen	44.—/ 46.—	
100 dkr Dänemark	46.—/ 52.—	
100 Lire Italien	—.63/ —.65	
100 Escudos Portugal	14.70/ 14.80	
100 skr Tschechoslowakei	—.—/ 1.15	
100 arg. Pesos Argentinien	27.50/ 30.—	
100 türk. £ Türkei	—.95/ 1.02	
100 österr. Schill. Österreich	13.30/ 13.55	
1 Israel. £ Israel	7.—/ 7.30	
100 DM Deutschland	**81.—/84.—**	

Zuteilungsansprüche aus dem Girosammelgepot

Die Hamburger Kreditbank (früher Dresdner Bank) gab dieser Tage einen ersten Überblick über die derzeitige Bewertung von Zuteilungsansprüchen im Freiverkehr. Die Zuteilungsansprüche, die sich aus den im Zuge der Wertpapierbereinigung erfolgten Anmeldungen ergeben, dienen der Auflockerung des Girosammelgepots, in dem der überwiegende Teil aller Aktien verwahrt wurde. Voraussetzung für die Verwertungsmöglichkeit der in Frage kommenden Aktien ist, daß die betreffenden Effekten im Währungsgebiet verbucht sind. Es kann demnach zunächst nicht an eine Verkäuferung von Aktien gedacht werden, die früher bei einer im Ostraum befindlichen Bank buchmäßig erfaßt wurden, ohne daß auch für diese Effektenbesitzer die sich aus der Wertpapierbereinigung ergebenden Rechte eine Schmälerung erfahren.

Effektenbesitzer, die durch die Währungsumstellung ihre sonstigen Ersparnisse verloren haben, können sich durch Veräußerung der Zuteilungsansprüche, soweit sie sich aus ihrem Effektenbesitz ergeben, zusätzliche flüssige Mittel für ihren Lebensunterhalt verschaffen.

Der Sowjetkredit für China

Viel zu wenig für das große Land, aber Rußland kann nicht mehr geben

Im Rahmen des Dreißigjahresvertrages zwischen der UdSSR und dem kommunistischen China wird Rußland einen langfristigen Kredit im Werte von 300 Mill. US-Dollars gewähren. Die Mittel sollen zur Lieferung von Elektrizitätswerken, Bergwerks- und Industrieausrüstungen, Eisenbahnmaterial und Verkehrsmitteln verwendet werden. Der Sowjetkredit wird vom 1. Januar 1950 an in fünf Jahresraten zu einem jährlichen Zinsfuß von 1% gewährt werden. Die Rückzahlung soll vom 31. Dezember 1954 an in 10 Jahresraten erfolgen. Die Verzinsung und Rückzahlung wird China durch Lieferung von Rohstoffen und Tee sowie Gold und amerikanischen Dollars bewerkstelligen. Die Preise für die Rohstoffe und den Tee, die jeweiligen Mengen und Liefertermine werden unter Berücksichtigung der Weltmarktpreise in einem besonderen Abkommen festgesetzt werden.

Hongkongs Handel mit China

Aus Nachrichten über Warenlieferungen von Hongkong nach den chinesischen Häfen geht hervor, daß die Verschiffungen seit der Erklärung der Blockade der chinesischen Nationalregierung am 28. Juni 1949 500 000 Longtons überstiegen haben. Es handelt sich durchweg um hochwertige Ware, deren Wert für die in Frage kommenden sieben Monate auf etwa 200 Mill. US-Dollar geschätzt wird. 240 000 tons wurden auf britischen und 125 000 tons auf russischen Schiffen versandt. Im einzelnen wird angegeben, daß 123 Abfahrten registriert worden sind, 69 Schiffe waren britisch, 18 russisch, 16 norwegisch und schwedisch, 14 führten die Flagge Panamas. Außerdem waren Schiffe Griechenlands, Kanadas, Puerto Ricos und Amerikas beteiligt. Elf britische Schiffe mit einer Ladung von etwa 14 000 tons haben die Blockade Shanghais durchbrochen. Fünf amerikanische Schiffe lieferten Fracht im Betrage von über 40 000 deadweight tons nach Shanghai. Erst seit Mitte Dezember sind Schiffe nach Shanghai durchgekommen. Das erste Schiff war der britische Frachter „Elise Moller". Mindestens vier Schiffen gelang es nicht, Shanghai zu erreichen, so daß sie nach nordchinesischen Häfen weiterfahren mußten. 10 000 tons Ladung sind nach Hongkong zurückgekehrt. In den ersten fünf Monaten der Blockade wurden hauptsächlich die Häfen Tientsin und Tsingtau angelaufen, da hier die Durchführung der Blockade für die verhältnismäßig kleine nationalchinesische Flotte die größten Schwierigkeiten bringt. Mehr als 70% aller Verschiffungen von Hongkong nach China gingen nach diesen beiden Häfen. Seit dem Dezember 1949 ist der Hafen Swatau in den Vordergrund getreten. 40% der von Hongkong abfahrenden Schiffe hatten jetzt diesen Hafen zum Ziel. Die russischen Schiffe haben zum Teil ihre Ladung in Tientsin und Tsingtau gelöscht und sind dann nach Dairen, Chinampo und Sinuhan weitergefahren.

Italien — Österreich

Der am 31. März 1950 ablaufende italienisch-österreichische Handelsvertrag, der nur Gegenseitigkeitsgeschäfte vorsieht, wird mit Wirkung vom 1. April voraussichtlich durch einen neuen Vertrag auf Clearing-Basis ersetzt werden. Das System der Gegenseitigkeitsgeschäfte hat im vergangenen Jahre beiderseits nicht befriedigt.

Dänisch-italienische Verhandlungen gescheitert

Seit mehreren Wochen in Rom geführte Verhandlungen zwischen Dänemark und Italien über einen neuen Handelsvertrag sind gescheitert, meldet die Kopenhagener „Börsen". Die dänische Delegation ist inzwischen nach Wien weiter gereist, um mit Österreich einen neuen Vertrag abzuschließen. Neue Verhandlungen zwischen Dänemark und Italien sollen erst nach dem 31. Mai aufgenommen werden, wenn der alte Vertrag abgelaufen ist.

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien

Webereien

Bleichereien

Färbereien

Druckerei

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die WIRTSCHAFTSREVUE

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH.

KARLSRUHE IN BADEN

Veilchenstraße 35

Hiermit bestelle/n ich/wir ab sofort bis auf weiteres ____ Exemplare der

WIRTSCHAFTSREVUE

durch die Post / unter Streifband zum monatlichen Abonnementspreis von DM 2.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma _____

Beruf/Branche _____

Ort und Straße _____

_____

Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Hausse in Baumwolle, Kautschuk und Fetten

Lagerbestände in USA drücken — Wann gehen die USA von ihren hohen Preisen herunter? — Schwach lagen Kaffee, Kakao u. Zucker

Der Verlauf der internationalen Rohstoffmärkte gerät in zunehmendem Umfange unter den Einfluß von Faktoren, die mit dem natürlichen Gesetz der Preisbildung nach Angebot und Nachfrage kaum noch etwas zu tun haben. Dieser „marktfremden" Faktoren sind erstens der Gegensatz zwischen dem Block der Länder mit harter und dem Block der Länder mit weichen Währungen, und zweitens das nordamerikanische Stützungsprogramm für die Preise der landwirtschaftlichen Überschußerzeugnisse der USA. Beide Faktoren verdanken ihr Entstehen weniger rein wirtschaftlichen als vielmehr politischen Gesichtspunkten. Daher werden sie auch nur von der Politik her zum Verschwinden gebracht werden können. Der Gegensatz zwischen harten und weichen Währungen tritt am deutlichsten in der Preisgestaltung für „Dollar-Rohstoffe" und „Sterling-Rohstoffe" zutage. Nach der Pfund Sterling-Abwertung entwickelte sich für die Sterling-Rohstoffe, Wolle, Kautschuk — Zinn bildet eine Ausnahme — ein lebhafter Markt mit steigenden Preisen. Die Auswirkungen der Pfund-Sterling-Abwertung wurde verhältnismäßig schnell aufgeholt, teilweise wie bei Wolle, sogar überholt. Ähnlich liegen die Dinge bei Kautschuk. Die Hintergründe für diese Entwicklung, die für viele Beobachter insofern überraschend gekommen ist, als sie praktisch eine Umkehrung der nach der Pfund-Abwertung des Jahres 1931 gemachten Erfahrungen bedeutet, sind indessen leichter zu erkennen. Im Gegensatz zu 1931 sind heute in der Welt Pfund Sterling in Überfülle vorhanden. Alle Kontrollmaßnahmen des britischen Schatzamtes und der Bank von England, alle Absprachen dieser beiden Organisationen mit den wichtigsten Zentralbanken außerhalb des Sterling-Gebietes haben es nicht vermocht, „freie Pfund Sterling", deren Höhe auf etwa 1 Mrd. Pfund Sterling geschätzt wird, in „legale" Kanäle zu lenken. Diese freien Pfund Sterling drängen nach Anlage in Hartwerten. Den Bemühungen der britischen Finanzkontrolle ist es beispielsweise nicht gelungen, zu einer Sperrung mit den Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang" zu kommen. Die Ostblock und Polen beispielsweise bezahlen ohne Zögern die hohen Wolle- und Kautschukpreise, weil sie die hierfür erforderlichen Sterlingbeträge an den unkontrollierbaren Devisenmärkten des Fernen Ostens oder auch anderswo billig kaufen können.

Im Gegensatz zu dieser Entwicklung der Preise für Sterling-Rohstoffe verfolgen die Notierungen für Dollar-Rohstoffe einen entgegengesetzten Trend. Sie sind nach außen hin stabil, jedoch von einer inneren Unsicherheit, weil im Grunde genommen nur das Stützungsprogramm der Vereinigten Staaten sie künstlich auf ihrem derzeitigen Stande verharren läßt. Man kann ruhig sagen, daß für die durch die Vereinigten Staaten bestimmten Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und industrielle Rohstoffe das Wort „Perikles" das Alpha und Omega ist. Die Unterbringung der Überschüsse, die je länger je mehr auf den Markt drücken, dürfte wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zeit für die Vereinigten Staaten sehr erhebliche Probleme aufwerfen. Der nordamerikanische Kongreß steht vor der schweren Aufgabe, hierfür eine Lösung zu finden. Die Hilfe der nordamerikanischen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und im Zusammenhang damit die ganze Problematik des amerikanischen Stützungsprogramms ist auch für die westdeutsche Wirtschaft von einer großen Bedeutung. Die Inanspruchnahme der ECA-Hilfe durch die Deutsche Bundesrepublik wäre wesentlich anders, wenn beispielsweise die amerikanischen Getreidelieferungen nach Westdeutschland zu Marktpreisen und nicht zu überhöhten Stützungspreisen in Rechnung gestellt würden. Die Forderung nach einer Revision des amerikanischen s. Stützungsprogramms kann nicht oft genug wiederholt werden. Diese Revision und die Beseitigung des Gegensatzes zwischen weichen und harten Währungen wurden mehr zur Auswirkung der Schwierigkeiten, unter denen die Weltwirtschaft leidet, beitragen, als alle anderen internationalen Abmachungen, die an diesen beiden Grundproblemen vorbeigehen.

An den internationalen Rohstoffmärkten verzeichneten insbesondere Baumwolle und Kautschuk in der Berichtswoche erhebliche Preisgewinne.

Getreide

In Chikago stieg Weizen, März-Termin, von 217⅞ cts am 8. Februar auf 218⅝ cts je Bushel am 16. Februar; Mais von 127⅝ auf 129⅛, und Hafer von 73⅛ auf 73⅞ cts je Bushel. Die Auslandsnachfrage hat sich etwas belebt. Die Wetterberichte melden unzureichende Bodenfeuchtigkeit in großen Gebieten des nordamerikanischen Weizengürtels, außerdem sei es, so heißt es, in anderen Distrikten die Schneedecke ungenügend. Gegen Wochenschluß belebte die Erklärung der Commodity Credit Corporation, daß Mais, Hafer und Gerste aus Überschußbeständen an ERP-Länder in Zukunft auch gegen Bezahlung in ECA-Dollar abgegeben werden können, das Geschäft. Die Commodity Credit Corporation soll bereits am 13. Februar an nordamerikanische Aufkauffirmen Gerste aus Überschußbeständen verkauft haben. Hierdurch wird wiederum die prinzipielle Frage der Unterbringung der nordamerikanischen Überschüsse in landwirtschaftlichen Erzeugnissen berührt. Der nordamerikanische Kongreß wird sich mit dieser Angelegenheit, die nicht nur im Interesse der Kunden der Vereinigten Staaten, sondern auch im Interesse der USA selbst dringend neu geordnet werden muß, beschäftigen müssen. Die Ausfuhr der USA von Getreide und Getreideerzeugnissen ist im laufenden Wirtschaftsjahr um 17% niedriger als im Vorjahr. Vom 1. Juli 1949 bis zum 31. Januar 1950 wurden insgesamt 339 Mill. Bushel Getreide und Getreideerzeugnisse ausgeführt, gegenüber 397 Mill. Bushel in der Vergleichszeit des Vorjahres. Die Weizenausfuhr ist sogar von 193 Mill. Bushel auf 118 Mill. Bushel, das sind fast 40%, zurückgegangen. Unter diesen Umständen hat das nordamerikanische Landwirtschaftsministerium seine Schätzung für die Weizenausfuhr während des ganzen Wirtschaftsjahres 1949/50 erneut auf 375 Mill. Bushel herabgesetzt. Zu Anfang dieses Jahres nannte es 450 Mill., etwas später 400 Mill. Bushel. Im Vorjahr führten die Vereinigten Staaten 522 Mill. Bushel aus. Nach der neuesten Schätzung werden die USA am 1. Juli 1950 einen Überschuß von 400 Mill. Bushel Weizen haben.

Das australische Weizenamt hat seine Schätzung für die Ernte des Jahres 1949/50 im Laufe der Berichtswoche erneut korrigiert. Es rechnet jetzt mit einem Ertrage von 216,5 Mill. Bushel Weizen, nach 214,8 Mill. Eine interessante Kontroverse hat sich zwischen Großbritannien und Australien über die australischen Weizenverkäufe entwickelt. Australien macht geltend, daß Großbritannien das australische Weizengeschäft in die Hand bekommen will. Großbritannien verteidigt sich mit dem Hinweis auf laufende Kontrahente, insbesondere mit Kanada und den USA, die es ebenfalls erfüllen muß. Im Hintergrunde dieser Auseinandersetzung spielt auch der Beitritt Westdeutschlands und Japans zum Weizenabkommen eine gewisse Rolle. Es hat den Anschein, daß sich Australien in seinen Weizenverkäufen an Westdeutschland die größtmögliche Freiheit bewahren, und sich nicht kontraktlich festlegen möchte. Es ist an dieser Stelle schon wiederholt ausgesprochen worden, daß das Internationale Weizenabkommen zu einem „politischen" Instrument geworden ist. Eine Warnung gegen ähnliche Abkommen bei anderen Rohstoffen und Nahrungsmitteln!

Nach einer Dürre von fünf Monaten sind in Argentinien in der Berichtswoche zum ersten Male schwere Regenfälle niedergegangen. Aus dem westlichen und dem südlichen Teil von Buenos Aires sowie aus dem ganzen Pampas-Gebiet werden Niederschläge gemeldet. Sie begünstigen vor allen Dingen die im Wachstum befindlichen Kulturen von Sonnenblumen und die Viehweiden. Außerdem helfen sie bei der Bodenvorbereitung für die kommende Aussaat. Die Anbauflächen der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind in Argentinien stark zurückgegangen. Nach dem Jahresbericht des Banco Provincial de Buenos Aires für die Ernte 1949/50 werden die Anbauflächen in der Provinz Buenos Aires wie folgt geschätzt (Schätzung vom Januar 1949 für die Ernte 1948/49 in Klammern. Angaben in 1000 ha): Weizen 3095 (3440), Leinsaat 241 (260), Gerste 474,5 (634), Roggen 477,4 (569,5), Hafer 835,7 (965), Mais 873 (937,4) und Sonnenblumen 637 (971,3). In argentinischen Häfen wurden in der Berichtswoche mit Bestimmung nach dem europäischen Kontinent 50 000 t Weizen, 6000 t Mais, 6000 t Hafer, 8000 t Gerste und 1000 t Roggen verschifft. In Weizenmehl und Leinsaatöl fanden keine Verschiffungen statt.

Getreide-Notierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 34,3 kg

	11. 2. 50	18. 2. 50
März	217	220⅞
Mai	207½	210⅞
Juli	198⅞	198⅞

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 34,3 kg.

	11. 2. 50	18. 2. 50
März	127⅞	133
Mai	130⅞	132⅞
Juli	133	136⅞

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 31,7 kg

	11. 2. 50	18. 2. 50
März	72⅞	74⅞
Mai	69⅞	70⅞
Juli	61⅞	63⅞

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	11. 2. 50	18. 2. 50
Mai	142⅞	146⅞
Juli	143⅞	146⅞
Oktober	134⅞	143⅞

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	11. 2. 50	18. 2. 50
Mai	154⅞	156⅞
Juli	118⅞	118⅞
Oktober	107⅞	109⅞

Öle und Fette

Die höhere Nachfrage des Inlandes und zufriedenstellendes Auslandsgeschäft hob die Notierungen für ölhaltige Öle und Fette am nordamerikanischen Markt neue Höchststände erklettern. Das Ausfuhrgeschäft erfuhr eine beträchtliche Belebung durch die Einkaufsgenehmigungen der ECA zu Gunsten von Österreich in Höhe von 1,56 Mill. Dollar für Erdnüsse aus den USA und von Dänemark in Höhe von 1,3 Mill. Dollar für nordamerikanische Sojabohnen. Nur am Markt für Schweineschmalz wird noch über unbefriedigenden Auslandsbesatz geklagt. Nichtlaßbare Öle u. Fette verkehrten in uneinheitlicher Haltung. Kopra gab nach, während Talg sehr stetig lag. — Der niederländische Markt für Öle und Fette ist etwas ruhiger geworden. Der Handel klagt über die geringe Geschäftstätigkeit. Die Nachfrage der Margarineindustrie hat zeitweilig einige größere Partien aufgenommen, sogar Palmöl aus Sumatra, aber auch dieses Geschäft ist in den letzten Tagen wieder etwas eingeschlafen. Walöl ist kaum greifbar. Man erwartet dringend die Rückkehr der niederländischen Walfangexpedition, die für die zweite Hälfte des März in Aussicht steht. In Fettsäuren zeigte sich lebhaftes Kaufinteresse in Anbetracht der hohen Besteuerung auf Rohöl für die Seifenindustrie. Das an den Markt kommende Angebot wurde schnell untergebracht. Auch Kokosnuß-Fettsäuren sind gesucht; das Angebot ist nur gering. — Nach den übrigen Mittelmeerländern meldet jetzt auch die Türkei Ausfuhrabschlüsse von Olivenöl an. 15 000 t raffinierte Olivenöl stehen zur Ausfuhr bereit. Die hohen Preisforderungen von 255 bis 265 Pfund Sterling je t dürften jedoch angesichts der niedrigen tunesischen Notierungen kaum Interesse finden.

Schlachtvieh

In den USA gaben die Preise für Schweine trotz geringerer Anlieferungen und trotz des Anziehens der Preise für Schweinefleisch leicht nach. Der Markt lag unter einem gewissen Abgabedruck, weil die großen Packereien wenig Aufnahmebereitschaft zeigten. Der Markt für Lebendrindvieh zeigte nur geringe Geschäftstätigkeit, die Nachfrage nach Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen war gering, die Preise konnten jedoch in Anbetracht der geringen Anlieferungen ihren Stand halten. Am 13. Februar wurden folgende Spitzenpreise festgestellt: Ausgewählte Steere 31,50 (31), gute Fleischkühe 31 (30) und Farsen 31,50 (32) Dollar je 100 lbs.

Kaffee

Santos „7"-Kontrakt, März-Termin, fiel in New York von 46,72 am 8. Februar auf 46,15 cts je lb am 16. Februar, Santos „5"-Kontrakt von 46,85 auf 45,25. Auf die leichte Belebung gegen Schluß der vorigen Woche folgte in dieser Woche ein Rückgang der Kauflust der Großröstereien. Die Haltung der Börse war zeitweilig kaum stetig, obwohl das Angebot gering blieb. Offenbar ist der Kaffeeverbrauch in den Vereinigten Staaten durch die hohen Preise doch stärker beeinflußt worden, als man noch vor wenigen Monaten glaubte. Über die brasilianische Kaffeeausfuhr liegen jetzt aus zwei Quellen authentische Zahlen vor, die jedoch um rund 700 000 Sack voneinander abweichen. Das brasilianische Departamento Nacional de Café nennt für 1949 eine Ausfuhr von 19,4 Mill. Sack (Vorjahr 17,3 Mill.), der Banco do Brazil von rund 20 Mill. Sack. Interessant ist, daß nach einem Berichte des Banco do Brazil, durch die besseren Kaffeepreise in der brasilianischen Dollarknappheit eine fühlbare Entspannung eingetreten ist. Brasilien erwägt deswegen Erleichterungen für die Einfuhr aus Dollar-Ländern. Die USA führten in 1949 mit 23,1 Mill. Sack rund 1 Mill. mehr ein als in 1948. 13 Mill. Sack davon kamen aus Brasilien. Die Kaffee-Ernte Venezuelas für 1949 wird auf 850 000 Sack geschätzt, von denen für die Ausfuhr rund 600 000 Sack zur Verfügung stehen dürften. Der Ausfuhrüberschuß von Haiti wird auf 650 000 Sack veranschlagt.

Kakao

Bahia, loko, ging in New York von 20,35 am 8. Februar auf 24,50 cts je lb am 16. Februar, und Accra, loko, um 1cts gleichen Zeitraum von 20 auf 20,25 zurück. Die Haltung der New Yorker Kakaobörse war schwach. Die starken Anlandungen der letzten Wochen haben zu einer Überfüllung der Bestände des Kakaohandels geführt, die auf den Markt drücken. Diese Situation werde sich, wie der Kakaohandel meint, erst dann ändern, wenn die Überschußländer Bestände untergebracht sind. Da indessen das Ostergeschäft vor der Tür steht, dürfte die Unterbringung der Überschüsse keine allzugroßen Schwierigkeiten bereiten.

Tee

Die Teeversteigerungen in Jakarta und Colombo brachten zum Teil recht erhebliche Preisrückgänge.

Pfeffer

Die Notierungen für Pfeffer haben sich nur wenig verändert. In New York stellte sich schwarzer Pfeffer, loko, auf unverändert 13½ cts je lb, weißer Pfeffer, loko, auf unverändert 23½ cts je lb. In London stieg schwarzer Langong von 124 d je lb (cif Durchgangshafen) am 8. Februar auf 129 d am 16. Februar, Weißer Muntok notierte an beiden Stichtagen 188 d je lb. Die indische Regierung hat den Pfefferausfuhrhandel in Bombay eine Mitteilung zugehen lassen, in der sie gegen die Eingehung von Lieferverpflichtungen an Länder welcher Währung, ohne sich vorher über die Möglichkeit der Beschaffung einer Ausfuhrlizenz zu vergewissern, warnt. Die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für die Verschiffung von Pfeffer nach Ländern welcher Währung wird nach Maßgabe der bisherigen Bestige dieser Länder erfolgen.

Zucker

Der New Yorker Zuckermarkt verkehrte in schwacher Haltung. Weltkontrakt Nr. 4, März-Termin, ging von 4,50 am 8. Februar auf 4,38 cts je lb am 16. Februar erneut zurück. Auch die britischen Zuckerraffinerien haben ihren Ausfuhrpreis für Raffinadezucker herabgesetzt. Sie notieren jetzt 47½ sh je 112 lbs fas London oder Liverpool nach 49 sh vor einer Woche und 60 sh gegen Ende Januar 1950. Über die westdeutschen Zuckerkäufe verlautet, daß 239 000 shorttons Puerto Rico-Zucker und weitere 100 000 shorttons Formosa-Zucker für westdeutsche Rechnung abgeschlossen wurden. Man rechnet in Kreisen des Internationalen Zuckerhandels mit weiteren Preisrückgängen, zumal da die Zahl der mit der Ausmahlung der kubanischen Ernte beschäftigten Betriebe ständig zunimmt.

Wolle

Die unschlüssige und nachgebende Haltung der südafrikanischen, australischen und neuseeländischen Wollmärkte der Vorwoche kann als überwunden angesehen werden. An allen Plätzen wurde der hohe Stand der Preise von Januar dieses Jahres nahezu wieder erreicht. Für die Entwicklung der Wollpreise an den Weltmärkten vermittelt die Notierung für Kammzüge in New York ein eindruckvolles Bild. Sie erreichte am 6. Februar mit 174 cts je lb einen Tiefstand. Von da an stieg der Preis stetig bis auf 189 cts am 16. Februar. Er stellte sich am 16. Februar auf 179 cts je lb.

Mit dem Wiedererscheinen der ausländischen Käufer hat sich das Geschäft am Wollmarkt in Buenos Aires belebt. Der Markt verkehrte in steiger Haltung. Die bedeutendsten Käufer stellten Frankreich, Belgien, Jugoslawien und Westdeutschland. Sie interessierten sich hauptsächlich für feine Santa Cruz-Wollen. Der Wollmarkt in Montevideo war ruhig, der das Geschäft stark beeinträchtigende Streik konnte noch nicht beigelegt werden. Die uruguayischen Ausfuhrverkäufe beliefen sich in der Woche zum 11. Februar auf 3491 t, von denen 2371 t nach den USA gingen.

Baumwolle

Mit 33,07 cts je lb erreichte die Notierung für Baumwolle, März-Termin, in New York am 16. Februar einen neuen Höchststand. (31,66) am 8. Februar). Anhaltende Käufe des Handels und der Spekulation bei geringem Kontraktangebot verliehen der New Yorker Baumwollbörse während der Berichtszeit ihre Prägung. Die Aufwärtsentwicklung war stetig und vollzog sich auf breiter Front. Das Geschäft wurde stark durch Gerüchte beeinflußt, daß die Commodity Credit Corporation für den Verkauf von Baumwolle der 48er Ernte aus Beleihungsbeständen einen Preis zwischen 32½ und 33 cts je lb festsetzen werde, also höher als der derzeitige Marktpreis der New Yorker Baumwollbörse. Aus Memphis verlautete später, daß die Commodity Credit Corporation ihren Katalog über ihre Bestände aus der 1949er Ernte bekanntgegeben habe und daß sie nicht beabsichtige von ihrer bisherigen Verkaufspolitik abzugehen. Die CCC habe bisher durch die Verkäufe ihre Kosten einschließlich der sogenannten, vielbekämpften „Handlungskosten" decken können. Dem Vernehmen nach konnten die Bestände an Baumwolle minderer Qualität bereits gerräumt werden. Ein großer Teil der Terminabschlüsse an der New Yorker Baumwollbörse kommt offensichtlich auf Rechnung von Deckungen gegen Ausfuhrverkäufe nach Europa und Japan. Die Sicherungskäufe für Ausfuhrrechnung machten in der vergangenen Woche einen erheblichen Teil des Umsatzes aus. Man beruft sich darauf, daß ein sehr hoher Teil der ECA-Ermächtigungen Lieferung bis zum 31. März dieses Jahres vorschreibt. Am Ausfuhrmarkt wird mit indischen Käufen von 300 000 Ballen, mit weiteren ECA-Zuteilungen zum Einkauf von Baumwolle an Dänemark und Korea gerechnet. Außerdem erwartet man, daß Österreich 3,8 Mill. Dollar für Baumwolle durch die ECA zugeteilt erhalten werde. Der amerikanische Inlandsverbrauch bewegt sich zur Zeit auf der Höhe einer Jahresrate von 9,5 Mill. Ballen. Man hat sich daher bewogen gefühlt, die ursprüngliche Schätzung über die Ausfuhr der Vereinigten Staaten im Jahre 1949/50 von 8 bis 8½ Mill. Ballen auf 9 Millionen Ballen zu revidieren. Für die ersten fünf Monate dieser Saison (August bis Dezember) meldet das Handelsministerium der USA eine Ausfuhr von 1,9 Mill. Ballen gegenüber 1,5 Mill. in der Vergleichszeit des Vorjahres.

Das Geschäft an der Alexandriner Baumwollbörse war in der Berichtswoche sehr lebhaft. Die Preise waren stark rückläufig. Die Diskussion über die Absichten einer Hausegruppe, durch starke Käufe von Ashmouni den Markt in dieser Varietät zu beherrschen hat den Alexandriner Baumwollhandel lebhaft bewegt. Die besten Händler, gegen die die Anschuldigung, einen „Corner" zu bilden, erhoben wurde, haben dagegen protestiert. Die Entwicklung an den beiden Schlußtagen der Berichtszeit scheint indessen diesen Beschuldigungen einen gewissen Rückhalt zu geben. Denn nach dem starken Rückgang der Notierungen am 15. Februar, ausgelöst durch Gerüchte über eine Verdoppelung des Ausfuhrzolles auf Baumwolle und Beschlagnahmebeschlüsse der ägyptischen Regierung, war die gleiche Hausegruppe schon wieder tätig und deckte sich erneut für Ashmouni auf dem niedrigeren Niveau ein.

In Bombay ist der Handel am Terminmarkt für Baumwolle immer noch suspendiert. Das Geschäft in indischer Baumwolle am Lokomarkt ist außerordentlich gering. Die Notierungen für Broach und Vija zogen trotz der nachgebenden Haltung des Marktes — eine Folge des Fehlens der Nachfrage der Spinnereien — leicht an. Von den ausländischen Baumwollen waren kalifornische Qualitäten gut gefragt. In peruanischen Baumwollen kam es zu kleinen Abschlüssen. Die höheren Qualitäten wurden jedoch nur in geringerem Umfange angeboten. Der Umsatz in ägyptischen Sorten war gering.

Baumwoll-Notierungen

New York	11. 2. 50	18. 2. 50
Disp.	32.80	33.16
März 1950	31.88	33.33
April	31.93	33.43
Mai	31.99	33.54
Juli	31.64	33.05
Oktober	29.60	30.73
Dezember	29.55	29.83
März 1951	29.48	29.47
Mai	29.38	29.28
Juli	—,—	28.00

Kautschuk

Die Haltung der New Yorker Kautschukbörse war stetig, die Notierungen zogen erneut an. Nr. 1 RSS, März-Kontrakt, stellte sich in New York am 16. Februar auf 19,95 gegen 19,05 cts je lb am 8. Febr. Das Angebot am New Yorker Kautschukmarkt von verfügbarer Ware ist gering, die Nachfrage der Industrie beständig. In der Tatsache, daß die Kautschukindustrie ohne Zögern den Aufpreis für Naturkautschuk gegenüber dem synthetischen Erzeugnis bewilligt (zur Zeit 1,05 bis 1,30 cts je lb), sieht man in Kreisen des Handels und der Produzenten die Folgerung, daß eben Naturkautschuk trotz aller gegenteiligen Behauptungen bessere Eigenschaften hat als das synthetische Produkt. Die statistischen Veröffentlichungen über Kautschukgewinnung und -verbrauch geben außerdem kein getreues Spiegelbild der Weltversorgungslage, denn bei einer Überschußgewinnung von 40 000 tons im Jahre 1949 sind die Käufe für die strategische Reserve der USA, die nach zuverlässigen Quellen mindestens 110 000 tons betragen haben, nicht eingerechnet. — Auch in London setzte sich, angeregt durch die feste Haltung von Singapur und New York, die Aufwärtsbewegung fort. Obwohl die Geschäftstätigkeit in London zeitweilig zu wünschen übrig ließ, bestand an einigen Tagen lebhaftes Interesse der britischen Kautschukindustrie, der europäischen und amerikanischen. Verbraucher sowohl für Standardware als auch für mindere Qualität. Die Händler bewahren in Erwartung der bevorstehenden Käufe der ECA im Londoner Markt eine gewisse Zurückhaltung, was auch das geringe Angebot aus den Ursprungsländern beiträgt. Die Möglichkeit stärkerer Kautschukverschiffungen aus Indonesien hat den Londoner Markt bisher nicht beeinflußt. Gegen Schluß der Woche trafen an der Börse neue größere Aufträge für verfügbare Ware ein, die zu Korrekturen nach oben zwangen, so daß das Wochenende gegenüber der Vorwoche einen Anstieg zwischen ½ bis ¾d je lb verzeichnete. Damit erreichte die Londoner Kautschukbörse neue Höchststände.

Häute und Felle

Die nordamerikanischen Märkte für Häute und Felle zeigten in der vergangenen Woche eine überwiegend freundliche Stimmung. Die Tendenz war seitweilig recht fest. Die Packereien berichten über guten Absatz. Im Vergleich zum vorigen Wochenende zogen die Notierungen zwischen ½ und ¾ cts je lb an. Für argentinische und uruguayische Häute bestand wiederum lebhafter Deckungsbegehr aus Europa. Wie schon in der Vorwoche, war auch diesmal Schweden der größte Käufer. Auch für paraguayische Frigorifices hat sich die europäische Kauflust verstärkt. Man ist bereit, bis zu 20½ d je lb zu bezahlen; die Verkäufer bestehen indessen auf 21 d. Für San Paulo Frigorifices ist die Nachfrage ziemlich lebhaft. Es kam zu größeren Abschlüssen für Terminlieferung. Brasilianische Trockenhäute zeigten festere Haltung. Es verlautet, daß eine größere Partie von trockenen Bahia-Häuten zu Stallen verkauft worden ist. Am afrikanischen Hausemarkt hat sich wenig geändert. Nigerianische Häute werden nach wie vor stark gefragt. Das Angebot ist indessen gering. Kaphäute verkehrten überwiegend zu unveränderten Preisen.

NE-Metalle in New York

Das Geschäft am New Yorker Markt für NE-Metalle war auch in der Berichtswoche stark durch den Kohlenstreik in den USA beeinflußt. Die Verhandlungen über eine Beilegung des Streiks bei den Automobilwerken von Chrysler fanden ebenfalls Beachtung. Die Nachfrage nach Kupfer ist unverändert gut; das Angebot in Februar-Lieferung sehr knapp. Die Nachfrage nach Blei hat sich in den letzten Wochenagen etwas belebt. Auch für Zink zeigte sich größere Kauflust. Der Zinnmarkt ist ruhig, die Reconstruction and Finance Corporation und der private Metallhandel gaben Zinn zu unverändert 74½ cts je lb ab. Es verlautet, daß Anlandung März für 74⅞ zu haben ist. Man ist in New York darauf eingestellt, daß im Zusammenhang mit einem weiteren Anziehen des Zinnpreises in Singapur Terminanlandung New York vorübergehend höher notieren werde als Lokozinn, mit dem der Markt zur Zeit reichlich versorgt ist.

Metalle

Die Anzeichen dafür, daß die Versorgung der Welt mit Metallen allmählich gewisse Erscheinungen eines Überflusses zeigt, mehren sich. In Westdeutschland z. B. ist die verarbeitende Industrie mehr als ausreichend mit Metallen aller Art versorgt, so daß die Einfuhren zeitweise gedrosselt werden mußten. Die Beschäftigung der metallverarbeitenden Industrien hat indessen ausscheinend in großen Verbrauchsgebieten, wie in den USA, schon seit Monaten eine rückläufige Tendenz. So ist es im wesentlichen die angespannte weltpolitische Lage, die den Metallmärkten noch eine Stütze gibt, diese Spannungen führen zu immer neuen Hortungskäufen der Großmächte, die natürlich keine wirksame Entlastung der Märkte bedeuten, da diese Metallmengen ja nur auf Lager genommen werden und eines Tages wieder am Markt erscheinen können. Diese Horte bilden für die freie Marktwirtschaft zweifellos eine Gefahr, und sie verstärken die Möglichkeiten einer staatlichen Einflußnahme auf die Entwicklung der Märkte, wenn immer dieselben Regierungen angebracht erscheinen sollte.

Kupfer: Nach den neuesten Angaben hat sich der amerikanische Kupferverbrauch im vergangenen Jahre rückläufig entwickelt. Die Rohkupferablieferungen an die kupferverarbeitende Industrie beliefen sich 1949 auf nur 1 058 621 sh't gegen 1 344 445 sh't im Jahre 1948. Der Auftragsrückstand bei den Erzeugern stellte sich Ende 1949 auf nur 180 000 sh't gegen 315 944 sh't Ende 1948. Die Bestände an raffiniertem Kupfer bei den Verbrauchern beliefen sich Ende des Jahres auf 369 832 sh't gegen 379 546 sh't Ende 1948. Auch die gute Kaufkraft am amerikanischen Kupfermarkt in den ersten Wochen des neuen Jahres kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kupferversorgung der amerikanischen Wirtschaft mehr als reichlich ist. Die gute Kaufkraft im neuen Jahr war im wesentlichen eine Folge der

Jetzt täglich

AOA-Zweideck-„Stratocruiser"*

von Frankfurt nach New York

Der schnellste direkte Transatlantik-Dienst Deutschland-USA

- Die überzähligen AOA-Zweideck-„Stratocruiser" sind die schnellsten, größten und bequemsten Passagier-Flugzeuge der Welt.
- **Täglicher Dienst** Frankfurt-London-New York. Durchgehende Schlafkabinen. Passagier-Buchungen nach mehr Städten.
- Besonders ermäßigte Winterpreise 15% Nachlaß gegenüber Hinreise zusätzlich 20%, Frankfurt-New York-Frankfurt jetzt nur $ 520.80, Frankfurt-London jetzt nur $ 97.—.
- AOA-Zweideck-„Stratocruiser" haben Frachtraum für über 7000 kg.
- Nur AOA verfügt über 77 Büros in USA, Kanada u. Mexiko.

Auskunft und Buchungen durch Ihr Reisebüro, Ihre Reisebüro oder AMERICAN OVERSEAS AIRLINES, Frankfurt am Hauptbahnhof 1, Telefon Nr. 13 [illegible], Berlin, Flughafen Tempelhof, Telefon Nr. [illegible], München, Karlstor Bahnhof, Telefon Nr. [illegible], Hamburg, Ferdinandstraße 35, Telefon Nr. 32 [illegible]

AOA Amerikanischer in Luftverkehr nach **USA**

Hersteller- und Großhandelsfirmen der Automobil- und Automobilzubehör-Industrie

die am

Export nach Holland

interessiert sind, werben erfolgreich in den beiden führenden holländischen Fachzeitschriften

BEDRIJFSVERVOER

Fachorgan der Allgemeinen Speditions- und Eigen-Transport-Organisation (E. V. O.) von Holland, in der alle Industrie- und Großhandelsfirmen mit eigenen Kraftfahrzeugen zusammengeschlossen sind.

Die festabonnierte Auflage beträgt

33 500 Exemplare

Erscheinungsweise vierzehntägig.

BEROEPSVERVOER

Fachorgan der Nationalen Organisation für den Straßen-Güterverkehr (N. O. B.) von Holland, in der alle gewerblichen Speditionsfirmen zusammengeschlossen sind.

Die festabonnierte Auflage beträgt

10 000 Exemplare

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Anzeigenaufträge können jetzt gegen Zahlung in Deutscher Mark ausgeführt werden. Interessenten wenden sich an die

Generalvertretung für Deutschland:

Karlsruher Wirtschaftsverlag G.m.b.H.

(17a) Karlsruhe/Baden, Veilchenstr. 35

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Neue Geschäftsverbindungen für den

Export nach Holland,

Export- und Kompensations-Geschäfte mit Holland, den holländischen Kolonien, Indonesien, Curacao und den Benelux-Ländern

vermittelt Ihnen die einzige holländische Fachzeitschrift für Großhandel, Export, Import

Groothandel

Weekblad voor Import, Export, Transito, Reciprocitait en Binnenlandse Handel

Organ der Handelskammer in Den Haag für die
40 000 Mitglieder
der Sektion Großhandel, Export, Import

Abonnenten
sind die Großhändler, Exporteure und Importeure in Holland, das holländische Kolonien, Indonesien und Curacao, ferner alle holländischen Großkaufleute im Ausland sowie die großen Handelsfirmen in Belgien und Luxemburg.

Billige Anzeigenpreise und günstige Wiederholungsrabatte!

Groothandel

nimmt Anzeigenaufträge deutscher Firmen ab 1. Januar 1950 gegen Zahlung in Deutscher Mark entgegen. Interessenten wenden sich an die

Generalvertretung für Deutschland:
Karlsruher Wirtschaftsverlag G. m. b. H.
(17a) Karlsruhe/Baden, Veilchenstr. 35

ERFINDER!

Wir suchen neue oder verbesserte Gebrauchsartikel (Arbeitsmittel) für die Landwirtschaft in Lizenz herzustellen. Ausf. Vorschläge unter 320 b an **Annoncen-Förster, Düsseldorf,** Königsallee 38.

Erdbohrer — Brunnenbohrer „Tulpe"
Patent-Röhrenbrunnenbohrer DP eig. Bauart
mit allem Zubehör,
Fr. Wahrenberg, gegr. 1911,
München 18, Gotthardstr. 28.

IKGEWERK
1911 eingeführtes Schreinerei
übernimmt Aufträge für Serienartikel.
Zuschriften unter P 1000 an Wirtschaftsrevue, Karlsruhe i. B., Veilchenstraße 35

Transp. Zeichenpapier, Zeichenkarton, Schreibmaschinenpap., Durchschreibepap., Diagrammrollen, Registrierpapier, Reißzeuge etc. sof. lieferbar. Anfragen unt. S 1071 an die Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstraße 35.

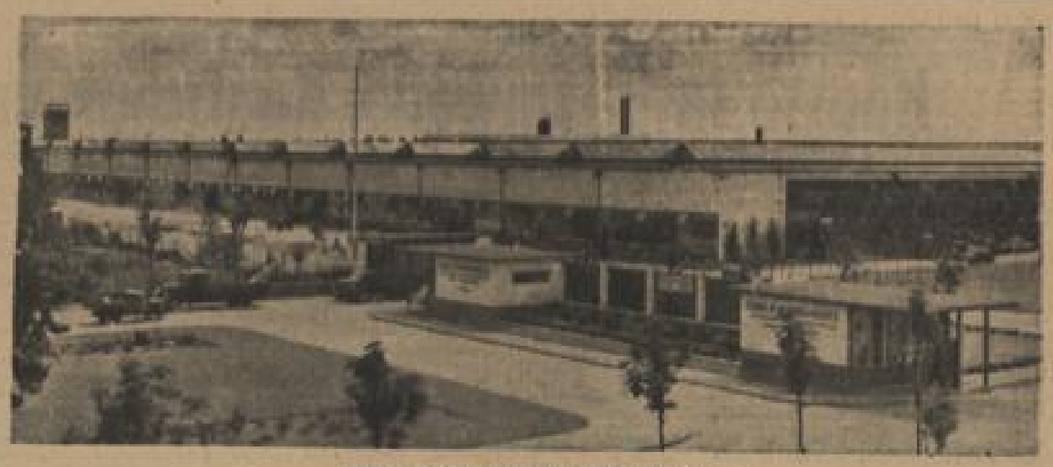
In- und Auslands-Adressen
Preisliste frei
DR. SCHWARZ & CO
ERKENBRECHTSWEILER (Württ.)

Die aktuelle Reportage:

Borgward, Bremen

Das Wort „Hanse" ist von dem Begriff Verkehr nicht zu trennen. Darum hat die Hansestadt Bremen auch eine große Automobilfabrik. Und wie heißt der bekannteste Wagen dieser Fabrik? Er hört auf den Namen „Hansa 1500". Und wer baut diesen Wagen? Die Carl F. W. Borgward, Automobil- und Motoren-Werke, Bremen. Und wem gehört dieser Komplex? Herrn Borgward persönlich. Ihm gehören auch die Goliath-Werke, die Lloyd-Maschinenfabriken GmbH. die Borgward-Verkaufsgesellschaft m. b. H., sowie die Gießerei Rudolf Klencke.

Schon im tiefen Frieden war Hansa-Lloyd ein Begriff, ebenso wie das Werk in Sebaldsbrück. Dieses Werk hatte während des Krieges eine Gesamtnutzfläche von 81 300 qm. Davon waren 63 600 qm durch Kriegsbeschädigung unbenutzbar, und der Rest war nur beschränkt zu benutzen. Damit Seien 80% aus, als man im Jahre 1945 wieder daranging, dort zu fabrizieren. Das war aber nicht die einzige Schwierigkeit. Englische Truppen besetzten das Werk, und die Firma wurde durch das Produktionskomitee der Engländer erfaßt, interniert wurde und fast 3 Jahre seinem Werk fernbleiben mußte. Rechtzeitig, so möchte man sagen, konnte er wieder seine Fabrik betreten, nämlich 3 Wochen nach der Währungsreform. Dies alles muß man wissen, wenn man heute durch das Werk geht. Was dort



Blick auf eine der großen Fabrik-Hallen

Ein Maschinensaal; im Vordergrund die Reihe von Zahnrad-Stoßmaschinen

Außerdem stand die Borgward-Fabrik auf der Demontageliste. Das Schlimmste aber war, daß Herr Borgward selbst wieder aufgebaut wurde, grenzt an ein Wunder. Große neue Hallen stehen, einige sind noch im Bau. Man hat das Gefühl, durch ein ganz neues Werk zu gehen. Trümmer der alten Fabrikationsstätten sieht man eigentlich nur außerhalb des Werkes. Der Neuaufbau hatte nun auch seine Vorteile: Man konnte noch moderner bauen.

Zu dem Wesen Borgwards und seines Werkes gehört es, daß er Pionier ist. Wenn man das weiß, kann man auch sehr behaupten, daß der „Hansa 1500" mit seiner Pontonform den Amerikanern nachgemacht sei. Schon 1941 war ein Versuchswagen in dieser Form fertiggestellt worden, der durch Luftangriffe zerstört wurde. Wenn Borgward jetzt erst mit diesem Wagen herauskam, so lag es an den obengenannten Schwierigkeiten.

Geht man durch das Werk, so spürt man (zum Teil sieht man es schon, ohne es sehen zu dürfen), daß hier noch viele Neuerungen für den Kraftfahrzeugmarkt im Werden sind. Aber da es Überraschungen sein sollen, sprechen wir hier nicht davon.

Auch in einem anderen ist Borgward zu einem modernen großen Automobilwerk geworden: Bei allen Fabrikaten beträgt die Eigenfertigung 80%. Rund 5 700 Menschen sind dort beschäftigt.

So wie die Borgward-Werke die Schrittmacher in Linie und Ausstattung wurden, so waren sie es in der Innenausstattung des Personenwagens. Beispiel: Die beiden Vordersitze wurden zu einer Bank vereinigt, man sitzt nicht mehr auf den Polstern, sondern in den Polstern, der Wagen hat eine Klima-Anlage usw.

Der Fluß der Produktion, die Zuführung vormontierter Aggregate an das Band, die Anordnung der Bänder ist mustergültig. Das fällt am deutlichsten in der Endmontage-Halle auf, in der auch das Band durch die Lackierteile läuft.

Alles für das Werk und für den Vertrieb der Produkte! Nach diesem Grundsatz handelt man dort. Beweis: Keiner der führenden Angestellten des Werkes, auch nicht Herr Borgward selbst, fährt einen neuen „Hansa 1500", sondern alte Hansa-Wagen von früher. Warum? Die Nachfrage nach dem „Hansa 1500" ist so groß, daß für die leitenden Herren kein Wagen übrig bleibt. Es ist sogar so, daß die gesamte Produktion von „Hansa 1500" ins Ausland geliefert werden könnte. So groß ist die Nachfrage allein aus dem Ausland. Heute ist die Produktion bei täglich 35 „Hansa 1500" und 35 Lastkraftwagen angekommen. Man wird bald auf 120 Einheiten täglich kommen. Wenn man bedenkt, daß die Borgward-Werke innerhalb eines Jahres einen neuen Typ auf die Beine gestellt haben und seine serienmäßige Fertigung ermöglichten, dann wird man uns wohl glauben, daß noch manches in dieser Küche in Sebaldsbrück gekocht wird, was den neuen Kunden gut behagen wird.

Aber wir haben noch gar nichts von den Lastwagen gesprochen. Bis zum Tage der Währungsreform, also in drei Jahren, waren nur 2 700 Fahrzeuge produziert, bereits ein Jahr später, am 3. 8. 49, ging der 10 000. LKW vom Band. Welche Schwierigkeiten lasen in den Jahren 1945 bis 1948! Nicht nur der Wiederaufbau überhaupt war ein Hindernis, sondern die Ablehnung, die 3,4-Tonner-Fertigung von Vergaser- auf Dieselmotor umzustellen und die Verweigerung der Genehmigung, einen 1½-Tonner herzustellen. Nun werden diese beiden Typen gebaut, und zwar mit ansteigenden Produktionszahlen. Die Fabrikation verläuft beim Lastwagen nicht ganz so wie beim Personenwagen. Der Lastwagen ist eben sperriger, und doch gibt es auch bei den Nutzfahrzeugen ein laufendes Band.

In der Auswahl und in der Ausstattung der Typen, die Borgward heute produziert, sehen wir eine glückliche Vereinigung von ingenieurmäßigem objektivem Denken mit den subjektiven Erfahrungen aus der Praxis des Benützers. Damit ist auch der Einwand entkräftet, die Wagen der deutschen Automobilindustrie seien zu luxuriös ausgestattet. Der „Hansa 1500" ist luxuriös ausgestattet und ist einer der teuersten Personenwagen Deutschlands, aber die Käufer für einen solchen Wagen sind sowohl im Inland wie im Ausland so reichlich vorhanden, daß auch in den nächsten Monaten noch die Produktion mit den Aufträgen nicht mitkommen kann. Es gibt in der Wirtschaft keinen besseren Beweis dafür, daß man das Richtige produziert, als den Auftragseingang. Ästetische Bedenken ziehen nicht. Vielleicht wird die Marktlage einmal anders, aber dann wird Borgward ebenso auf dem Markt sein wie heute. H.

Eine Zahnrad-Stoßmaschine, aus der Nähe betrachtet

Der 3,4 Tonner mit Diesel-Motor

gertragen. Umsatztätigkeit im Dezember des Vorjahres, als die Umsätze mit 90 907 sh/t unerwartet niedrig lagen. Auch in Frankreich haben sich die Vorräte, die im vergangenen Jahre teilweise bis auf die Deckung eines Bedarfes von 14 Tagen zusammengeschmolzen waren, in der letzten Zeit wieder beträchtlich erhöht. Nach den letzten Meldungen konnte der Streik auf der Kupferraffinerie der Phelps Dodge in Laurel Hill beigelegt werden. Auch in der Raffinerie in El Paso (Texas) und auf anderen Werken der Gesellschaft wurden die Arbeitstätigkeiten beigelegt. Im amerikanischen Kongreß setzen sich die Mitglieder der kupferverbrauchenden Gebiete für eine Verlängerung der am 30. Juni erlöschenden Zollfreiheit für Kupfer ein, was darauf schließen läßt, daß die USA-Kupfererzeuger bemüht sind, das Gegenteil zu erreichen. Sie rechnen offensichtlich für die kommende Zeit mit sinkenden Kupferpreisen und einem verstärkten Wettbewerb des Auslandskupfers.

Zinn: Der Zinnmarkt konnte bestenfalls als zeitig bezeichnet werden, obwohl überraschenderweise das englische Versorgungsministerium den Preis vorübergehend heraufgesetzt hatte, weil der Markt in Ostasien fester war. Die Interessierten Kreise beobachten den Markt aufmerksam, weil man mit sowjetischen Käufen rechnet, dabei ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß die Sowjets nicht direkt kaufen, sondern sich gewisser Staaten oder Mittelspersonen bei solchen Käufen bedienen werden. Es verlautet, daß zwischen der amerikanischen Regierung und den Zinnerzeugern Hollands und Indonesiens ein Liefer-Abkommen für Konzentrate und Zinn für das Jahr 1950 abgeschlossen wurde, das eine Mindestmenge von 18 000 lg/t vorsieht, und daß ähnliche Abkommen mit anderen Zinnerzeugern bevorstehen. Aus Burma wird über Unruhen in den Zinngebieten berichtet. Aufständische seien sich einiger Gruben im Tavoy-Distrikt bemächtigt haben, wobei die europäischen Beamten vertrieben wurden. Die Förderung der burmesischen Gruben lag in den letzten Monaten schon bedeutend hinter der Vorkriegsleistung. Sie stellte sich nach Angaben der Zinnstaaten-Gruppe auf monatlich etwa 100 lg/t Zinninhalt, während die monatliche Ausbeute vor dem Kriege zwischen 200 und 300 lg/t lag und 1941 einen Höchststand von 900 t erreicht hatte. Die Umsätze in London und New York sind zwar nicht besonders groß, haben aber in den letzten Tagen zugenommen.

Blei: Der Termin-Handel in Blei verlief in den USA in den letzten Tagen sehr ruhig. In den Preisen trat keine Veränderung ein. Das belgische Versorgungsministerium hat mit der Soc. Minière et Métallurgique de Bouarrayx ein Abkommen über die Lieferung von 18 000 t Blei abgeschlossen. Eine erste Lieferung von 6000 t soll bereits erfolgt sein. Am Kontinent und in England herrscht gegenwärtig keine Knappheit an Blei, und wenn die australischen Exporte demnächst zurückgehen sollten, was noch nicht gewiß ist, so könnte sich das erst zu einem späteren Zeitpunkt bemerkbar machen.

Zink: In den Vereinigten Staaten könnten sich möglicherweise aus dem Kohlenarbeiterstreik gewisse Rückwirkungen auf den Zinkmarkt ergeben haben. So wurde berichtet, daß die Zinkhütte in Josephtown infolge von Kohlenmangel nur auf einer täglichen Basis in den letzten Tagen arbeiten konnte und von einer möglichen Stillegung bedroht war. Der Streik auf der Palmerton-Raffinerie der New Jersey Zinc Co. wurde beigelegt. Elektrolytzink ist in den USA weiter knapp, ohne daß die Preisbildung für Zink davon beeinflußt worden wäre. Altzink neigte in den USA und auch in England eher zur Schwäche.

Westdeutschland: Das Bundeswirtschaftsministerium hat mit Zustimmung des Bundesrates durch zwei Anordnungen vom 27. Januar die Bewirtschaftung von NE- und Edelmetallen neu geregelt. Die Neuregelung bedeutet eine bedeutende Vereinfachung des bisherigen Papierkrieges auf diesem Gebiet. Die Meldescheinpflicht wurde auf eine geringe Zahl von Buntmetallen beschränkt, und zwar auf Kupfer (Freigrenze je Lieferung 5000 kg), Zinn (500 kg), Kadmium (100 kg), Nickel (500 kg) und Beryllium (—? kg). Alle anderen Metalle können auch außerhalb des Handels frei geliefert werden. Die bisher an die Meldescheinpflicht gebundenen eingeführten Altmetalle können gleichfalls frei geliefert werden. Man hofft in den beteiligten Kreisen, daß die Lagerbuchführung und die Meldescheinpflicht, falls die Lagerbestände eine gewisse Höhe überschreiten, und die, wie bisher, statistischen Zwecken dient, eine Vereinfachung erfahren wird. Bisher mußten die Meldungen in siebenfacher Ausfertigung abgegeben werden. Außerdem rechnet man damit, daß die bisherigen Höchstpreise für Metalle durch Richtpreise abgelöst werden. In Berlin haben die westlichen Alliierten jetzt bei der sowjetischen Besatzungsmacht offiziell gegen die Beschlagnahme der Altmetall-Ladungen vor einigen Wochen protestiert, die den Anlaß zur „achtstündigen Blockade" gegeben hatten, und die Freigabe der beschlagnahmten Metallmengen verlangt. Der Altmetallhandel Westberlins wartet natürlich erst das Ergebnis dieses Schrittes ab, ehe er sich zu neuen Verladungen entschließt. Die autonomen Blätter berichten in jeder neuen Ausgabe über die Verhängung schwerer Strafen für Metalldiebstähle, unterlassen es aber, auf die wahren Gründe für das Überhandnehmen dieser Diebstähle hinzuweisen, die, wie schon verschiedentlich an dieser Stelle erwähnt, eben in dem unerheuren Preisunterschied für Metalle zwischen dem Westen und dem Osten zu sehen sind.

Antimon: Die Nachfrage nach Antimon Regulus ist befriedigend. Englischer Regulus wird von Zeit zu Zeit an die amerikanischen Verbraucher abgegeben. Der mögliche Ausfall chinesischer Lieferungen dürfte sich in der kommenden Zeit bemerkbar machen. Bisher sind die Preise stetig. Für 99,6%igen Regulus werden 193 £ notiert, für 99%igen Regulus 188 £, für 70%igen Regulus 130 £.

Metallpreise

	Berlin	USA	Weltbeurtnl.
	in £ je lg/t	in cts je lb	in DM je 100 kg
Kupfer	75/ 0/0	18,63	184,50
Blei	90/10/0	13,00	116,50
Zink	85/10/0	8,75	100,00
Zinn	600/ 0/0	94,50	733,00
Alum.	114/10/0	17,00	173,00

Auslands-Börsen

PARIS: nach Schwankungen freundlich

Die Pariser Effektenbörse stand in der Berichtswoche vorwiegend im Zeichen zweier Entwicklungslinien, die sich beide die Geschäftstätigkeit hinderten und auf die Stimmung drückend auswirkten. Es ist erstens der nachhaltige Eindruck zu erwähnen, den die Börse durch den scharfen Rückgang der Goldpreise im freien Pariser Geldmarkt am Schluß der Vorwoche empfing und dessen Wirkung bis etwa zur Wochenmitte anhielt. Die zweite Entwicklungslinie ist politischer Art. Die politische „Malaise" in Zusammenhang mit der sogenannten Affäre der Generale und die neuen Streikdrohungen hielten neue Befürchtungen über eine bevorstehende Regierungskrise aufkommen. Erst zum Wochenschluß, eigentlich erst am letzten Tage der Woche, gelang es der Börse, sich von diesen beiden beherrschenden Eindrücken frei zu machen, und es setzte eine lebhafte Erholung der Kurse ein. Entgegen den Befürchtungen zur Wochenmitte, daß die Streikdrohungen zu einer starken Behinderung der französischen Industrie führen würden, gleubte man am Wochenschluß an eine friedliche Lösung der Zwistigkeiten. Aus dieser Entwicklung zogen in erster Linie die Favoritenpapiere der Pariser Effektenbörse, Bank-, Industrie- und Bergwerksaktien, erhebliche Nutzen. Am Markte für internationale Werte waren die Kursbewegungen gering. Französische Renten konnten ihren Kursstand gegenüber dem vorigen Wochenende verbessern.

	17. 2. 50	10. 2. 50
3%ige ewige Rente	5 010	5 030
Credit Lyonnais	1 203	1 240
Caoutchouc Indochine	870	880
Kuhlmann	1 010	710
Schneider Creusot	3 770	3 870
Cans'an Pacific	3 140	3 120
Shell	3 000	3 120
De Beers	1 925	2 000
Rio Tinto	14 870	15 600
Suez Kanal	100 500	107 500

SCHWEIZ: still

Die vor kursen noch sehr lebhafte Geschäftstätigkeit an den schweizerischen Aktienmärkten hat einer weitgehenden Stagnation Platz gemacht. Außer der fortbestehenden Flüssigkeit des Geldmarktes, die den Schweizer Börsen nach wie vor eine gute Stütze bietet, fehlt es gegenwärtig an anregenden Momenten. Die Kursschwankungen sind, von Einzelfällen abgesehen, recht bescheiden geworden. Das Ausbleiben von nennenswerten Angebot hat indessen auf eine gesunde Marktlage schließen. Angesichts der weltpolitischen und wirtschaftlichen Probleme im allgemeinen, der unsicheren New Yorker Börse, der ungünstigen Streikauswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft, der bevorstehenden Parlamentswahlen in Großbritannien und der unsaren sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Westdeutschlands im einzelnen, zogen es die Börsen und Anlage-Kreise vor, die weiteren Entwicklungen abzuwarten. Aus der widerstandsfähigen Allgemeintendenz fiel der Kurstückgang der Interhandel-Aktien auf, wofür die Unsicherheit über den Prozeßverlauf in den USA wegen der Beteiligung der Interhandel an der General- und Anglo Film Co. bestimmend war. Die ausländischen Werte und die nach Argentinien orientierten Titel verloren die vorwöchigen Kursgewinne, da die Nachfrage auf die Ausführungen des Schweizer Bundesrates über den weiterhin zulässigen Finanztransfer aus Argentinien wieder nachließ. Daß die Bemühungen zur Behebung der Schwierigkeiten im schweizerisch-argentinischen Wirtschaftsverkehr fortgesetzt werden, nahm man lediglich zur Kenntnis. Die amerikanische Aktion machten die Schwankungen in Wallstreet nur in beschränktem Umfange mit. Deutsche Werte verzeichneten ein minimales Geschäft. Der Obligationenmarkt war durch anhaltende Nachfrage der Investoren gekennzeichnet. Ausländsanleihen waren unregelmäßig, deutsche Obligationen eher angeboten, französische gegen Wochenschluß gesucht.

LONDON: fester

Nach mehreren Wochen der Stagnation konnte die Londoner Effektenbörse in der Berichtswoche ihren Kursstand erheblich verbessern. Schließlich für die Stimmung der Börsen- und Investorenkreise in Anbetracht der kurzen Frist bis zu den bevorstehenden Parlamentswahlen, die wahrscheinlich für die wirtschaftliche Zukunft Großbritanniens eine entscheidende Bedeutung haben werden, ist die Mitteilung aus Kreisen der Makler, daß der Geschäftsumfang kaum die Spesen zur Aufrechterhaltung ihrer Büros und zur Bezahlung ihrer Angestellten einbringt. Die Londoner Effektenbörse begann in schwacher Haltung. Im Laufe der Woche zeigte sich jedoch eine bemerkenswerte Wandlung zu einer besseren Beurteilung der wirtschaftlichen und politischen Lage durch. Zumal in der Provinz gewann offenbar die Ansicht, daß die konservative Partei bei den bevorstehenden Parlamentswahlen den Sieg davontragen werde, an Anhängern. Deshalb wurden starke Kaufaufträge der sogenannten „Verstaatlichungskandidaten" nach London gelegt. Es sind dies in erster Linie die Werte der Stahlindustrie und der Zementindustrie, die stark in den Genuß des Publikums stiegen. Auch britische Staatsanleihen konnten aus dieser Entwicklung Nutzen ziehen. Gegen Wochenschluß zeigte sich eine gewisse Beruhigung. Die übliche Neigung zu Gewinnmitnahmen beherrschte das Geschäft. Am letzten Tage waren japanische Anleihen zeitweilig in den Vorwochen stark gefragt, in großen Paketen angeboten. Ursächlich hierfür waren Berichte aus Tokio, daß die japanische Regierung vor Zeit nicht über die zur Wiederaufnahme des Zinsen- und Amortisationsdienstes ihrer Auslandsschulden erforderlichen Mittel verfüge. Ölwerte waren infolge einer unvorsichtigen Beurteilung der anglo-amerikanischen Ölinteressen gesucht.

	17. 2. 50	10. 2. 50
3½%ige Consols	70½	70
1½%ige Dawes-Anleihe	33½	33½
5½%ige Young-Anleihe	17½	16⅞
7%ige Deutsche Kaiseranleihe	74	69½
4½%ige Deutsche Kaiseranleihe	47	46
Rio Tinto	15	15
Royal Dutch	33½	32½
Anglo Iranian	141/9	136
Courtaulds	34/4½	32/1½
Imperial Chemical	44/—	41/1½
Reuters Index für		
Goldgründerie	91,3	90,3
Industriewerte	139,3	138,7
Kaffirwerte	118,1	118,3

NEW YORK: uneinheitlich

Auch in der Berichtswoche stand die New Yorker Effektenbörse stärkstens unter dem Eindruck des Kohlenstreiks. Nach dem verlängerten Wochenende sah sich Wallstreet vor die Tatsache gestellt, daß neue Verhandlungen zwischen den Zechenbesitzern und der Gewerkschaft anberaumt worden waren. Eine Welle nervöser Positionsänderungen fürte zu weit verbreiteten Kursverlusten. Die Börse war wenig einheitlich, sie wurde in ihren Empfindungen durch die schnell aufeinanderfolgenden Nachrichten über die Streiklage hin und her gerissen. Außerdem beeinflußte die Börse die Mitteilung der American Woolen Company, der größten Wollspinnerei- und Webereien-Unternehmens der Welt, daß sie auf ihre Stammaktien keine Dividenden ausschütten werde und daß der Geschäftsabschluß für 1949 ein wenig erfreulichen Ergebnis zeige. Erst am Wochenschluß setzte sich eine gute Belebung durch. Man sprach über Gerüchte einer geheimen Konferenz zwischen dem Bergwerks-„Boß" Lewis und den Zechenbesitzern im Beisein des Regierungsvermittlers und über einen starken Druck der Regierung, noch vor Wochenende zu einer Beilegung des Kohlenstreiks zu gelangen. Diese Gerüchte gaben der Hausspekulation Rückhalt in stärkeren Interventionen. Die Gewinne erreichten in den letzten Tagen 1 Dollar und darüber. Die Börse schloß in fester Haltung und erreichte damit etwa den Kursstand von Ende der vorigen Woche.

Durchschnittskurse für:

	17. 2. 50	10. 2. 50
30 Industriewerte	267,17	262,49
20 Eisenbahnwerte	58,70	54,51
40 Inlandsanleihen	101,70	101,80
15 Versorg.-Betriebe	43,67	42,73
Moodys Index	307,6	307,9 (8. 2.)

„Deutsche Börsen" und die Devisentabelle finden die Leser heute auf Seite 6.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg